

65. Sitzung

am Dienstag, dem 25. Januar 2011, 13.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 5495

Gedenkakt anlässlich des
Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus

Präsidentin Barbara Stamm..... 5495
Dr. Josef Schuster..... 5496
Dr. h. c. Charlotte Knobloch..... 5497
Karl Freller..... 5498
Franz Rosenbach..... 5499

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten **Dieter Morgenroth** 5501

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Franz Schindler** und **Hans-Ulrich Pfaffmann** 5501

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten
"Aufbruch für das Zukunftsland Bayern: Familie, Bildung, Innovation"

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 5501
Markus Rinderspacher (SPD)..... 5507
Georg Schmid (CSU)..... 5513
Hubert Aiwanger (FW)..... 5518 5519
Thomas Mütze (GRÜNE)..... 5524
Martin Zeil (FDP)..... 5529

Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Das marode ABS-Portfolio der BayernLB, ein Fass ohne Boden mit Unsicherheiten ohne Ende: Welche Milliarden-Risiken verschweigt Minister Fahrenschon?"

Volkmar Halbleib (SPD)..... 5534 5536
Staatsminister Georg Fahrenschon 5534 5537 5538
5539 5540 5541 5543

Alexander König (CSU)..... 5537
Alexander Radwan (CSU)..... 5538
Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)..... 5539
Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 5540 5543
Bernhard Pohl (FW)..... 5541 5543

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion
"Verbraucherschutz stärken - Vorbeugung verbessern - kriminelle Machenschaften unterbinden!"

Dr. Andreas Fischer (FDP)..... 5544
Dr. Otto Hünnerkopf (CSU)..... 5545
Ludwig Wörner (SPD)..... 5546
Ulrike Müller (FW)..... 5547
Anne Franke (GRÜNE)..... 5548 5549
Dr. Otto Bertermann (FDP)..... 5549
Petra Guttenberger (CSU)..... 5550
Horst Arnold (SPD)..... 5551
Staatsministerin Dr. Beate Merk..... 5552

Erste Lesungen
zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an den jeweils federführenden Ausschuss überwiesen werden sollen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung der Bayerischen Bauordnung (Drs. 16/6309)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 5553

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes (Drs. 16/6982)

Verweisung in den Umweltausschuss 5553

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD)
zur Sicherung von Tariftreue und Mindestlohn, ökologischen Kriterien und Frauenförderung bei Auftragsvergaben des Freistaats und der Kommunen (Bayerisches Vergabegesetz - BayVG) (Drs. 16/6700)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
eines Bayerischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe (Bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz - BayTarifG) (Drs. 16/6854)

- Erste Lesung -

Dr. Paul Wengert (SPD)..... 5554 5559
 Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 5555 5559
 Erwin Huber (CSU)..... 5556
 Alexander Muthmann (FW)..... 5557
 Jörg Rohde (FDP)..... 5558 5560

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 5560

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Meldegesetzes (Drs. 16/6701)

- Erste Lesung -

Christine Kamm (GRÜNE)..... 5560 5563
 Dr. Florian Herrmann (CSU)..... 5561 5562 5563
 Horst Arnold (SPD)..... 5563
 Florian Streibl (FW)..... 5563
 Dr. Andreas Fischer (FDP)..... 5564

Verweisung in den Kommunalausschuss..... 5565

Eingabe

betreffend "Keine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken" (Az.: WI.0147.16)

Natascha Kohlen (SPD)..... 5565 5566
 Tobias Reiß (CSU)..... 5566
 Dr. Hans Jürgen Fahn (FW)..... 5567 5572
 Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 5568 5571
 Tobias Thalhammer (FDP).... 5569 5570 5571 5572
 Ludwig Wörner (SPD)..... 5571 5573
 Staatssekretärin Katja Hessel..... 5572 5573
 Christine Kamm (GRÜNE)..... 5573

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage)..... 5574

Schluss der Sitzung..... 5574

(Beginn: 13.03 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich eröffne die 65. Voll-sitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmege-nehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer erteilt. Ich darf darauf hinweisen, dass das Ba-yerische Fernsehen den nachfolgenden Gedenkakt für die Opfer des Nationalsozialismus live überträgt. Die Gedenkstunde wird ebenfalls live auf der Websei-te des Bayerischen Landtags übertragen.

Wir beginnen mit der Gedenkstunde.

Gedenkakt anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus

(Musikstück)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr ver-ehrten Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste! Seit 15 Jahren gedenken wir in Deutschland jeweils am 27. Januar der Menschen, die der verbrecherische NS-Staat verfolgt, erniedrigt, deportiert und ermordet hat. Von Anfang an hat auch der Bayerische Landtag immer in der Plenarsitzung, die dem Gedenktag am nächsten liegt, an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert - darunter auch an die ehemaligen Abgeord-neten aus bayerischen Parlamenten, die im Dritten Reich verfolgt wurden und deren Schicksale wir vor zwei Jahren dokumentiert und der Öffentlichkeit prä-sentiert haben.

Heute wollen wir unser Gedenken erstmals in einer etwas anderen Form als bisher zum Ausdruck brin-gen. Der heutige Gedenkakt ist eine gemeinsame Veranstaltung des Bayerischen Landtags und der Stif-tung Bayerische Gedenkstätten. Wir betonen damit, dass die Erinnerung an das nationalsozialistische Un-recht nicht allein ein staatlicher Auftrag ist, sondern ihrem Wesen nach eine gesamtgesellschaftliche Auf-gabe ist. Dabei engagieren sich die bayerischen KZ-Gedenkstätten in Dachau und Flossenbürg seit Jah-ren in ganz herausragender Weise, und dafür darf ich Ihnen im Namen des Parlaments in dieser Stunde un-seren Dank und unsere große Anerkennung ausspre-chen. Des Weiteren soll in diesem Jahr die öffentliche Aufmerksamkeit sowohl auf die jüdischen Opfer als auch besonders auf das Schicksal der Sinti und Roma gelenkt werden.

Aus diesem Anlass darf ich zunächst neben den Mit-gliedern des Hohen Hauses, dem Herrn Ministerpräsi-denten und der Staatsregierung auch eine Reihe von ehrenamtlichen Gästen willkommen heißen. Ich be-grüße sehr herzlich den Direktor der Stiftung Bayeri-sche Gedenkstätten, Herrn Kollegen Karl Freller.

Ich begrüße sehr herzlich den Präsidenten des Lan-desverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern, Herrn Dr. Josef Schuster.

Ich begrüße sehr herzlich und mit Freude die Präsi-dentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Frau Charlotte Knobloch.

Ich begrüße den Vorsitzenden des Verbandes Deut-scher Sinti und Roma, Landesverband Bayern, Herrn Erich Schneeberger.

Mein besonderer Gruß gilt dem Hauptredner, Herrn Franz Rosenbach. Er ist überlebender Sinto des Ver-nichtungslagers Auschwitz-Birkenau und führendes Mitglied des Verbandes Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Bayern. Ich danke Ihnen, sehr geehr-ter Herr Rosenbach, dass Sie heute zu uns sprechen werden.

Herzlich willkommen heiße ich ebenso die weiteren Zeitzeugen und Überlebenden des Holocaust, die heute unsere Gäste sind.

Ich begrüße sehr herzlich die Vertreter der Kirchen auf der Besuchertribüne.

Herzlich willkommen heiße ich auch das Präsidium des Landtags von Nordrhein-Westfalen, an der Spitze den Präsidenten, Herrn Kollegen Eckhard Uhlenberg. Mit den Kolleginnen und Kollegen aus Düsseldorf haben heute Vormittag Arbeitsgespräche stattgefunden.

Ich begrüße auch alle weiteren Gäste, darunter die Mitglieder von drei Studienseminaren aus Schwaben und - darüber freue ich mich ganz besonders - einer 9. Klasse der Realschule Puchheim mit ihrer Lehrerin Frau Heimann.

Ich begrüße die Damen und Herren der Medien.

Die musikalische Gestaltung unserer Gedenkstunde verdanken wir Herrn Romeo Franz und Herrn Unge Schmidt. Auch sie heiße ich sehr herzlich willkom-men.

Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Her-ren, "eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zu-kunft wirkt" - das war die Hoffnung von Bundespräsi-dent Professor Roman Herzog, als er 1996 den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus proklamierte. Weiter führte er dazu aus:

Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.

Die Geschichte der Opfer und was sie Schreckliches erlebt haben, kann wohl niemand besser erzählen als sie selbst. Es wird nur noch eine begrenzte Zeit sein, in der wir die Berichte der überlebenden Zeitzeugen aus ihrem eigenen Mund und mit ihrer eigenen Stimme hören können. Aber auch danach - und gerade dann - dürfen wir nicht vergessen, was Menschen damals anderen Menschen an Leid und Grausamkeiten angetan haben.

Es ist und bleibt eine Verpflichtung auch für die kommenden Generationen, sich dem Vergessen-Wollen entgegenzustellen, damit sich das Geschehene nie wiederholt.

Sie, sehr geehrter Herr Rosenbach, engagieren sich dafür in ganz persönlicher Weise. Ähnlich wie Herr Dr. Max Mannheimer und andere Überlebende berichten Sie an bayerischen Schulen von Ihrem Schicksal als Verfolgter.

Außerdem hat der Bayreuther Historiker Norbert Aas Ihre Lebensgeschichte in einem Buch dokumentiert. Es trägt den Titel "Der Tod war mein ständiger Begleiter". Sie schildern darin in Worten, die einem sehr nahegehen, in welch unfassbare Abgründe des Bösen Sie und Ihre Familie geblickt haben.

Als Sie 1943 zusammen mit Ihrer Mutter und anderen Verwandten in das KZ Auschwitz deportiert wurden, erfuhren Sie, dass Ihr Vater zwei Tage vor Ihrer Ankunft von der SS erschlagen worden war.

Später mussten Sie im Lager Birkenau mithelfen, die Toten aus den Gaskammern herauszutragen. Dort haben Sie mit eigenen Augen die großen Fässer gesehen, die mit Goldzähnen, Frauenhaaren, Brillen und Ringen gefüllt waren.

1945, nach der Befreiung, waren Sie 18 Jahre alt. Sie und zwei Ihrer Schwestern waren die Einzigen aus Ihrer Familie, die den Völkermord an den Sinti und Roma überlebt hatten.

Das Martyrium Ihrer Familie steht exemplarisch für die Gräueltaten, die die Sinti und Roma unter dem Nazi-Regime erlitten haben. Sinti und Roma waren eine Minderheit, die dem Rassenwahn der Nationalsozialisten zum Opfer fielen. Sie wurden in Lagern interniert, mussten dort Zwangsarbeit leisten und wurden ab dem Frühjahr 1940 in den Osten deportiert und systematisch ermordet. Andere starben an Hunger, Krankheiten und Erschöpfung. Heute schätzt man, dass insgesamt zwischen 220.000 und einer halben Million Sinti und Roma zu Tode kamen.

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten fanden sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR die Ver-

brechen an den Sinti und Roma nur wenig Beachtung. Erst 1982 hat die Bundesrepublik Deutschland diesen Völkermord politisch und völkerrechtlich anerkannt.

Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma hat uns dazu dankenswerterweise eine eindrucksvolle Ausstellung zur Verfügung gestellt. Sie ist im Kreuzgang zu besichtigen. Ich darf Sie im Anschluss an diese Gedenkstunde zu einem Rundgang einladen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor Herr Dr. Schuster zu uns spricht, darf ich Sie nun bitten, sich zum ehrenden Gedenken an alle Menschen, die dem Terror und der Barbarei der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen sind, zu erheben.

(Schweigeminute)

- Ich danke Ihnen.

Dr. Josef Schuster (Präsident des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern und Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung, meine Damen und Herren Mitglieder dieses Hohen Hauses, Hohe Geistlichkeit, Frau Knobloch, Herr Rosenbach, meine Damen und Herren!

Es waren zwei Völker in Europa, die die Nazis zur Vernichtung ausersehen hatten: die Juden und das Volk der Sinti und Roma. Konnten sich andere wie Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Homosexuelle, Priester zumindest theoretisch - ich betone: theoretisch - der Verfolgung entziehen, wenn sie sich um Unauffälligkeit bemühten, so konnten Juden und Sinti und Roma dies nicht. Sie waren pauschal zum Tode verurteilt. Ein jüdisches Kind, ein Kind einer Sintesa, das Kind eines Rom waren durch Geburt vogelfrei und der Gewalt der Nationalsozialisten hilflos preisgegeben.

Das Synonym dieses in der Geschichte der Völker beispiellosen Verbrechens ist Auschwitz, dessen Befreiung durch die Rote Armee sich in diesen Tagen zum sechshundsechzigsten Male jährt. Als die sowjetischen Soldaten am Nachmittag des 27. Januar 1945 das Lager betraten, fanden sie im Lager Auschwitz II-Birkenau 600 getötete Gefangene, die nur Stunden vor der Befreiung ermordet worden waren. Die Deutschen waren Hals über Kopf geflüchtet. Und allein diesem Umstand ist es zu verdanken, dass insgesamt 7.650 todkranke und erschöpfte Häftlinge gerettet werden konnten, 1.200 in Auschwitz I, 5.800 in Auschwitz II-Birkenau und 650 in Auschwitz III-Buna/Monowitz.

Ab Mitte Januar 1945 hatten die Deutschen bei ihrem überhasteten Rückzug mehr als 58.000 Häftlinge aus Auschwitz auf die Todesmärsche gen Westen getrieben. Wer zu schwach war, das Marschtempo einzuhalten, wurde an Ort und Stelle erschossen. Unzählige verhungerten und erfroren. Nur vergleichsweise wenige erreichten das Lager Dachau und seine Außenlager in Bayern, wo sie wenige Monate später von der amerikanischen Armee befreit werden konnten.

Als Deutschland kapitulierte, waren sechs Millionen Juden und - wir haben die Zahl gerade gehört - etwa 500.000 Sinti und Roma in Europa tot, ermordet aus einem einzigen Grund: Sie waren Juden oder sie waren Sinti und Roma.

Wenn wir nun heute dieses Tages, des Befreiungstages von Auschwitz, in Deutschland, in den meisten Ländern Europas und in den USA gedenken, so tun wir das in Trauer, aber nicht in Bitterkeit. Wir, die wie ich nach der Nazizeit, nach dem Ende des Krieges geboren sind, haben diese brutale Diktatur nicht kennengelernt. Das deutsche Volk kam in den Genuss einer demokratischen Gesellschaft mit ethischen Werten. Wir alle haben gelernt, dass der Respekt vor der Würde des Menschen nicht nur unser oberster Verfassungsgrundsatz ist, sondern dass er auch gelebt und praktiziert werden muss, wenn ein friedliches Miteinander gelingen soll.

Die Voraussetzungen für ein respektvolles Miteinander sind da. Aber die Gesellschaft ist nicht so, wie wir sie uns wünschen würden. Der Antisemitismus ist nicht verschwunden, die Fremdenfeindlichkeit nicht und die Verächtlichmachung derer, die man für anders hält, auch nicht. Eine rechtsextreme Partei sitzt in einigen deutschen Landtagen und betreibt Propaganda für ihre verderblichen Ziele.

Wir wissen nicht nur aus den Verfassungsschutzberichten, dass neonazistische Gruppen alles daran setzen, bereits Kinder und Jugendliche für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Es bedarf unser aller Anstrengungen, dass einem solchen Treiben ein Ende geboten wird. Wir wollen nicht, dass noch mehr junge Menschen diesen braunen Rattenfängern wieder folgen.

Als Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland versichere ich Ihnen, dass der Antisemitismus nicht das eigentliche Problem der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland ist. Er betrifft uns; er macht uns besorgt. Aber er ist eigentlich nicht unser Problem. Er ist vielmehr das Problem der nichtjüdischen deutschen demokratischen Gesellschaft, die es um ihrer eigenen Würde willen nicht zulassen darf, dass je wieder eine Ideologie in Deutschland Raum findet, deren Ziel es ist, Menschen wegen ihres Sos-

eins oder Andersseins zu verfolgen. Es ist unser aller Aufgabe, die Demokratie vor Volksverführern zu bewahren.

Als Abgeordnete dieses Landtags vertreten Sie die Bevölkerung Bayerns und damit haben Sie das Vertrauen der Menschen in Bayern. Das ist, denke ich, eine hervorragende Basis für eine beispielgebende Arbeit. Dazu wünsche ich Ihnen Glück und Gottes Segen. Vielen Dank.

Dr. h. c. Charlotte Knobloch (Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und ehem. Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland): Sehr verehrte Frau Präsidentin Stamm, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer, sehr geehrter Herr Freller, Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, sehr geehrte Überlebende und Zeitzeugen, sehr geehrter Herr Rosenbach, sehr geehrter Herr Dr. Schuster, sehr geehrte Mitglieder des Kabinetts, verehrte Gäste! Der 27. Januar ist ein besonderer Gedenktag. Bundespräsident Roman Herzog und Ignatz Bubis, der damalige Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, wählten vor 15 Jahren mit Bedacht das Datum der Befreiung von Auschwitz als Tag des gemeinsamen Erinnerns. Von Jahr zu Jahr wird dieser Tag wichtiger. Von Jahr zu Jahr wird es wichtiger, unsere Kultur des Erinnerns weiterzugeben an die jungen Generationen in diesem Land, stehen wir doch an der Schwelle der Zeit, da der Holocaust seiner Zeitgenossenschaft entschwindet.

Saul Friedländer äußerte erst vor wenigen Tagen seine Sorge, da sich beim Thema Holocaust Ermüdung zeige. Meine Erfahrungen aus den unzähligen Begegnungen mit Schülern in der gesamten Bundesrepublik vermitteln mir ein anderes Bild. Wenn junge Menschen heute fragen: "Was geht mich das noch an?", so wollen sie dies nicht rhetorisch verstanden wissen. Sie wollen eine Antwort von uns. Sie haben ein genuines Interesse an der Geschichte, und es liegt an uns, ob wir ihre Neugier befriedigen oder abtöten. Wir stehen vor einer großen Herausforderung. Der Wunsch nach Harmonie im Verurteilen der Nazi-Gräueltaten und im Bekenntnis zur Demokratie ist selbstverständlich. Fatalerweise birgt aber gerade dieser Wunsch die Gefahr, eine wahrhaftige Auseinandersetzung zu ersticken. Immer wieder erlebe ich, wie verkrampt durchaus gut gemeinte Aktionen ablaufen.

Verordnetes Gedenken aus Sorge, der Holocaust könnte in Vergessenheit geraten, funktioniert nicht. Jugendliche haben feine Sensoren für Peinlichkeiten, für falsche Töne und dafür, wie authentisch man ihnen begegnet. Sie können nicht auf Befehl Betroffenheit zeigen. Um in ihre Köpfe und Herzen zu drin-

gen, müssen wir ihnen einen eigenen Anteil an der Geschichte geben. Keinen Anteil an Schuld, keinen Anteil an Scham oder Schande, aber einen Anteil an dem besonderen Bewusstsein, das aus unserer Erinnerung resultiert, an den wichtigen Lehren, die wir aus unserer Vergangenheit ziehen können.

Verehrte Anwesende, ich habe den Holocaust überlebt. Niemals kann ich vergessen, in welche Katastrophe der Mensch selbst seinesgleichen stürzen kann. So geht es an Tagen wie diesem natürlich um Erinnerung, aber vor allem auch um Bewusstsein, um Wissen um jene Gefahr, die wir kennen, seit wir begreifen mussten, dass es eine Illusion war zu glauben, der Zivilisationsprozess sei eine Einbahnstraße, eine Gefährdung, von der wir wissen, dass sie immer aktuell sein kann.

Das alle Generationen verbindende Schlüsselthema unserer Gesellschaft heißt Verantwortung, die uns allen auferlegt ist und die uns alle verpflichtet. Wir alle tragen Verantwortung für die im Grundgesetz verankerten Werte und Freiheitsrechte. Diese Botschaft müssen wir den jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland mit auf den Lebensweg geben. Ihr Anteil an der Geschichte besteht in ihrem Anteil an der Verantwortung in der Gegenwart und ihrem Anteil an der Gestaltung der Zukunft und dem friedlichen Miteinander aller Menschen in unserer Gesellschaft.

Glück und einige wenige mutige Menschen haben es mir ermöglicht, den braunen Terror zu überleben. Ich blickte hinab in die tiefsten Abgründe menschlichen Hasses. Ich kann bezeugen, welche zerstörende Kraft ideologische Gesinnung entfalten kann. Ich weiß aber auch, dass Verfolgung, Gewalt und Massenmord gesellschaftliche Vorstufen haben. Wegschauen ist eine davon. Sich abwenden, wenn Menschen in Bedrängnis geraten, geflissentlich weghören, wenn Hass verbreitet wird, und abwiegeln, wenn politische Gewalttaten angeprangert werden - das alles sind Anfänge, denen es zu wehren gilt. Die Erinnerung an die Vergangenheit wach zu halten, ist unerlässlich, weil sie uns ein sehr präzises Vermächtnis hinterlässt. Es lautet: Nie wieder!

Wenn die jungen Menschen spüren, dass uns Ungerechtigkeiten wirklich umtreiben, dass wir es mit der Zivilcourage ernst nehmen und dass es uns wirklich wichtig ist, die freiheitliche Demokratie mit Leben zu füllen, dann wird es auch ihnen wichtig sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Stunde Null hat es in der Geschichte nie gegeben, und auch einen Schlussstrich wird es nicht geben. Die Erinnerung ist unkündbar. Aber Tage wie dieser sind nicht dazu da, sich gegenseitig zu belehren. Es ist

sinnlos, Moral oder Toleranz einzufordern. Toleranz und Moral müssen gelebt werden.

An dieser Stelle ist es mir ein tiefes Bedürfnis, diesen Tag des Gedenkens auch zu einem Tag des Dankes zu machen. Von ganzem Herzen geht mein Dank an die Bundesregierung, die Bayerische Staatsregierung, die vielen Kommunen und Initiativen sowie an alle Menschen, denen es gelungen ist und weiter gelingen wird, aus dem schwierigen Spannungsfeld zwischen Bewältigung des Geschehenen und Gestaltung der Zukunft positive Energie zu schöpfen. Zum Glück geht es für die jungen Generationen in diesem Land nicht mehr darum, sich von ihrer Last der Geschichte zu befreien. Sie haben die Chance, unbelastet aus ihr zu lernen, gewissermaßen das Beste daraus zu machen, neue Antworten zu finden auf die Frage: "Was geht uns das noch an?"

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte schließen mit einem Appell an die jungen Menschen in unserem Land: Seid stolz auf unsere Heimat! Wir haben in den letzten 65 Jahren unglaublich viel erreicht. Seid aufgeklärte Patrioten! Übernehmt aus Liebe zu diesem Land Verantwortung für die Gestaltung unserer aller Gegenwart und Zukunft, Verantwortung für ein würdevolles, respektvolles und friedliches Miteinander aller Menschen in unserer Gesellschaft. Unterstützt die Politiker wie auch diejenigen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren und dafür einsetzen, dass der braune Mob aus unseren Parlamenten und aus unseren Straßen verschwindet. Und um eines bitte ich die jungen Menschen noch: Lasst euch von keinem Menschen dieser Erde einreden, wen ihr zu lieben und wen ihr zu hassen habt.

Karl Freller (Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten): Verehrte Überlebende, Frau Landtagspräsidentin, Herr Ministerpräsident, Frau Präsidentin Dr. Knobloch, Herr Präsident Dr. Schuster, Herr Dietz de Loos, Herr Landesvorsitzender Schneeberger, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste! Übermorgen, am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, erinnern wir in der KZ-Gedenkstätte Dachau an alle Opfer der beispiellosen NS-Terrorherrschaft, Juden, Sinti und Roma, Christen, Menschen mit Behinderungen, Homosexuelle, politisch Andersdenkende sowie Männer und Frauen des Widerstandes, Wissenschaftler, Künstler, Journalisten, Kriegsgefangene und Deserteure, Greise und Kinder an der Front, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und an jeden, der dem NS-Regime willkürlich nicht passte.

Ich danke der Präsidentin des Bayerischen Landtags, Frau Barbara Stamm, sehr herzlich, dass sie den Vorschlag sofort aufgriff, in einer eigenen Stunde im Ple-

num des Bayerischen Landtags der Millionen von Opfern zu gedenken und dabei auch insbesondere jener Menschen, die in Bayern Opfer wurden oder aus Bayern kamen. Wir dürfen nicht aufhören, daran zu erinnern. Je länger diese Gräueltaten her sind, desto wichtiger ist es, das Gedächtnis an die Opfer des größten Verbrechens der Menschheitsgeschichte zu pflegen. Wir pflegen diese Erinnerung auch deshalb, damit Menschenverächter heute und in Zukunft keinen Zulauf mehr bekommen, sondern sich in ihre Löcher verkriechen müssen.

Auch in Zukunft müssen die Menschen wissen, was in der Vergangenheit passiert ist. Sie müssen wissen, dass es passiert ist, um wachsam zu bleiben. Im gleichen Sinne haben die Vertreter der verschiedenen Häftlingskomitees vor zwei Jahren ein gemeinsames Vermächtnis formuliert. Ihre Forderung an heutige und künftige Generationen lautet: Erinnerung bewahren, authentische Orte erhalten, Verantwortung übernehmen.

Die unmittelbare Erinnerung an Geschehnisse von einst können nur jene bewahren, die es erlebt haben oder, genauer gesagt, erleben mussten: die Zeitzeugen. Unsere unmittelbare Erinnerung wird das sein, was uns diese Zeitzeugen mitgegeben haben und noch mitgeben. Neun von ihnen sind heute stellvertretend hier. Ich nenne sie in zufälliger Reihenfolge: Frau Dr. Charlotte Knobloch, Franz Rosenbach, Dr. Max Mannheimer, Abba Naor, Dr. Jack Terry, Ernst Grube, Hugo Höllenreiner, Hermann Höllenreiner und Siegfried Heilig.

Diesem Landtag gehören seit 2008 viele zum Teil ziemlich junge Mitglieder neu an. Etliche von euch werden noch in Jahrzehnten politische Verantwortung tragen. Mein Wunsch an euch ist: Seid Zeugen der Zeitzeugen, gebt deren Zeugnis weiter. Egal, ob wir 2030 oder 2040 schreiben, die Botschaft muss die gleiche bleiben. Es darf keine Form von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus mehr geben, nirgendwo in der Welt und in Deutschland schon gar nicht.

Ich bin sehr froh, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass alle Parteien dieses Parlaments darin einig sind, dass die NPD verboten gehört, und jetzt gemeinsam die Initiative unseres Kollegen Dr. Christoph Rabenstein unterstützen.

Nutzen wir im Parlament die Zeit, in der noch Zeitzeugen unter uns sind, wie in dieser Stunde der Sinto Franz Rosenbach. Als 15-Jähriger ins KZ gesperrt, hat auch Franz Rosenbach Schlimmstes erleben müssen. 6 Millionen Juden und 500.000 Sinti und Roma wurden, wie es Erich Schneeberger treffend formuliert, "fabrikmäßig" ermordet. Mit Rassenhygiene

und Verbrechensbekämpfung begründeten die Nazis ihre bestialischen Verbrechen. Auch Rosenbachs Familie wurde fast vollständig ausgelöscht.

Am 28. Januar 1944 kommt Franz Rosenbach 15-jährig ins sogenannte Zigeunerlager Auschwitz-Birkenau. Kurz darauf stirbt in seinen Armen seine ältere Schwester.

Nur 67 Jahre trennen uns von dieser Zeit, für die Menschheitsgeschichte ein Wimperschlag. Doch damit keine Generation jemals mehr solches Leid sehen muss, geht Franz Rosenbach, der in Nürnberg lebt und Stellvertretender Vorsitzender der bayerischen Sinti und Roma ist, noch immer an unsere Schulen, warnt vor jedweder Diktatur und kämpft für unsere Demokratie. Heute tut er es hier bei uns im Landtag.

Herr Rosenbach, nach dem Musikstück haben Sie unsere volle Aufmerksamkeit.

(Musikstück)

Franz Rosenbach (Überlebender Sinto des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau und Stellvertretender Vorsitzender des Verbandes Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Bayern): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Als einer der wenigen, die den Völkermord an unserer Minderheit überlebt haben, möchte ich Zeugnis ablegen über die Verbrechen, die unseren Menschen ebenso wie unseren jüdischen Leidensgenossen in der Zeit des Nationalsozialismus angetan wurden.

Ich lebte damals mit meiner Familie in einem Dorf in Niederösterreich, wo ich nach meinem Schulabschluss bei der Bahn angestellt war. Mein Vater, der bei einer Baufirma arbeitete, wurde plötzlich von der Gestapo verhaftet. Ich war damals 15 Jahre alt. Ein Jahr später, im März 1943, wurde auch ich direkt von meinem Arbeitsplatz von der Gestapo abgeholt und zusammen mit meiner Mutter, meinem Onkel und dessen Kindern in das sogenannte "Zigeunerlager" Auschwitz-Birkenau deportiert. Meine drei größeren Schwestern waren bereits zuvor nach Auschwitz-Birkenau verschleppt worden. Von ihnen musste ich in Auschwitz erfahren, dass mein Vater zwei Tage vor unserer Ankunft von der SS erschlagen worden war.

Das sogenannte "Zigeunerlager" lag unmittelbar neben dem Abschnitt, wo die Juden untergebracht waren; getrennt waren wir durch einen elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun. In unserer Baracke waren 500 bis 600 Menschen zusammengepfercht - dicht gedrängt lagen wir in den Buchsen. Die Nässe und die Kälte waren kaum auszuhalten.

Bald nach meiner Ankunft wurde ich zur Zwangsarbeit im Kommando Kanalbau in Birkenau eingeteilt, das nur aus Sinti und Roma bestand. Es gab keine Schuhe, keine Strümpfe - bei Sturm und Regen mussten wir ununterbrochen Lehm schaufeln. Mit großen Stöcken wurden die abgemagerten Häftlinge bis zur völligen Erschöpfung angetrieben. Jeden Abend mussten wir Tote heimtragen. Wer das nicht selbst miterlebt hat, kann es sich nicht vorstellen. Die Lagerstraße von Birkenau war übersät mit Toten. Nachts, wenn alles gefroren war, wurden die steifgefrorenen Leichen auf Lastwagen geworfen und weggefahren.

Eines Tages kamen wir auf Transport nach Buchenwald zum Arbeitseinsatz, wie es hieß. Meine Mutter weinte beim Abschied und sagte, ich solle auf mich aufpassen. Ich habe sie niemals wiedergesehen. Bei der Auflösung des Zigeunerlagers in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 wurde sie von der SS in den Gaskammern ermordet - zusammen mit über 2.800 unserer Menschen.

In Buchenwald musste ich im Steinbruch Zwangsarbeit leisten und täglich Steine eine Treppe hochschleppen. Mein Block war unten am Wald im sogenannten "kleinen Lager". Ende 1943 wurden wir mit Viehwaggons nach Mittelbau-Dora transportiert, welches damals noch ein Außenlager von Buchenwald war. Im Kommando B 11 musste ich im Stollen als Bohrer arbeiten und die Trümmer wegräumen. Manchmal kam es zu Fehlzündungen, wobei viele Häftlinge umkamen. Wir arbeiteten in Schichten. Nach acht bis zehn Stunden schwerster Sklavenarbeit verließen die Häftlinge schneeweiß vom Staub den Stollen, um nach einem kläglichen Abendessen zu Tode erschöpft in den Schlaf zu sinken. Viele waren bis auf die Knochen abgemagert. Diese sogenannten "Muselmänner" waren der Willkür der SS-Männer besonders ausgeliefert und hatten kaum eine Überlebenschance. Nur wer noch fähig war zu arbeiten, hatte ein Recht zu leben. Wer in Dora nicht mehr arbeiten konnte, war verloren.

Mancher Häftling hat in seiner Verzweiflung einen Fluchtversuch gewagt - fast immer vergeblich. Ich erinnere mich noch genau, wie die SS einen Sinto, der versucht hatte zu fliehen, grün und blau geschlagen hat. Dieser Häftling musste sich direkt an den elektrischen Stacheldraht stellen und immer wieder rufen "Hurra, ich bin wieder da!", bis er schließlich zusammengebrochen ist. Anschließend wurde er auf dem Appellplatz aufgehängt. Es gab auch Tage, wo wir stundenlang voller Todesangst Appell stehen mussten. Viele sind dabei vor Entkräftung zusammengebrochen und gestorben.

Ende 1944, als die russische Front immer näher rückte, sollten wir in das Konzentrationslager Neuengamme bei Hamburg verlegt werden. Wir sind mit ungefähr 500 Mann von Harzungen unter einem Kommando der SS losmarschiert. Tagelang mussten wir, obgleich völlig erschöpft, marschieren. Nachts schliefen wir im Wald. Wer nicht mehr weiter konnte, musste sich in einen Graben setzen und bekam einen Genickschuss. Der Volkssturm hat die Leichen anschließend am Straßenrand begraben. Als wir schließlich in Oranienbaum ankamen, waren wir nur noch wenige Mann. Wir sollten dort in einem Schützengraben die russischen Panzer aufhalten, während sich die SS-Männer bereits davonmachten. Es ist mir schließlich gelungen, in den Wald zu flüchten und mich bis nach Österreich durchzuschlagen.

Bei meiner Befreiung war ich 18 Jahre alt. Doch in meinem Heimatort habe ich zunächst niemanden von meiner Familie wiedergefunden. Erst 1950 habe ich durch Zufall zwei meiner Schwestern getroffen. Wir drei waren die einzigen von unserer ganzen Familie, die den Völkermord überlebt haben.

Die deutschen Sinti und Roma sind in diesem Land seit über 600 Jahren beheimatet. Vor der nationalsozialistischen Machtübernahme waren sie als Nachbarn und Arbeitskollegen in das gesellschaftliche Leben und in die lokalen Zusammenhänge integriert. Zahlreiche Sinti und Roma dienten im Ersten Weltkrieg in der kaiserlichen Armee. Viele erhielten für ihre Verdienste hohe Auszeichnungen. Die Ausgrenzung durch die Nationalsozialisten beendete diese Normalität des Zusammenlebens. Ziel der vom NS-Staat organisierten Verfolgungs- und Mordpolitik war die vollständige Vernichtung der Minderheit vom Säugling bis zum Greis. Wie die jüdischen Menschen wurden auch die Sinti und Roma allein aufgrund ihrer Existenz enteignet, ihrer Lebensgrundlage beraubt und schließlich nach Auschwitz und in die anderen Todesstätten deportiert; die meisten von ihnen wurden dort ermordet.

Der Holocaust an den etwa 500.000 Sinti und Roma ist ebenso wie die Shoah ein Verbrechen, das sich jedem historischen Vergleich entzieht und in seinem Ausmaß bis heute unvorstellbar bleibt. Er wurde ideologisch propagiert, systematisch geplant, bürokratisch organisiert und schließlich fabrikmäßig vollzogen.

Bei der Eröffnung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg am 16. März 1997 sagte Altbundespräsident Roman Herzog:

Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem

gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für uns, die wenigen Überlebenden des Holocaust, hat es eine wirkliche Befreiung niemals gegeben. Es gibt Erlebnisse und Erinnerungen an jene Zeit, die man nie wieder los wird, die in unseren nächtlichen Träumen immer wiederkehren. Über 40 Jahre habe ich gebraucht, um über die fürchterlichen Erlebnisse von damals sprechen zu können. Heute berichte ich als Zeitzeuge vor Schulklassen, um der jungen Generation zu vermitteln, wohin - wie es in der Präambel der Bayerischen Verfassung heißt - "eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen" das deutsche Volk einst geführt hat, und um dazu beizutragen, dass sich etwas Derartiges auf deutschem Boden niemals wiederholen wird. Am Schluss meiner Zeitzeugengespräche rufe ich den jungen Menschen meist zu: "Ihr seid die Zukunft Deutschlands. Macht etwas Gutes aus Deutschland!"

Lassen Sie mich abschließend noch feststellen, dass es für mich persönlich ein ganz besonders bewegendes Ereignis ist, dass ich als erster Repräsentant unserer Minderheit heute im Bayerischen Landtag zu Ihnen sprechen kann.

Ich danke Ihnen.

(Musikstück)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich unterbreche die Sitzung für 30 Minuten.

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie bitte pünktlich um 14.30 Uhr wieder im Plenarsaal. Nutzen wir die Zeit, uns im Kreuzgang die Ausstellung anzusehen.

(Unterbrechung von 14.00 bis 14.30 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir nehmen die Beratungen wieder auf. - Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Sie bitten, eines verstorbenen früheren Kollegen zu gedenken. Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben. -

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 30. Dezember des vergangenen Jahres verstarb der ehemalige Kollege Dieter Morgenroth im Alter von 65 Jahren. Dieter Morgenroth gehörte dem Bayerischen Landtag von 1974 bis 1986 an und vertrat für die CSU-Fraktion den Wahlkreis Oberfranken. Wäh-

rend seiner Parlamentszugehörigkeit war er Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, im Ausschuss für Sozial- und Gesundheitspolitik, im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen sowie im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. Neben seiner politischen Arbeit auf kommunaler und auf der Landesebene hat sich Dieter Morgenroth besonders der Musik gewidmet. Er spielte nicht nur selbst sehr gut Trompete, sondern hat sich als langjähriger Vizepräsident des Nordbayerischen Musikbundes erfolgreich für die Gründung des deutschlandweit ersten Musikrates auf Landkreisebene eingesetzt. Im vergangenen Jahr wurde er zum Ehrenvorsitzenden des Musikrates der Stadt und des Landkreises Bamberg ernannt. Der Bayerische Landtag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Sie haben sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen dafür.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich noch zwei Geburtstagsglückwünsche aussprechen. Jeweils einen halbrunden Geburtstag feierten am 13. Januar Herr Kollege Franz Schindler und am 18. Januar Herr Kollege Hans-Ulrich Pfaffmann. Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und viel Erfolg für Ihre parlamentarischen Aufgaben und natürlich privates Wohlergehen. Herzlichen Glückwunsch an die beiden, an Ulli und Franz!

(Allgemeiner Beifall)

Gestatten Sie mir bitte jetzt noch einmal den Hinweis, dass die nun folgende Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten mit der anschließenden Aussprache von Hörfunk und Fernsehen direkt übertragen wird.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten "Aufbruch für das Zukunftsland Bayern: Familie, Bildung, Innovation"

Die Bayerische Staatsregierung hat eine Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zu diesem Thema angemeldet. Das Wort dazu hat der Herr Ministerpräsident, bitte schön.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Noch vor einem Jahr hat uns die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise Zukunftsängste bereitet. Entlassungen, monatelange Kurzarbeit, Lohnverzicht, Sorge um Sparanlagen - das waren tiefe Einschnitte für die Menschen. Niemand, auch nicht die Experten, hätte

damals gedacht, dass wir so schnell und so gut aus der Krise in einen neuen Aufschwung starten.

Heute steht Bayern hervorragend da; man muss nur die Wirtschaftsnachrichten von heute zur Kenntnis nehmen, um das zu wissen. Unsere Unternehmen investieren auf breiter Front. Der Export boomt, bayerische Produkte sind weltweit gefragt. Auch die Binnen- nachfrage zieht an. Wir in Bayern haben die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland. Die Voll- beschäftigung ist kein Fernziel mehr, sondern in Sichtweite. Liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber sollten wir uns freuen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es geht nicht nur um die globale Entwicklung. Wenn man den besten mit dem schwierigsten Arbeitsamts- bezirk in Bayern vergleicht, stellt man fest, dass sich der Abstand der Arbeitslosenquote zwischen diesen beiden Werten seit den 90er-Jahren mehr als halbiert hat. Das heißt im Klartext: Auch die strukturschwä- cheren Regionen Bayerns geben Gas. Diese Fakten sprechen eindeutig für unsere erfolgreiche Regional- politik.

Das "Handelsblatt" schreibt: "Der Süden leuchtet". Im Städteranking der "Wirtschaftswoche" liegen sieben bayerische Städte unter den ersten zehn. Der aktuelle Chancenindex sieht sechs der zehn deutschen Top- Regionen in Bayern, viele davon im ländlichen Raum. Das heißt: Alle bayerischen Regionen bieten Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dieser Erfolg hat zwei Ursachen - an erster Stelle die Menschen in Bayern und an zweiter Stelle die aktive Politik der Staatsregierung und der Mehrheit im Baye- rischen Landtag.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Arbeitnehmer und Unternehmer haben in der Krise soziale Verantwortung bewiesen. Arbeitnehmer haben in vielen Fällen auf Lohn verzichtet. Unternehmer, Mit- telständler und Handwerker haben Arbeitsplätze ge- rettet und an ihren Leuten festgehalten. Dafür möchte ich heute im Namen der Staatsregierung Dank sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die bayerische Erfolgsgeschichte heißt: Unternehmen statt unterlassen, anpacken statt nörgeln. Bayern, das ist Zukunft statt Blockade!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayerns Stärke - ich sagte es schon - sind seine Men- schen. Wertebewusstsein, Verantwortungsberei- schaft, Ideenreichtum - all das ist in Bayern daheim. Die Menschen packen an. Sie haben Bayern zu dem gemacht, was es heute ist. Es ist das Verdienst unse- rer Bevölkerung, dass Bayern heute ein Zukunfts- und Chancenland ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Bayern sind weltoffen und lieben ihre Heimat. Ein Beispiel: Der Mittelständler Hans Huber aus Berching in der Oberpfalz - übrigens ein Mitglied des in den letzten Tagen so häufig diskutierten Zukunftsrates - schickt seine Spezialisten in die ganze Welt. Er hat Betriebe mit etwa 600 Beschäftigten. Er war zu Gast bei meiner Landtagsfraktion in Kreuth. Seine Mitarbei- ter sind in der ganzen Welt gefragte Profis in der Um- welttechnik. Er hat uns erzählt, dass sie sich um ihre Gemeinde kümmern, wenn sie wieder zu Hause sind. Die meisten sind Mitglieder in mehreren Vereinen oder Organisationen. Das ist Bayern, liebe Freunde: Weltoffenheit auf der einen Seite und Liebe zur Hei- mat auf der anderen Seite.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Diese Mitarbeiter sind weltweit unterwegs, und wenn sie zu Hause sind, streifen sie das Trikot über und trainieren die A-Jugend. Das ist unser Verständnis von Bayern.

Nach einer Umfrage des Bayerischen Rundfunks sind 95 % der Menschen gern in Bayern daheim. Nirgend- wo in Deutschland ist die Bindung zur Heimat so fest, so stark wie bei uns, und nirgendwo ist die Bereit- schaft so groß, sich für die Heimat einzusetzen. Nir- gendwo engagieren sich so viele Menschen im Ehren- amt wie bei uns. Fast vier Millionen Einwohner in Bayern engagieren sich im Ehrenamt. Das ist bayeri- scher Patriotismus!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch die Politik hat in der tiefsten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg, wie ich meine, richtig gehandelt, und zwar zwei Regierungen, die Koalition in Berlin und die Koalition aus CSU und FDP in Mün- chen. CSU und FDP haben schnell und entschlossen angepackt. Unsere Finanz- und Wirtschaftspolitik, der zurückliegende Haushalt 2009/10, war ein wirksames Konjunkturprogramm. Der Aufschwung, vor allem in Bayern, bestätigt diesen Kurs.

Wir kümmern uns, wenn es den Menschen schlecht geht. Wir stehen zu einer aktiven Wirtschaftspolitik. Wir haben schnell, konsequent und mit messbaren Erfolgen gehandelt - zum Beispiel im Falle Knaus

Tabbert in Freyung-Grafenau, zum Beispiel im Falle Siemens in Bad Neustadt und zum Beispiel in Fürth. Wir haben 3.000 Betrieben in Bayern beigestanden. Wir haben die Fürther nach der Quelle-Pleite eben nicht alleine gelassen. Wir haben mit vereinten Kräften für die Menschen gekämpft, entgegen mancher Unkenrufe und entgegen dem Satz: Der Markt wird es schon richten. Es war richtig. Heute geht es Fürth besser als vor der Krise. Ich freue mich, dass der Fürther SPD-Oberbürgermeister den Einsatz der Staatsregierung lobt und sagt: Uns geht es heute besser als vor der Quelle-Krise.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Diesem Lob hat sich auch der Nürnberger SPD-Oberbürgermeister in meiner Anwesenheit am letzten Sonntag bei der Eröffnung einer Messe in Nürnberg angeschlossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so sollte es im Grunde immer sein. Für das Wohl unseres Landes zählt nicht die Parteitaktik, sondern nur die Sorge um die Menschen.

(Widerspruch bei der Opposition - Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir in Bayern widerlegen jeden Pessimismus. Lange Zeit hieß es: Diejenigen, die regieren, haben nichts zu entscheiden und diejenigen, die entscheiden, werden nicht gewählt. Wir haben in den letzten zwei Jahren deutlich gemacht, dass die Politik in Zeiten der Globalisierung nicht machtlos ist. Die richtige Politik kann viel bewegen für Land und Leute.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die bayerische Wirtschaft boomt - ohne Zweifel. Doch unser Wohlstand ist kein Selbstläufer. Wir müssen handeln und weiter an der Zukunft bauen.

Unsere Ziele für alle Regionen in Bayern sind: nachhaltiges Wachstum, sozialer Zusammenhalt, sichere Arbeitsplätze und beste Ausbildung für beste Chancen. Unser Weg ist: Zutrauen statt Misstrauen; Aktivieren statt Alimentieren. Unser Weg ist richtig. Wir müssen die Richtung nicht korrigieren, aber wir wollen das Tempo erhöhen und in der Taktzahl zulegen. Wir bauen auf drei starke Pfeiler als geistige Grundlage unseres Tuns. Das ist unter anderem die soziale Marktwirtschaft. Die Tatsache, dass diese mit Füßen getreten worden ist, war die eigentliche Ursache für die Finanz- und Wirtschaftskrise. Die zwei anderen Pfeiler sind das christliche Menschenbild und die solidarische Leistungsgesellschaft. Das sind drei starke Pfeiler: Die soziale Marktwirtschaft, das christliche Menschenbild und die solidarische Leistungsgesellschaft. Meine Damen und Herren, ich kenne kein bes-

seres Konzept für das Zusammenleben von Menschen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das heißt übersetzt: Solidarität mit den Schwachen. Wir helfen denen auf die Beine, die unsere Unterstützung brauchen. Gleichzeitig setzen wir auf Leistung als Voraussetzung für unseren Wohlstand. Das ist soziale Marktwirtschaft. Sie besteht aus Solidarität und Leistung. Ich habe schon oft gesagt: Wertschöpfung aus Wertschätzung für den Menschen und eben nicht "Markt pur." Genauso sage ich aus voller Überzeugung: Zukunft lässt sich nicht vom Staat verordnen. Zukunft wächst aus dem Einsatz jedes Einzelnen und nicht aus einer zentralistischen Planwirtschaft.

Die Werte der sozialen Marktwirtschaft erfahren eine Renaissance. Die jüngste Shell-Studie attestiert der Jugend ein starkes soziales Engagement. Familie und eine funktionierende gesellschaftliche Moral sind für die jungen Menschen Voraussetzungen, ihr Leben eigenverantwortlich und unabhängig gestalten zu können. Die Jugend sagt Ja zur Freiheit, aber auch Ja zur Verantwortung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei dieser Grundhaltung können wir unsere stolz sein auf unsere Jugend.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Menschen wollen einen sinnvollen und nachhaltigen Lebensstil. Die Menschen wollen Zukunftsvorsorge und Generationenverantwortung. Die Menschen wollen mitgestalten und sich bei politischen Entscheidungen beteiligen. Dafür steht "Aufbruch Bayern".

Bayern setzt auf Beteiligung. In keinem anderen Land in Deutschland gibt es so viele Volksentscheide und Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene. Das ist ein Gewinn für unsere Demokratie.

(Hubert Aiwanger (FW): Wegen euch! - Lachen bei der SPD)

Die Staatsregierung geht auch hier voran. Ich erinnere an die erfolgreichen Bürgergutachten oder unsere bundesweit beachtete Internetplattform zu "Aufbruch Bayern". Über 100.000 Bürger haben mitgemacht und sich mit ihren Ideen zu "Aufbruch Bayern" eingebracht. Vieles davon findet sich im "Aufbruch Bayern" wieder. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Weg gehen wir weiter.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Freistaat Bayern soll Vorreiter sein für den Dialog im Internet, für vernetzte Intelligenz und für Beteiligung. Türen auf für das Mitmach-Land Bayern!

Ich selbst werde mich am 26. Februar erstmals im Internet den Fragen der Bürger stellen, live und gerade heraus, wie es in Bayern üblich ist. Ich setze auf die Bürger. Ich setze auf Dialog und Beteiligung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger mit ins Boot holen. Jeder ist wertvoll mit seinem Beitrag. Jeder wird gebraucht. Wir als Koalition machen Politik für die Menschen und mit den Menschen. Das ist unsere politische Philosophie: Die Menschen stärken und beteiligen, die Zukunft überall im Land anpacken. Dafür steht unser Doppelhaushalt für die nächsten zwei Jahre in Höhe von 86 Milliarden Euro. Dafür steht unser Haushalt "Aufbruch Bayern".

Meine Damen und Herren, gestaltende Politik braucht nachhaltige Finanzen. Deshalb sage ich zur Finanzpolitik: Wir wollen unseren Kindern Chancen vermachen, keine Schulden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Krise in Griechenland ist ein Warnschuss für ganz Europa. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat wie viele andere Banken auch die Bayerische Landesbank getroffen.

(Lachen bei der Opposition)

Dazu kamen schwere unternehmerische Fehlentscheidungen. Diese Folgen mussten wir auffangen im Interesse unserer bayerischen Wirtschaft und der Sparer. Wir sind froh, heute sagen zu können: Die Landesbank schreibt wieder schwarze Zahlen. Die Landesbank gefährdet in keiner Weise unsere Zukunftspolitik für Familie, Bildung und Innovation. Sie ist auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir in Bayern handeln aus Generationenverantwortung für solide Finanzen. Diese Zukunftspolitik muss uns gerade auch wegen der demografischen Entwicklung leiten. Wir wissen alle, die Jungen werden weniger. Weniger Junge können nicht mehr Schulden tragen. Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, warnt vor der ethisch kaum noch zu rechtfertigenden Staatsverschuldung. Er hat recht. Viele reden von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Wenn es jedoch ernst wird und es ans Sparen geht, ducken sich die meisten weg. Das ist der Unterschied. Wir handeln nachhaltig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In Bayern gilt: Keine neuen Schulden im Haushalt seit 2006 - jetzt zum sechsten und siebten Mal. Das macht uns in ganz Deutschland keiner nach.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwan-ger (FW): Stimmt doch gar nicht!)

Zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen will aktuell 7,8 Milliarden Euro neue Schulden machen. Das ist bequem. Damit wird Zustimmung erkaufte, aber die Zukunft verspielt. Völlig zu Recht hat das Verfassungsgericht von Nordrhein-Westfalen der dortigen Landesregierung die Rote Karte gezeigt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Von soliden Finanzen profitieren die Menschen. Bayern zahlt über 3,4 Milliarden Euro weniger Zinsen im Jahr als Nordrhein-Westfalen. Dieses Geld können wir nachhaltig in die Zukunft investieren. Das ist ein Gewinn für alle.

3,4 Milliarden Euro - das ist auch die Summe, die Bayern Jahr für Jahr in den Länderfinanzausgleich zahlen muss. Die Hälfte des Länderfinanzausgleichs in Deutschland zahlt heute alleine Bayern. Das sind 8 % unseres Staatshaushalts. Wir müssen uns deshalb von niemandem vorhalten lassen, dass wir nicht zur Solidarität in der Bundesrepublik Deutschland fähig seien.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit diesem Länderfinanzausgleich - das ist unser Haupteinwand - leisten sich andere Länder Dinge, die wir uns in Bayern nicht leisten können. Das ist ungerrecht. Das ist verfassungsrechtlich fragwürdig. Deshalb bereiten Baden-Württemberg, Hessen und wir eine Verfassungsklage vor. Wir haben gestern mit drei Kabinetten entschieden, dass wir mit den anderen Ländern reden, dass wir sie zum Dialog einladen, dass wir aber gleichzeitig eine Klageschrift vorbereiten. Wenn das Angebot zum Dialog nicht genutzt wird oder wenn der Dialog zu keinem Ergebnis führt, dann werden wir beim Bundesverfassungsgericht nicht gegen die Solidarität, sondern gegen die mangelnde Gerechtigkeit des Finanzausgleichs klagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Dann sagt einmal, was ihr ändern wollt! - Zuruf von den GRÜNEN: Schöner Dialog!)

Wir haben es in den letzten zwei Jahren erlebt: Nur finanziell gut aufgestellte Staaten haben die Wirtschaftskrise erfolgreich bewältigt. Die Soliden sind die Starken. Nur Staaten mit guten Finanzen ziehen Investoren an. Die Soliden sind die Attraktiven. Nur

Staaten mit einer nachhaltigen Finanzpolitik haben Gestaltungskraft. Die Soliden sind die Dynamischen.

Von unserer soliden Finanzpolitik profitieren auch die bayerischen Kommunen. Trotz Sparhaushalts stiegen die Landesleistungen im kommunalen Finanzausgleich deutlich auf jetzt 6,37 Milliarden Euro im Jahr an. Starke Kommunen garantieren ein starkes Land. Bayern bleibt ein Anwalt der Kommunen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

"Aufbruch Bayern" heißt für uns zuallererst Zukunft durch Familie. Bayern soll das kinder- und familienfreundlichste Land in Deutschland werden. Familien sind Zukunft. Familien geben Geborgenheit, sie schaffen Selbstbewusstsein und prägen Werte. Wir wollen, dass sich mehr Menschen in Bayern für Kinder entscheiden. Wir wollen Vorfahrt für Familien. Deshalb stärken wir die Familien. Deshalb werden wir für ein noch familienfreundlicheres Leben in Bayern sorgen: gemeinsam mit den Betrieben, gemeinsam mit den Kommunen, gemeinsam in Staat und Verwaltung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist höchste Zeit, dass Kinderlärm nicht mehr unter die Norm des Bundesimmissionsschutzgesetzes fällt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mir geht es gerade auch um das Bewusstsein für eine familiengerechte Gesellschaft. Wir steigern die staatlichen Ausgaben für Familien um 10 % in zwei Jahren von 2 auf 2,2 Milliarden. Wir bauen die Kinderbetreuung aus. Die Förderung steigt bis 2012 auf über 1 Milliarde Euro. Wir leisten das Landeserziehungsgeld trotz aller Sparnotwendigkeiten auch weiterhin. Wir fördern Familien, aber bevormunden sie nicht. Wir stützen Familien, aber schreiben ihnen nichts vor. Das ist Wahlfreiheit. In Richtung Opposition sage ich: Eine Abschaffung des Ehegattensplittings ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CSU)

"Aufbruch Bayern" heißt für uns Zukunft durch Bildung. Bildung macht die Menschen stark für ein Leben in Verantwortung und Freiheit. Bildung ist Grundlage für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Ich zitiere gerne meinen Vorgänger Günther Beckstein: "Bildung ist die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts." Bayern bietet beste Bildung. Für uns zählen Qualität und individuelle Förderung. Wir verbessern ständig unser differenziertes Schulsystem und stärken die Einzelförderung unserer Schülerinnen und Schüler. Wir folgen nicht jedem Modetrend. In Bayern zählen die besten Ergebnisse für die Kinder und nicht die lauteste Bildungsdiskussion im Lande.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Alle Bildungsvergleiche geben uns recht. Vielfalt statt Einfalt! Vielfalt statt Einheitsschule! Diesen bayerischen Weg gehen wir weiter.

Meine Regierung hat ein Markenzeichen: Wir geben 2 Milliarden Euro zusätzlich für die Bildung aus. Seit 2008 geben wir 2 Milliarden Euro zusätzlich für Schule, Hochschule und Wissenschaft aus. Das ist ein Plus von 15 % in fünf Jahren. Meine Damen und Herren, das schafft kein anderes Land in ganz Europa.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In den letzten zwei Jahren haben wir real zusätzlich 2.700 Lehrer eingestellt. In den nächsten zwei Jahren werden wir real nochmals zusätzlich 2.000 neue Lehrer einstellen, unter anderem auch für die Ganztagschulen. Wir geben den Schulen noch mehr Freiheiten für noch mehr Eigenverantwortlichkeit.

Gerade bei der Bildung ist Geld nicht alles. Für eine gute Zukunft brauchen wir Bildungsbegeisterung und Wertebewusstsein. Wir in Bayern haben einen ganzheitlichen Bildungsbegriff mit dem Dreiklang Wissen, Können, Werte. Deshalb stärken wir gemeinsame und gelebte Werte. Dafür habe ich das Wertebündnis Bayern ins Leben gerufen. Heute sind es schon 70 Bündnispartner. Die Menschen in Bayern wissen: Werte machen stark.

Teilhabe durch Bildung gilt auch für unsere Integrationspolitik. Wir bieten Deutsch vor der Einschulung mit verbindlichen Sprachtests und erfolgreichen "Vorkursen Deutsch". An Grund- und Hauptschulen gilt: Wo viele Kinder mit Migrationsgeschichte lernen, gibt es keine Klasse mit über 25 Schülern. Allein in diesem Schuljahr haben wir dafür über 350 neue Klassen eingerichtet. Das ist praktische Integrationspolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir fördern und fordern. Vorbildliche Projekte wie "Talent im Land" zeigen: Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Unser Ziel sind beste Bildung und damit beste Chancen für alle. Das gilt für Maximilian und Anna genauso wie für Hassan und Nesrin.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Erfolge geben uns recht: Bayerische Großstädte haben zwar einen deutlich höheren Migrantenanteil als Berlin, aber deutlich weniger Probleme. Deshalb sage ich: Bayern kann Integration besser!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern hat exzellente Hochschulen. Wir halten Wort und finanzieren 38.000 neue Studienplätze. Für fast 900 Millionen Euro wird an unseren Fachhochschulen und Universitäten gebaut.

Kompetenz ist mobil, das wissen wir. Bayern braucht an seinen Hochschulen die besten Köpfe der Welt. Wir müssen die Besten ins Land holen und im Land halten. Wir wollen unseren Hochschulen eine stärkere internationale Ausrichtung geben - mit mehr Professoren und Studenten aus dem Ausland und mehr englischsprachigen Studiengängen. Das ist übrigens eine Empfehlung des Zukunftsrats der Staatsregierung. Wir werden unsere weltweiten Partnerschaften mit China, Indien und den USA weiter ausbauen. Wir messen uns in Bayern nicht nur an Bochum, Bremen und Berlin, sondern auch an Beijing, Boston und Berkeley.

Gleichzeitig werden unsere Hochschulen verstärkt berufs begleitende Studiengänge anbieten. Damit können noch mehr Menschen studieren, die schon im Berufsleben stehen - auch ohne Abitur. Berufliche und akademische Bildung sind für uns gleich wichtig. Unsere Haupt- und Mittelschulen haben Zukunft und sie bieten Zukunft. Wir brauchen nicht nur starke Forscher und Entwickler, die das Elektroauto von morgen entwerfen. Wir brauchen genauso starke Praktiker, die das Auto auch bauen. Auch das ist Bildungspolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Berufliche Bildung, Weiterbildung und Qualifizierung sind Markenzeichen Bayerns. Diesen Weg werden wir gemeinsam mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften ausbauen. Unser Ziel muss sein, den Bedarf an Fachkräften gerade auch dadurch abzudecken, dass wir die Menschen im eigenen Land noch besser qualifizieren.

"Aufbruch Bayern" heißt schließlich auch Zukunft durch Innovation. Als erstes Ziel verfolgen wir für das Innovationsland Bayern ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum. Die Menschen wollen Wohlstand. Sie wollen aber einen Wohlstand mit Verantwortung für eine gesunde Umwelt. Wirtschaftlicher Erfolg und eine gesunde Umwelt gehören in Bayern zusammen. Wir wollen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch entkoppeln. Wir messen unseren Erfolg am Erhalt und Wachstum der Lebensqualität in Bayern. Wir wollen einen Wohlstand mit Werten. Deshalb werden wir für gesunde Ernährung, Bewahrung der Schöpfung und eine intakte Natur eine bayerische Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln: mit klaren Zielmarken, an denen wir uns auch messen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Unser zweites Ziel ist ein hohes Innovationstempo. Wir wollen, dass aus Ideen noch schneller marktreife Produkte werden. Die deutsche Elektroindustrie macht heute 40 % ihres Umsatzes mit Produkten, die es vor drei Jahren noch gar nicht gab. Stillstand ist bekanntlich Rückschritt. Deshalb fördern wir das Anwenderzentrum Karbonfaser-Technologien in Augsburg und in ganz Bayern Zentren für den Technologietransfer. Da schon heute jeder zweite Euro unserer Industrie im Export verdient wird, wollen wir mit "Aufbruch Bayern" auf die bayerischen Exportschlager von morgen setzen. Wir nutzen die Chancen aus den Megatrends der Zukunft wie Elektromobilität, Umwelttechnik, Bio-Systemforschung und Hightech-Medizin.

Bayern ist Autoland. Wir setzen auf neue Formen der Mobilität. Wir setzen auf die Elektromobilität, für die wir zusätzlich 64 Millionen Euro zum Beispiel in den drei Modellregionen Bad Neustadt, Garmisch-Partenkirchen, Bayerischer Wald und in das Forschungszentrum Elektromobilität in Garching und Würzburg investieren. Unser Ziel ist, dass im Jahr 2020, also am Ende dieser Dekade, in Bayern 200.000 Elektrofahrzeuge fahren.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Wir fördern neue Energien. Auf der Welt leben sieben Milliarden Menschen. Der Ressourcenbedarf in China und in Indien explodiert, die Energievorräte schrumpfen. Bayern spielt heute bei Solartechnik, Geothermie und Biomasse in der ersten Liga. Überall im Freistaat haben wir Weltmarktführer. Wir werden uns weiter anstrengen und in der Energiepolitik eine Dekade der Erneuerung mit dem großen Ziel starten: Weg vom Öl!

Wir fördern Energiesparen, steigern die Energieeffizienz und bauen die erneuerbaren Energien aus. Bayern wird zum Vorzeigeland für das postfossile Zeitalter.

2030 sollen 40 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energien stammen. Heute sind es 25 Prozent, im Bund 17 Prozent. Dafür bauen wir in Oberfranken die Solarfabrik der Zukunft und erweitern das Zentrum für angewandte Energieforschung in Würzburg als sinnvolle Ergänzung zum Energie-Campus Nürnberg. Außerdem unterstützen wir das internationale Mega-Projekt "Desertec", das ich nach München geholt habe. Schon in diesem Jahrzehnt soll der erste Wüstenstrom aus Afrika nach Europa fließen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

"Aufbruch Bayern" heißt für uns: Zukunft, Chancen und Lebensqualität für die Menschen überall in Bayern. Pulsierende attraktive Zentren und pulsierende

attraktive ländliche Räume - beides gehört zu Bayern und beides macht den Erfolg Bayerns aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich wiederhole vor dem Parlament: Die Staatsregierung wird wie bisher auch in Zukunft für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern handeln. Das war und ist unser Weg zum Erfolg. Daran ändern wir nichts. Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern. Alles andere, was dazu gesagt wird, ist falsch.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Zukunftsrat gibt uns eine ganze Bandbreite an Denkanstößen. Entschieden wird im Landtag und in der Bayerischen Staatsregierung. Wir können nicht einerseits sagen, wir wollen den Dialog, und andererseits, wenn er stattfindet, sagen, wir lehnen ihn ab. Ich wiederhole: Die Entscheidung bleibt im Landtag und bei der Staatsregierung. Wir müssen aber mit den Experten, die zur Elite Bayerns gehören, einen ernsthaften Dialog führen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Ganze wird mit einem Kabinettsausschuss ergänzt, den ich leite. Dort werden wir die Folgen der demografischen Entwicklung und der Bundeswehrreform behandeln und über die zukunftsfähige Verwaltung reden. Wir werden uns damit beschäftigen, wie wir angesichts der demografischen Entwicklung die Fördermittel zielgenauer einsetzen können. Wir sagen nicht "entweder - oder", sondern wir sagen "sowohl - als auch". Wir schreiben keine Region ab. Wir wollen, dass alle Menschen in allen Teilen Bayerns gut leben können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus unserer Liebe zum Land wächst unsere Verantwortung für die Zukunft. Wir wissen, was Bayern stark und sozial macht: Es sind die Menschen mit ihrem Können und ihrem Einsatz. Das ist Bayern. Wir stärken diese Menschen.

Wir haben ein klares Zukunftsangebot: Wir machen keine Schulden. Wir investieren für morgen und übermorgen. "Aufbruch Bayern" heißt, für Familie, Bildung und Innovation einzutreten. Wir wollen, dass aus jungen Menschen Eltern werden, aus kleinen Entdeckern große Erfinder, aus Ideen Unternehmen und aus Megatrends Arbeitsplätze, damit Bayern das Fünf-Sterne-Land des Südens bleibt.

(Widerspruch bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Den Menschen in Bayern steht die Zukunft offen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, packen wir es an für unser einzigartiges Bayern. Packen wir gemeinsam an für das Zukunftsland Bayern!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich eröffne die Aussprache. Im Einvernehmen mit den Fraktionen wurde eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Der erste Redner ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Kollege Markus Rinderspacher. Bitte schön, Herr Kollege Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Bayerns Frauen und Männer haben Bayern zu dem gemacht, was es heute ist: ein wunderbares und starkes Land, ein wunderschönes Fleckchen Erde.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Heimat lebt vom starken Charakter und vom unbändigen Fleiß ihrer Menschen. Der Ministerpräsident hat heute die Stärken der Menschen in Bayern richtig beschrieben: Wertebewusstsein, Verantwortungsbereitschaft, Ideenreichtum. All das ist in Bayern daheim. Ich füge hinzu: Die Menschen in Bayern sind auch bodenständig. Sie packen an. Sie lieben ihr Land. Sie nehmen ihr Leben in die Hand. Weil das so ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen, erwarten sie von der Politik Authentizität. Darauf haben sie Anspruch. Dazu gehört, den Grundoptimismus der Menschen aufzugreifen. Dazu gehört zum Beispiel auch, dass ein SPD-Oberbürgermeister in Fürth die parteiübergreifende Zusammenarbeit lobt. Wenn man gut zusammengearbeitet hat, darf man das auch betonen. So ist unser Selbstverständnis als konstruktive SPD-Opposition im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört aber auch, die tatsächlichen Probleme im Land mit der notwendigen Gewissenhaftigkeit ernsthaft zu erörtern. Hier muss ich Ihnen vorhalten, Herr Ministerpräsident: Ihre heutige Rede erinnerte mich stellenweise an die blutleere City-light-Rhetorik von Düsseldorfer Unternehmensberatern und Werbefachleuten.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CSU)

Wohl selten, Kolleginnen und Kollegen, hat es im Bayerischen Landtag eine dermaßen selbstzufriedene und selbstvergessene Regierungserklärung gegeben,

die mit der Realität so wenig in Einklang zu bringen ist, wie die heutige Regierungserklärung von Herrn Seehofer.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Menschen in Bayern mit ihrer Bodenständigkeit für eines ganz gewiss ein sehr feines Gespür haben, dann dafür, dass man mit der Überheblichkeit aus dem Phantasialand und der selbstgefälligen Phrasologie eines Marketingkatalogs die komplexen politischen Probleme unserer Zeit nicht glaubhaft aufzeigen, geschweige denn lösen kann.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Rede, Herr Ministerpräsident, beginnt mit einer dreisten Unwahrheit: Sie behaupten wider besseres Wissen, Bayern würde zum sechsten und siebten Mal in Folge ohne neue Schulden auskommen. Richtig ist vielmehr: Durch das CSU-Versagen bei der Landesbankaufsicht ist die Verschuldung des Freistaats schlagartig um 40 % angestiegen.

(Unruhe bei der CSU)

Richtig ist: Es mussten insgesamt 10 Milliarden Euro an neuen Kreditmarktschulden aufgenommen werden, um den Zusammenbruch der BayernLB zu verhindern. Das waren 833 Euro neue Verbindlichkeiten für jeden Bayern, und zwar auf einen Schlag pro Kopf, also vom Kleinkind bis zum Senior. Allein im Jahr 2009 hat Bayern sagenhafte 8,5 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen müssen. Allein in diesem Jahr hat Bayern damit ein Drittel der Schulden aller 16 Bundesländer aufgenommen. Meine Damen und Herren, das ist ein Schuldenrekord ohne Beispiel!

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CSU)

Rein rechnerisch ist damit in jedem Haushaltsjahr vom Jahr 2006 bis 2012 eine Neuverschuldung von 1,42 Milliarden Euro erfolgt. Glauben Sie im Ernst, Herr Ministerpräsident, die bayerische Bevölkerung hat das Jahrhundertdesaster um die Bayerische Landesbank vergessen und lässt sich von Ihnen hier im Hohen Haus etwas anderes vorgaukeln? - Das kann ich mir nicht vorstellen.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen in Bayern haben in der Tat den Aufbruch des Jahres 2007, den Sie organisiert haben, nicht vergessen. Es gab nigelnagelneue Staatsstraßen, ein kostenfreies Kindergartenjahr, tausend Euro Begrüßungsgeld für führerscheintaugliche Jugendliche, ein neues Fußballstadion, einen modernisierten Flughafen. Sie haben diesen Aufbruch nämlich mit

der Hypo Alpe Adria im österreichischen Bundesland Kärnten organisiert und ihn mit bayerischen Steuergehdern bezahlt!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat gestern die Schuldenzinsuhr zur Bayerischen Landesbank veröffentlicht. Die Steuerzahler mussten bislang satte 390 Millionen Euro allein für die Schuldzinsen für das von der CSU zu verantwortende Landesbankdesaster aufbringen.

(Zuruf von der SPD: Protzig, protzig!)

Von diesen Zinsen allein hätten wir in Bayern 250 Kilometer neue Staatsstraßen finanzieren können. Das ist fast das 20fache des sogenannten Frostschaden-Sonderprogramms des Innenministers in Höhe von 20 Millionen Euro. Wir hätten damit 11.000 Kleintraktoren zum Räumen und Streuen von Geh- und Radwegen finanzieren können, und das wären für jede bayerische Gemeinde fünf neue hochmoderne Schneeräumer gewesen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD: Bravo, bravo! - Thomas Kreuzer (CSU): So viel Schnee gibt es gar nicht!)

Wir hätten damit 6.500 neue Lehrerstellen finanzieren können und fast 1.000 neue Schulbusse. Wir hätten damit für 750.000 Kinder ein komplettes Jahr an der Musikschule in Höhe von 540 Euro pro Kind und Jahr finanzieren können.

(Beifall bei der SPD)

Das sind bittere Zahlen. Jeden Tag zahlt jeder bayerische Steuerzahler 940.000 Euro nur für Zinsen. Und diese Zinsen sind nur für das Landesbankdesaster. Doch die CSU-Schuldenuhr tickt jede Sekunde weiter: Sekunde für Sekunde, Minute für Minute und Stunde um Stunde.

(Unruhe bei der CSU)

Ich habe großes Verständnis dafür, dass Sie, Herr Ministerpräsident, heute aus Ihrer Sicht zumindest rhetorisch in die Zukunft aufbrechen wollen. Politisch tun Sie das aber ganz gewiss nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe, dass Sie mit der Vergangenheit nichts mehr zu tun haben wollen. Die Schatten der Vergangenheit holen Sie aber ein, solange es keinen Tilgungsplan für die Schulden der Landesbank gibt, solange die Zinsuhr unaufhörlich und in rasantem Tempo tickt. Die Steuerzahler aber wollen endlich

wissen, wann sie ihr Geld von der Landesbank zurückbekommen!

Im Dezember 2010 haben wir uns leider einen Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs vergegenwärtigen müssen, der deutlich machte, dass es offensichtlich erhebliche, milliardenhohe Risiken für den bayerischen Steuerzahler gibt, und zwar durch den massenhaften Ausfall von Schrott-Papieren. Das Ende der Fahnenstange bei der Verschuldung der Landesbank ist offensichtlich noch immer nicht erreicht. Im Jahr 2014 droht der Steuerzahler über die gegebenen Bürgschaften und Garantien in erheblichem Umfang in Anspruch genommen zu werden. Das wird in einem Maße der Fall sein, wie es der bayerischen Öffentlichkeit bislang verschwiegen wurde. Die SPD-Fraktion hat deshalb heute eine Ministerbefragung zu diesem Thema beantragt. Im Anschluss an diese Aussprache wird der Finanzminister unsere Fragen beantworten müssen wie beispielsweise: Was kommt auf uns Steuerzahler noch zu? Was ist an dem ORH-Bericht dran? Warum haben Sie uns, den Bayerischen Landtag, über die neu erkennbaren Milliardenrisiken bei der Landesbank nicht informiert?

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung legen Sie nicht dar, wie Sie Vorsorge für den Fall leisten wollen, dass neue Landesbankausfälle auf uns zukommen, wie das der ORH befürchtet. Bei Ihnen werden keine Rückstellungen gebildet, im Gegenteil. Die letzten Rücklagen werden von CSU und FDP mit einer Selbstverständlichkeit geplündert, dass es einem die Sprache verschlägt. Im Übrigen gibt es auch diesmal keinen ausgeglichenen Haushalt. Auch den Doppelhaushalt 2011/2012 können Sie eben nicht ohne neue Kredite ausgleichen.

(Christa Naaß (SPD): So ist es!)

Sie nehmen vielmehr beim Allerheiligsten neuen Kredit auf, nämlich beim Grundstockvermögen. Die sogenannte rückzahlbare Ablieferung beim Grundstock beträgt insgesamt 960 Millionen Euro. Das ist fast eine Milliarde Euro! Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang von einem ausgeglichenen Haushalt zu sprechen, das kann nur ein Rechenkünstler der ganz besonderen Art!

(Beifall bei der SPD)

Einen guten Teil der Ausfälle holen Sie sich bei den künftigen Generationen. Hierzu nur ein Beispiel: Der Versorgungsfonds für Beamte wird in den Jahren 2011 und 2012 nicht bedient. Das heißt, die Vorsorge für die Pensionen unserer Staatsdiener bleibt völlig auf der Strecke. Es wurde das Einfrieren der Zufüh-

rungen beschlossen. Die finanziellen Folgen hiervon werden in spätere Haushalte verlegt. Das aber ist das Gegenteil von Generationengerechtigkeit, denn die Zeche werden unsere Kinder und Kindeskinde bezahlen müssen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD: Bravo, bravo!)

Kolleginnen und Kollegen, wir hätten uns im Übrigen einen tatsächlichen Aufbruch gewünscht. Unter anderen Umständen wäre er mit einer anderen Regierung auch seriös machbar gewesen. CSU und FDP haben das aber vergeigt, und das nicht nur bei der Landesbank. Schwarz-gelb hat die Haushaltsspielräume in Bayern gleich mehrfach verknappt: mit einer unverantwortlichen Steuerpolitik im Bund zugunsten einiger weniger auf Kosten der breiten Mehrheit der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Wir erinnern uns noch gut: Herr Westerwelle und Herr Seehofer hatten allen "mehr Netto vom Brutto" versprochen. Heraus kamen stattdessen Mehrbelastungen für alle beispielsweise durch die unsolidarische Kopfpauschale, und es gab sündhaft teure Steuerergeschenke für die Hotellerie, für superreiche Erben und für gewinnstarke Finanzriesen.

(Christa Naaß (SPD): So ist es!)

Allein das von CSU und FDP verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat das Wachstum der Bürokratie und der Verschuldung weiter beschleunigt.

(Zuruf von der CSU: Blah, blah!)

Das führt bei den Städten und Gemeinden in Bayern zu einem Steuerminus von etwa 840 Millionen Euro im Doppelhaushalt. Anders gesprochen: Auf die gewaltigen Kürzungen des Doppelhaushalts in Höhe von 911 Millionen Euro in allen Bereichen, also Jugend, Soziales, Umwelt, Städtebauförderung, hätte man fast vollständig verzichten können, wenn CSU und FDP nicht ihre unverantwortliche Klientelpolitik im Bund betrieben hätten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, mit Ihrer Rede wollten Sie den Eindruck erwecken, es gäbe zusätzliche Investitionen. Das Gegenteil ist richtig: Die Investitionen gehen um etwa 1,1 Milliarden Euro zurück. Die Investitionsquote im Haushalt steigt nicht etwa, sondern sie fällt, und das nicht nur um ein paar Zehntel, sondern ganz mas-

siv, von 13,8 auf 10,8 %. Ich frage mich, wo Sie hier das Kraftpaket ausmachen.

(Beifall bei der SPD)

Sie finanzieren mit Rücklagen nicht etwa neue, zusätzliche Investitionen, besondere Zukunftsaufgaben, sondern Sie zweckentfremden die Rücklagen für laufende Ausgaben. Lassen Sie mich das etwas einfacher ausdrücken: Sie gehen an Omas Sparstrumpf heran wie kein Zweiter. Sie tun das aber nicht, um damit etwas Bleibendes zu schaffen, beispielsweise eine schöne Golduhr für den Enkel zur Konfirmation, wovon dieser auch in 20, 30 oder 40 Jahren noch etwas hat. Nein, Sie machen vielmehr aktuell den Kühlschrank voll, weil sonst in Ihrem Haushalt Schmalhans Küchenmeister ist. Das ist ohnehin in vielen Bereichen der Fall. Das ist doch die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CSU)

Wir wissen übrigens noch aus der Vergangenheit, dass die Vielzahl der "Aufbrüche" der Staatsregierung unter dem Strich ein Minusgeschäft waren. Der Freistaat Bayern hat seit 1992 insgesamt 49 staatseigene Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen privatisiert - immer nur unter dem einen Vorwand: Aufbruch hier, Aufbruch da.

Diese Verkäufe von 49 Unternehmen haben dem Freistaat insgesamt 7,3 Milliarden Euro eingebracht. Das ist unter dem Strich noch nicht mal ein Bruchteil dessen, meine Damen und Herren, was Sie beim Landesbankdesaster an bayerischem Volksvermögen vernichtet haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Fakt. Führen wir uns das noch einmal vor Augen: 49 Unternehmen, 7,3 Milliarden. Darunter waren so stolze Unternehmen wie die Bayernwerke, die Bayerngas, die Bayerische Versicherungskammer, die Beteiligung an der DASA - der Deutschen Aerospace, die Staatliche Molkerei Weihenstephan. Das Ergebnis von 19 Jahren Privatisierungspolitik der CSU ist, gegengerechnet mit dem Landesbankdesaster, ein fatales Minusgeschäft, das deutlich macht: Diese CSU kann ganz gewiss nicht mit Geld umgehen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Falsch ist im Übrigen auch die Aussage, dass Sie sich in Ihrem Programm "Aufbruch Bayern" auf drei Schwerpunkte konzentrieren würden. Das Programm hat keinen roten Faden. Zwischen den Zeilen stehen allenfalls rote Zahlen. Das Sonderprogramm, das keines ist, bedient in Wahrheit fast alle Ressorts mit der

Gießkanne. Nur die Landwirtschaft kommt überraschenderweise etwas zu kurz. Herr Minister Brunner, entweder waren Sie bei den Verhandlungen nicht laut genug, oder Sie waren so seriös, dass Sie gesagt haben: Wenn am Ende für mich ohnehin eine Kürzung übrig bleibt, dann mache ich bei diesem Marketingprojekt des Ministerpräsidenten nicht mit. Das wäre die zweite Möglichkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Einige Beispiele für den Etikettenschwindel des "Aufbruchs Bayern": Schauen wir uns den Bereich Familie an. Ihr "Aufbruch" erweckt den Eindruck, dass die Wohnraumförderung 2011 und im Folgejahr um jeweils 5 Millionen Euro erhöht wird. Richtig ist: 2012 gibt es 12,2 Millionen Euro weniger als noch 2008. Die Mittel werden systematisch zurückgefahren. Das ist kein Aufbruch, das ist ein Abbruch, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Bei der Städtebauförderung wollen Sie den Anschein erwecken, es gäbe 4 Millionen Euro zusätzliche Mittel. Richtig ist, die Mittel gehen von 76 auf 61 Millionen Euro zurück. Das heißt, CSU und FDP haben nicht nur im Bund mit Herrn Ramsauer an der Spitze das Streichkonzert bei der Städtebauförderung zu verantworten, sondern auch in Bayern: Abbruch statt Aufbruch.

Besonders dramatisch ist im Übrigen der Kahlschlag beim Projekt "Soziale Stadt". Er schlägt voll durch auf die Arbeit in Stadtteilen und Wohnbezirken, in denen Integrationsprobleme bestehen. Nach Ihren Einlassungen, Herr Ministerpräsident, vom vergangenen Jahr zur Integration - Qualifizierung vor Einwanderung; es gibt kaum eine Pressekonferenz, in der Sie das nicht noch einmal betonen und unterstreichen -, hatten wir Sozialdemokraten eigentlich ein eigenes Fortbildungs- und Qualifizierungsprogramm der Staatsregierung erwartet. Allerdings haben CSU und FDP diese Programme im Bund doch dramatisch zurückgestrichen. Warum setzen Sie hier keinen arbeitsmarktpolitischen Impuls zur Qualifizierung von Arbeitslosen und auch von Arbeitnehmern in Bayern? Warum bleiben Ihre Einlassungen der zweiten Jahreshälfte 2010 völlig ergebnis- und konsequenzlos, Herr Ministerpräsident?

Ein besonders gutes Beispiel für die Ergebnislosigkeit Ihrer Ankündigungen haben Sie heute selbst angesprochen. Seit Jahr und Tag beklagen Sie sich über den Länderfinanzausgleich. Dabei hat niemand an-

ders als die CSU uns dieses sündhaft teure Konstrukt für Bayern eingebracht. Die CSU war es doch, die sowohl den Solidarpakt I im Jahr 1993 beschlossen hat, und die CSU hat auch den Solidarpakt II und damit den aktuellen Finanzausgleich im Jahr 2001 mit Wirkung bis zum Jahr 2019 beschlossen. Sie machen Front gegen Ihre eigenen Beschlüsse.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ist es!)

Herr Ministerpräsident, wir fordern Sie auf, werden Sie endlich tätig! Legen Sie endlich, wie von den Sozialdemokraten seit vielen Jahren im Bayerischen Landtag gefordert, ein Reformmodell für den bundesstaatlichen Finanzausgleich mit konkreten Zielen, mit Ausgleichsmechanismen und mit konkreten Modellrechnungen vor. Nur Stimmung im Bierzelt zu machen, ist zu wenig. Machen Sie Ihre Hausaufgaben! Deshalb sind Sie in der Exekutive.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wie das berühmte Spiel, Kolleginnen und Kollegen, mit der linken und rechten Tasche geht, das zeigen Sie uns, Herr Ministerpräsident, bei der Kinderbetreuung und beim Krippenausbau. Angeblich sind 50 Millionen Euro mehr für den Krippenausbau im "Aufbruch" vorgesehen. Im Einzelplan 13 streichen Sie jedoch beim gleichen Posten 25 Millionen Euro. Das, was Sie hier machen, ist der reinste Etikettenschwindel.

(Beifall bei der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So macht man das!)

Es stellt sich die Frage, warum laufende Ausgaben und Anpassungen an den tatsächlichen Bedarf in ein einmaliges Sonderinvestitionsprogramm gegossen werden. Bei der Kinderbetreuung und beim Krippenausbau nehmen Sie mit dem Mitteleinsatz eine längst überfällige und versprochene Anpassung an die Betriebskostensteigerungen bei den Kommunen vor. Dennoch bleibt Bayern in der öffentlichen Kinderbetreuung im Bundesranking ganz weit hinten.

Ähnlich sieht es mit dem Etikettenschwindel bei den Lehrern aus. Die Personalkostensteigerungen im Haushalt werden frenetisch gefeiert. Dabei kommt in den Schulen bei den Schülern nicht viel an. Knapp die Hälfte der Mehrausgaben beim Personal geht an die Pensionäre. Das sind Steigerungen bei den Beihilfen und durch die Versorgung. Wie wollen Sie den Menschen draußen im Lande erzählen, dass Sie mit der Bedienung höherer Pensionslasten für die Lehrer im Ruhestand die Situation an den bayerischen Schulen verbessern, Herr Spaenle? Wie wollen Sie das erklären?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

1.320 Lehrerstellen braucht der Kultusminister, um die Rückführung der Arbeitszeit zu kompensieren. Das ist also nicht etwa eine zusätzliche Förderung für die Kinder, sondern diese Lehrerstunden kompensieren ausschließlich die Arbeitszeitverkürzung. Wer glaubt, wir hätten damit kleinere Klassen oder weniger Unterrichtsausfall, der wird sich in den nächsten Jahren mit der harten Realität konfrontiert sehen. Es ist eben nichts anderes als ein Luftschloss, das Sie hier inszenieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Besonders interessant wird Ihre Liste unter der Überschrift Investitionen. Seit Jahren fordert die SPD, Mittel für die Breitbandförderung bereitzustellen. Erwin Huber wollte das zu Beginn gar nicht. Das sei keine staatliche Aufgabe. Sein Nachfolger, Herr Zeil, sagt, okay, wir machen was und organisiert am Ende ein dermaßen bürokratisches Monstrum, dass die bereitgestellten Gelder von den Kommunen gar nicht erst abgerufen werden können. Und die Reste vom Fest, die aus 2009 und 2010 noch übrig geblieben sind, kommen jetzt in den "Aufbruch" wie in einen Eintopf zur Resteverwertung,

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Neu serviert!)

was als große Errungenschaft verkauft wird.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu dem Beispiel Straßeninfrastruktur im ländlichen Raum: Der "Aufbruch" verspricht 25 Millionen Euro mehr. Tatsächlich stehen jedoch weniger Mittel bereit, 43 Millionen Euro weniger in 2011 und im Folgejahr fast 80 Millionen Euro weniger. Meine Damen und Herren, der einzige "Aufbruch", den wir hier erkennen können, ist der massenhafte Aufbruch der Straßendecken. Ihre Politik ist ein Konjunkturprogramm für Schlaglöcher im Freistaat Bayern.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD)

Wozu es führt, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man alles, aber wirklich alles, was man gerade politisch irgendwie in der Pipeline hat, in ein Sondermarketingprogramm gießt, sehen wir beim staatlichen Hochbau. Man ist wirklich verblüfft, mit welchen Maßnahmen der Spitzenstandort für das nachhaltige und qualitative Wachstum von morgen gesichert werden soll. Zur Wachstumsstrategie gehört da auch der Neubau der Justizvollzugsanstalt Gablingen.

(Harald Güller (SPD): Ja!)

Wenn das mal, liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Steilvorlage für die Kabarettisten in Bayern ist: Schwedische Gardinen als zentrales Element der Wachstums- und Zukunftsstrategie der CSU.

(Beifall bei der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Nachhaltiges und qualitatives Wachstum hinter Gittern produziert die CSU auch im Strafjustizzentrum in München und bei der JVA Straubing.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident hat heute eine Regierungserklärung zu dem schönsten politischen Tagesgeschäft gehalten. Die Regierungserklärung glich dem Quartalsbericht eines Investmentbankers, gespickt mit grellen Marketingbotschaften. Aber mit Jubelrhetorik allein organisiert man eben keinen Aufbruch.

(Beifall bei der SPD)

Unabhängig davon, dass in diesem Päckchen nicht viel drin ist und die Schuldscheine dafür in ein paar Jahren an die nächste Generation weitergereicht werden, hat der Ministerpräsident heute keinen einzigen gesellschaftspolitischen Leitgedanken aufgezeigt, wohin er eigentlich mit dem Freistaat Bayern will. Da hat er schon ein 22-köpfiges Beratergremium, den Zukunftsrat, der den Ministerpräsidenten in wichtigen Fragen beraten soll, und heute wird ein Schlagwortekatalog ohne jeglichen inneren Zusammenhang präsentiert.

Uns hätte interessiert: Wie steht Bayern nach den Vorstellungen des Ministerpräsidenten eigentlich im Jahr 2030 da? Wie werden wir angesichts der demografischen Entwicklung und der alternden Gesellschaft das Miteinander der Generationen definieren und organisieren? Wie bewahren wir den Wohlstand, den sich die Menschen in unserer Heimat hart erarbeitet haben? Wie sieht die Arbeitsgesellschaft in Bayern in 20, 25 oder 30 Jahren aus? Wie entwickeln wir jene bayerischen Schlüsselindustrien weiter, die sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einem dramatischen Wandel unterziehen müssen? Wie begleiten wir das politisch? Ist es das Ziel der Staatsregierung, die Schere zwischen Arm und Reich, die zunehmend auseinander klafft, wieder zu schließen? Kein Wort des Ministerpräsidenten dazu. Oder hat er sich etwa mit der Entwicklung bereits abgefunden? Passt sie möglicherweise sogar ins politische Konzept? Gibt sich der Ministerpräsident damit zufrieden, dass 11 % der Menschen in unserer Heimat unterhalb der Armutsgrenze leben? Wie entwickeln wir den ländlichen Raum im Freistaat weiter?

Zum ländlichen Raum hat der frühere CSU-Landtagsabgeordnete und Handwerkspräsident Heinrich Traublinger gesagt, die Staatsregierung behandle die Regionen stiefmütterlich - ein bemerkenswertes Interview gestern. Wie gehen wir damit um, dass sich manche Landstriche in Bayern in den nächsten zwei Jahrzehnten dramatisch entvölkern, während manche Metropolen, wie zum Beispiel München, geradezu aus allen Nähten platzen? Ist die Staatsregierung wie wir Sozialdemokraten der Auffassung, dass zu einem Dorf mit Lebensqualität neben der Kirche und der Wirtschaft auch eine eigene Schule gehört?

(Beifall bei der SPD)

Oder wird unter ihrer Führung das Schulsterben in Bayern weitergehen? Sieben Schulstandorte haben in einem Zeitraum von zehn Jahren schließen müssen. Verweigert die CSU weiter die Diskussion, wie die Schule mit neuen, innovativen Schulformen im Dorf belassen werden kann? Was tun wir gegen die eklatante Bildungsungerechtigkeit in Bayern, wonach ein Arbeiterkind eine vierfach geringere Chance hat, das Abitur zu machen, als das Kind eines Akademikers? Stattdessen haben wir einen Schlagwortekatalog von Boston Consulting gehört. Das aber ist noch kein Zukunftskonzept.

(Beifall bei der SPD)

Der Aufbruch für das Zukunftsland Bayerns ist allenfalls ein politisches Kosmetikprodukt. Man freut sich zunächst beim ersten Hinhören auf den heißen Flirt mit einer wunderschönen Frau, ergreift dann aber doch bei näherem Hinsehen lieber die Flucht; denn auch aus der elegantesten Parfumflasche entwickelt sich kein erotischer Duft, wenn der Flacon völlig inhaltsleer ist. Die hässlichen Narben der Landesbank und die schwarz-gelben Klientel-Geschenke zulasten des Allgemeinwohls können eben auch von einer Puderquaste nicht verdeckt werden.

Das ist mir wirklich ernst: Politisches Marketing wird dann zu einem Beitrag zur Steigerung der Politikverdrossenheit, wenn sich am Ende das Gegenteil von dem herausstellt, was in den Raum gestellt, versprochen und behauptet wird: Kürzungen statt mehr Investitionen - ein vorgeschalteter Abbruch vor einem Aufbruch, der in Wahrheit keiner ist und der von den künftigen Generationen bezahlt werden soll. Ehrlicher wäre es gewesen, heute den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes reinen Wein einzuschenken und ihnen zu sagen, was möglich ist und was nicht. Es wäre ehrlicher gewesen, ihnen zu sagen, wo die Probleme liegen, welche davon gegenwärtig und welche davon vielleicht erst in 10 oder 15 Jahren gelöst wer-

den können. Sinnvoll wäre es gewesen, Gründe und Lösungswege aufzuzeigen.

Das alles hätte allerdings in vielen Bereichen auch das Eingeständnis politischer Fehlsteuerung von Schwarz-Gelb vorausgesetzt. Dennoch habe ich zum Abschluss wenigstens ein kleines Stückchen Ehrlichkeit im Aufbruch gefunden. Auf der Internetseite heißt es in dem Impressum zum Aufbruch - ich zitiere -: Es wird keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der Informationen übernommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage: Das gilt ausdrücklich auch für die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten: Keine Gewähr für Aktualität, keine Gewähr für Richtigkeit, keine Gewähr für Vollständigkeit und auch keine Gewähr für Qualität. Die Regierungserklärung war - wie auch der sogenannte "Aufbruch" - ein Blendwerk, ein Trugbild, ein großer Bluff.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Es geht weiter in der Aussprache. Nächster Redner ist der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Herr Kollege Schmid.

Georg Schmid (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Rinderspacher, wir haben Ihnen eine gute halbe Stunde zugehört. Ich sage Ihnen: Es war eine verlorene halbe Stunde, kein Blick nach vorne, keine Perspektive und kein Blick auf die Zukunft. Die Menschen im Lande haben es erkannt: Die SPD hat keine Zukunftskompetenz, und Sie haben heute den Beweis dafür erbracht.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben am Schluss Ihrer Rede 50 Fragen gestellt und nicht eine einzige Antwort gegeben. Das ist keine gute Politik. Sie haben kein gutes Wort gefunden, sondern nur Negatives erwähnt und nur Kritik geübt. Ich frage Sie: Wie sind wir denn aus der größten Krise dieses Landes herausgekommen? Wir haben ursprünglich noch von der größten Krise seit 1929 gesprochen. Jetzt steht unser Land wie kein anderes da. Bayern ist am besten aus der Krise gekommen.

(Zurufe von der SPD)

Glauben Sie, dass das vom Himmel gefallen ist? Es waren die Bürgerinnen und Bürger, die fleißigen Menschen im Lande. Das waren die starken Unternehmerinnen und Unternehmer. Das war aber auch die Politik, die gute Entscheidungen getroffen hat. Sie hätten

der Ehrlichkeit halber sagen sollen, dass es diese Koalition war, die die richtigen Entscheidungen getroffen hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Ja, der Steinmeier: "Der Steinmeier hat richtig entschieden und deswegen steht Bayern so gut da." Für wie blöd halten Sie eigentlich die Menschen im Lande? Das glaubt Ihnen doch kein Mensch, Herr Rinderspacher. So ein Unsinn - Entschuldigung. Wir haben 2009 und 2010 einen Investitionshaushalt im Parlament beschlossen, und zwar mit den Stimmen der CSU und der FDP. Sie haben dagegen gestimmt. Dieser Haushalt war der Grund dafür, dass wir heute so gut dastehen. Dieser Haushalt des Jahres 2009/2010 war ein entscheidender Haushalt, und Sie haben Ihre Zustimmung zu dieser guten Entwicklung verweigert, Herr Kollege Rinderspacher. Wo steht Bayern heute? Wie sehen die Realitäten aus?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Die Attraktivität Bayerns dokumentiert sich darin, dass dieses Land den Platz 12 unter 25 Top-Regionen belegt. Sechs der zehn deutschen Top-Regionen liegen in Bayern: Regensburg-Cham, Neumarkt, Erlangen-Höchstadt, Neu-Ulm, Main-Spessart oder Traunstein - Bayern ist top im Norden, im Süden, im Westen und im Osten. Die Arbeitsmarktzahlen sprechen für sich. Welches Land hat die niedrigsten Arbeitslosenzahlen in Deutschland? Es ist der Freistaat Bayern. In Bayern hat jedenfalls die SPD nicht die Politik gestaltet. Dort, wo die SPD regiert, haben wir Schuldenlasten, eine hohe Arbeitslosigkeit und schlechte Wirtschaftsdaten. Das ist die Bilanz der SPD überall in Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deswegen haben Sie kein Recht zu kritisieren.

Sie haben eine negative Zahl vergessen, nachdem wir schon bei den negativen Zahlen sind. Die wichtigste negative Zahl lautet: "Wirklich erfolglos im Lande ist die SPD." "Was uns fehlt, sind die Erfolge," so sagt Johanna Werner-Muggendorfer, und wo sie recht hat, hat sie recht. Es fehlen Ihnen die Erfolge. Wenn es nach dem eigentlichen Willen der Bürgerinnen und Bürger gehen würde, würde jetzt, zu Beginn des Jahres 2011, in diesem Hause nicht Herr Rinderspacher für die Opposition sprechen, sondern Frau Bause. Die SPD ist nicht mehr die führende Oppositionspartei im Lande. Lieber Herr Rinderspacher, wenn es nach den Umfragen geht, sind Sie als Oppositionsführer im Parlament durchgefallen.

(Harald Güller (SPD): Das sagt der Verwaltungsrat Georg Schmid der BayernLB!)

Noch besser ist dies: Herr Güller, Sie sollten einmal auf das hören, was Ihre Jugendorganisation sagt.

"Die bayerische SPD klagt nur Schwarz-Gelb an, statt eigene Konzepte vorzulegen." Wenn wir diese Kritik aussprechen - - na ja. Aber in diesem Fall kommt die Kritik von Ihrer Jugendorganisation, von den Jusos, und wo sie recht haben, haben sie recht. Die SPD hat eben keine Konzepte.

Herr Rinderspacher, ich habe mich auch gewundert, dass Sie darauf gar nicht reagiert haben. Normalerweise reagiert man auf den Vorwurf, kein Konzept zu haben. Sie wissen nicht, wohin der Weg geht. Offensichtlich haben Sie dem zugestimmt. Sie sollten öfter auf Ihre Jusos hören. Sie sollten hier im Parlament nicht nur Fragen stellen, sondern auch Antworten geben. Das erwarten die Menschen von Ihnen. Mit dem Stellen von Fragen überzeugt man die Menschen nicht. Die Menschen wollen Zukunftskompetenz, sie wollen Konzepte.

Bei allen Umfragen haben die Menschen auch klar ausgedrückt, was sie von der SPD halten, Herr Rinderspacher. Sie haben weder Zukunftskompetenz noch Zukunftskonzepte. Deswegen haben die Umfragen genau die Ergebnisse gebracht, die Sie verdienen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Der stabilste Faktor bei der SPD ist das Umfragetief. Skandalisieren, das Land schlechtreden, den politischen Gegner pauschal verurteilen - das überzeugt die Menschen nicht.

Was den Umgangston angeht, will ich die Gelegenheit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten heute nutzen - Frau Zacharias sehe ich gerade nicht; offensichtlich hält sie es nicht für nötig, hier zu sein -, auch einmal Folgendes zu sagen. Wir müssen hier im Parlament lernen, wieder vernünftig miteinander umzugehen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen hart diskutieren. Aber das, was Frau Zacharias mit Martin Neumeyer gemacht hat, als sie ihn als netten Knilch und als inkompetenten Mann bezeichnet hat, obwohl er Tag und Nacht für die Integration unterwegs ist, obwohl er fleißig und kompetent ist, darf man nicht machen. Liebe Frau Zacharias, gehen Sie in dieses Parlament und entschuldigen Sie

sich heute für diese Entgleisung, für Ihre Äußerung über unseren Kollegen Neumeyer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben der Tatsache, dass sich Bürgerinnen und Bürger einbringen und sich engagieren, ist es wichtig, dass wir gute Politik machen. Die Politik entscheidet, welche Weichenstellungen vorzunehmen sind. Die Weichenstellungen haben in Bayern nicht nur technischen Fortschritt, sondern gleichzeitig auch sozialen Wohlstand und Arbeit für alle gebracht. Bayern hat sich zum führenden Innovationsland Europas entwickelt.

Wir haben ein Bruttosozialprodukt von über 430 Milliarden Euro. Wir sind eine der größten Volkswirtschaften Europas - vor Österreich, Belgien und Schweden. Dazu hat die Politik beigetragen, insbesondere die Politik der letzten Jahrzehnte. Dieses Ergebnis ist nicht vom Himmel gefallen. Wir haben dafür in den letzten Jahren gute Politik gemacht. Sie wurde federführend von der Christlich-Sozialen Union gestaltet, in den letzten Jahren zusammen mit unserem Koalitionspartner FDP. Das zahlt sich für die Menschen aus.

Bayern hat die höchste Wachstumsrate bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie liegt höher als das Zehnfache des Bundesdurchschnitts. Die Arbeitslosigkeit ist doppelt so stark gesunken wie im westdeutschen Durchschnitt.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes ist keine gegebene Größe; denn für sie müssen wir hart arbeiten. Wenn ich es mir genau anschau, erkenne ich, dass wir eine Bilanz vorzuweisen haben, die sich sehen lassen kann. Wenn man ehrliche Politik macht, muss man diese Bilanz am heutigen Tag anerkennen. Wir haben mit unserer Politik in den letzten Jahrzehnten dafür Sorge getragen, dass sich dieses Land exzellent entwickelt hat. Darauf können wir stolz sein. Wir haben diese Politik in der CSU und in den letzten Jahren zusammen mit unserem Koalitionspartner gestaltet.

Was bietet die Opposition den Menschen an? Stillstand statt Fortschritt. Sie ist gegen die sicheren bayerischen Kernkraftwerke. Sie gefährdet damit den Produktionsstandort Bayern.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Was ist denn die Antwort auf eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung? Stromimport aus Temelin!

Sie treten hinsichtlich der Erweiterung des Jobmotors Flughafen München auf die Bremse. Sie bieten den Menschen bloß Stillstand an. Stillstand beim Wachstum, Stillstand bei der Arbeit, Stillstand beim Wohl-

stand! Kein Wunder, dass die Arbeiterpartei SPD Geschichte ist.

Stillstand statt Fortschritt haben wir aber auch bei den GRÜNEN und den Freien Wählern. Die GRÜNEN und die Freien Wähler sind gegen den Ausbau des Bahnknotens München um die zweite Stammstrecke und gegen die Flughafenanbindung. Dabei habe ich immer gedacht, die GRÜNEN wollen, dass wir mit der Bahn fahren.

Die GRÜNEN sind gegen Olympia, gegen Wasserstraßen, gegen Stromheizung, sind für Ökostrom, gegen Pumpspeicherkraftwerke - gegen alles! Frau Bause, wer immer nur dagegen ist, überzeugt die Menschen nicht. Es wundert nicht, dass nur jeder zwanzigste Bayer den GRÜNEN zutraut, die wichtigsten Probleme unseres Landes lösen zu können. Sie haben keine Zukunftskompetenz.

(Christa Naaß (SPD): Das löst jetzt ganz schön Panik aus!)

- Keine Sorge! Bei uns gibt es keine Panik.

Lieber Herr Aiwanger, über Ihre Kompetenz schweigen wir lieber. Kompetenzwerte zwischen null und eins sprechen für sich.

(Beifall bei der CSU)

Die Presse hat es gut zusammengefasst. Die FAZ schrieb kurz vor Silvester:

Wo ist in Bayern die Opposition? Im Landtag sitzen mit SPD, GRÜNEN und Freien Wählern zwar gleich drei Parteien, die diese Rolle beanspruchen, doch ein Gegengewicht zu CSU/FDP bilden sie kaum, nicht für sich genommen und nicht zusammen.

Sie verfallen in alte Rituale. Auch heute ist es so, Herr Rinderspacher. Wo ist eigentlich Ihr Aufbruch? Es ist doch leicht, hier zu sagen, was hier vorgeschlagen werde, sei kein Aufbruch. Ich hatte erwartet, dass Sie heute sagen, welche Vorstellungen Sie haben. Wir erwarten Ihre Konzepte. Was Sie dargestellt haben, ist Ihre Konzeptlosigkeit. Die Menschen glauben nicht an Sie, wenn Sie hier nur kritisieren und keine eigene Idee vorstellen.

Herr Pfaffmann, Sie machen es sich ganz einfach. Sie sagen: Immer mehr, immer noch größer, immer mehr ausgeben! Ich darf hier einmal Herrn Pfaffmann zitieren: "Für alle Schularten brauchen wir in den nächsten Jahren zusätzlich 5.000 Lehrkräfte." - Aber das ist erst der Anfang. Es war schon immer die Stärke der

SPD, Unerfüllbares und Unbezahlbares zu fordern. Dies ist nicht finanzierbar, nicht bezahlbar.

(Zuruf von der SPD: Es sind 10 Milliarden!)

- Es geht nicht um 10 Milliarden. Es geht um die Zinsen, über die ich noch reden werde. Man sollte keine falschen Rechnungen machen und den Leuten nichts Falsches erzählen. Man muss die Wahrheit sagen.

Frau Noichl, Sie haben im Mai einen Antrag eingebracht. Darin haben Sie zusätzliche 7.000 Hauswirtschaftlerinnen für Schulen und Kindertagesstätten gefordert. Wissen Sie eigentlich, was das kostet? Hat sich die SPD jemals Gedanken darüber gemacht, woher das Geld für all das, was sie fordert, kommen soll?

(Zuruf von der SPD: Die Zahl ist nicht richtig!)

- Ja, Zahlen waren noch nie Ihre Stärke. Keine Sorge!

Hören Sie auf mit Ihrer Ideologie! Der Kernpunkt Ihrer Klausur war die Gemeinschaftsschule. Aber die Gemeinschaftsschule hat sich in Deutschland nicht bewährt. Schauen Sie sich die Pisa-Ergebnisse an! Lassen Sie doch ein solches Abenteuer bleiben, das Sie schon zehnmal versucht haben! Es ist in Bayern Gott sei Dank nicht gekommen. Deswegen sind wir in Deutschland und Europa die Besten.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

In Hamburg hat die Mehrheit der Eltern es verstanden und dafür die entsprechende Quittung erteilt. Lassen Sie sich etwas Neues einfallen.

Die Menschen haben zwischenzeitlich auch erkannt, wer die Kompetenz für die bayerische Bildungspolitik hat.

(Christa Naaß (SPD): Ja, nämlich Sie nicht!)

- Sie sagen immer etwas Falsches, Frau Naaß.

Ich nenne Ihnen die Zahlen: SPD 17 %, GRÜNE 8 %, Freie Wähler 0 % - klar -, CSU 42 %. Das sind die Kompetenzwerte, die sich bei der letzten Umfrage zur Bildungspolitik ergeben haben.

Da frage ich Sie: Wollen die Menschen in Bayern ein solches Experiment wagen, wie Sie es in Hamburg gefordert und unterstützt haben? Oder wollen die Menschen bei dem bleiben, mit dem bisher beste Ergebnisse erzielt worden sind? - Ich sage Ihnen eines: Lassen Sie diese Experimente bleiben! Wir halten an dem fest, was sich seit Jahrzehnten bewährt hat, nämlich am gegliederten Schulwesen.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen im Lande wollen keinen Stillstand, sondern Aufbruch. Aufbruch heißt - das ist unser Auftrag -, das Land zu gestalten, es für künftige Herausforderungen vorzubereiten und zukunftsfest zu machen. Grundlage dafür ist, dass wir nicht über unsere Verhältnisse leben. Wir legen für 2011/2012 den sechsten und siebten Haushalt ohne neue Schulden in Folge vor. Bayern steht für eine solide Finanzpolitik.

(Zurufe von der SPD)

In welchen anderen Ländern haben wir ebenfalls einen Haushalt ohne Neuverschuldung, Herr Rinderspacher? In den SPD-regierten Ländern ist das jedenfalls nicht der Fall.

(Beifall bei der CSU - Christa Naaß (SPD): Das ist doch falsch! - Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Immer mehr ausgeben, immer mehr fordern, das kann jeder. Das ist das alte Ritual, Herr Rinderspacher. Sie stellen zusätzliche Forderungen in Milliardenhöhe.

Ich bin jetzt seit 20 Jahren Mitglied in diesem Parlament. Bei allen Haushaltsberatungen haben Sie zusätzliche Milliarden gefordert. Wenn wir all das gemacht hätten, was Sie in all diesen Jahren gefordert haben, stünde Bayern genauso schlecht da wie Rheinland-Pfalz oder Berlin.

(Beifall bei der CSU - Widerspruch bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Gott sei Dank ist es nicht so weit gekommen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD, den Freien Wähler und den GRÜNEN)

Schauen Sie doch einmal nach Nordrhein-Westfalen, was dort gemacht wird:

(Zuruf von der SPD: Was war mit Rüttgers?)

Noch einmal acht bis neun Milliarden Euro Schulden! Gott sei Dank gibt es auch in Nordrhein-Westfalen ein Verfassungsgericht, das diesem Treiben endlich ein Ende bereitet.

Wir haben im Gegensatz dazu verantwortungsvoll gehandelt; deswegen können wir jetzt miteinander zusätzliche Investitionen anpacken.

Ein Wort zur Landesbank.

(Anhaltende Zurufe von der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Ja, zur Landesbank, zur HGAA! Auch dazu die Frage: War es denn nicht die SPD, die beim Kauf der HGAA im Haushaltsausschuss gejubelt hat?

(Hubert Aiwanger (FW): Was denn? - Anhaltende Zurufe von der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Die SPD hat gejubelt.

Dieses Spektakel, das Sie gestern mit Ihrer Schuldenuhr begonnen haben, glaubt Ihnen kein Mensch.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Aber glauben Sie denn nicht dem Steuerzahler?)

Ich sage Ihnen eines: Bayern gehört immer noch zu denjenigen Ländern, die am wenigsten Schulden haben.

(Hubert Aiwanger (FW): Ja, und was ist mit der Landesbank? Kommen Sie doch auf dieses Thema. Sie sagen nichts zur Landesbank!)

- Ach, Herr Aiwanger. Ich nutze die Zeit aus. Keine Sorge. Auch da haben Sie gejubelt.

Alle Erlöse aus den ABS-Papieren der Jahre 1993 folgende sind genommen worden, um zu investieren.

(Zurufe von der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Da haben Sie das Geld gern genommen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Jetzt investieren wir. Wir in Bayern können uns das leisten. Eine Milliarde siebenundsechzig Millionen, 1.067.000.000 Euro! Wir investieren - Herr Rinderspacher, Sie haben das bestritten - in die Bildung 389 Millionen Euro. Wir investieren in die Innovation 452 Millionen Euro und wir investieren in den Bereich Familie 227 Millionen.

(Christa Naaß (SPD): Und wo streichen Sie?)

Da sagen Sie, wir würden keine Schwerpunkte in dieser besonderen Art und Weise setzen.

(Christa Naaß (SPD): Wo streichen Sie denn?)

Ich frage Sie: Welches Land kann es sich in einer solchen Situation, wo es gerade aus der Wirtschaftskrise herausgekommen ist, leisten, in diese drei wichtigen Bereiche über eine Milliarde Euro zu investieren? Das kann nur ein Land, das in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet, Rücklagen gebildet und Reserven

hat, um diese politische Schwerpunktsetzung vorzunehmen.

(Christa Naaß (SPD): Sagen Sie doch, wo Sie streichen!)

Das haben wir mit unserer Politik gemacht.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Bei der Landesbank haben Sie mit Ihrer Politik Volksvermögen verschwendet!)

Im Bereich der Bildung gibt es zusätzliche Lehrer.

(Tanja Schweiger (FW): Junge Lehrer, die nichts bekommen!)

Wir haben allein zwischen 2010 und 2012 zusätzliche 300 Millionen Euro und zwischen 2008 und 2012 zusätzlich eine Milliarde mehr für Bildung angesetzt.

(Hubert Aiwanger (FW): Das ist ja Wahnsinn!)

- Das haben Sie vielleicht noch gar nicht gesehen, Herr Aiwanger. Und ich sage Ihnen: Kein anderes Land in dieser Bundesrepublik kann es sich finanziell leisten, ein solches Topthema wie die Bildung nicht nur im Munde zu führen, sondern auch solche Mehrungen zu realisieren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Eine Milliarde dafür aufgenommen!)

Eine Milliarde zusätzlich! Nun, das wollen Sie nicht wahrhaben. Aber ich sage Ihnen noch etwas. Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, das ganze Land durch Investitionen in diese drei Felder Familie, Bildung und Innovation gut weiterzuentwickeln, und zwar nicht nur die Ballungsräume, sondern auch die ländlichen Räume und Regionen.

Wenn jetzt in den letzten Tagen Kritik von der SPD kommt, der ländliche Raum werde vernachlässigt - -

(Anhaltende Zurufe und Unruhe bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

- Ja, ja, ist schon gut.

(Hubert Aiwanger (FW): Kobler, Weber, Huber! - Weitere Zurufe)

Ich kann mich noch gut an den Rothemund-Plan erinnern.

(Hubert Aiwanger (FW): Das war vor hundert Jahren und nicht gestern!)

Beim Rothemund-Plan hat die SPD gesagt, wir wollen nur die Ballungsräume fördern; die ländlichen Räume schreiben wir ab.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Und jetzt wollen Sie sich einfach wichtig machen. Denken Sie an den Rothemund-Plan!

(Anhaltender Widerspruch bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN - Hubert Aiwanger (FW): So was treiben Sie jetzt auch!)

Als die A 93 im Osten von Regensburg über Weiden nach Hof gebaut wurde, sagte die SPD: eine Autobahn ins Niemandsland! Das stimmt doch, Herr Kollege König.

(Markus Rinderspacher (SPD): Der war doch der schärfste Gegner dieser A 93; König hat doch diese Autobahn bekämpft. Ich habe noch die Zeitungsartikel dazu. Was erzählen Sie denn da?)

Das war die damalige Argumentation, und heute nimmt sich die SPD wichtig und führt sich auf als Vertreterin des ländlichen Raumes und der ländlichen Regionen.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Ich sage Ihnen eines, meine Damen und Herren: Die CSU hat in den letzten Jahrzehnten nicht nur die Ballungsräume weiterentwickelt, sondern sie hat gerade auch die ländlichen Regionen fortentwickelt und stark gemacht. Sie hat die Arbeit zu den Menschen gebracht und nicht umgekehrt. Sie hat viel investiert. Die ländlichen Räume haben sich auch in der Phase des Umbruchs von einem Agrarland hin zu einem Industrieland exzellent entwickelt.

Wenn wir heute offenen Auges durch die ländlichen Regionen gehen, sehen wir, dass wir in den letzten Jahrzehnten gerade auch unsere ländlichen Räume gut weiterentwickelt haben.

(Beifall bei der CSU)

Was die sehr aktuelle Diskussion über den Zukunftsrat angeht, sage ich nur Folgendes: Es ist gut, die Meinung anderer zu hören. Wir brauchen den Dialog. Wir brauchen die Experten, und wir brauchen den Rat der Experten. Aber in der Verfassung steht auch, wie das zu händeln ist: Der Ministerrat entscheidet und nicht der Zukunftsrat. Und am Schluss entscheidet nicht der Zukunftsrat, sondern dieses Parlament; es

entscheidet der Bayerische Landtag über die Zukunft dieses Landes.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Der erste gute Satz!)

Deswegen sage ich: Die CSU hat mit ihrer Politik den Erfolgsweg Bayerns gestaltet. Diesen Erfolgsweg setzen wir zusammen mit unserem Ministerpräsidenten in dieser Koalition fort. Wir setzen auf Aufbruch statt auf Stillstand. Wir schaffen neue Chancen. Wir investieren in Familie, Bildung und Innovation. Wir stehen für eine gerechte und zukunftsorientierte Politik. Wir verweigern uns nicht der Zukunft; wir haben keine Angst vor der Zukunft. Wir freuen uns auf sie und werden sie zum Wohle Bayerns und zum Wohle der Menschen in unserer Heimat gestalten. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU - Thomas Mütze (GRÜNE): Der Beifall ist ziemlich schwach!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege Schmid. Nächster Redner ist der Kollege Aiwanger für die Fraktion der Freien Wähler.

Hubert Aiwanger (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute ein Zukunftsprogramm, vorgestellt vom Regierungschef, das sich schwerpunktmäßig mit den Themen Familie und Bildung beschäftigt. Zunächst einmal ist davon abzuleiten, dass der Ministerpräsident damit selbst eingesteht, dass diese Themenfelder unbedingt einen Aufbruch brauchen. Herr Ministerpräsident, darin stimme ich Ihnen zu. Im Bereich Familie, im Bereich Bildung ist Bayern bei Weitem noch nicht dort, wo es hin muss. Deshalb ist ein Aufbruch bei diesen Themenfeldern dringend nötig.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Tagen das Modell des Zukunftsrates mit Schaudern zur Kenntnis genommen, ein Papier, das uns Bayern in den nächsten Jahren in bestimmten Farben zeichnet und Forderungen erhebt, die da lauten: die Metropolen stärken, massiv weiterentwickeln und ganze ländliche Regionen abhängen. Meine Damen und Herren, hier sind dieselben Gedanken zu Papier gebracht worden, die uns schon in der Ära Stoiber ruiniert haben, eine McKinsey-Ideologie, die auf einseitige Eliten setzt, aber auf der anderen Seite ganze Bevölkerungsschichten und ganze Landstriche abkoppeln will. Man sieht diese nur als Klotz am Bein und sagt: Wir setzen auf Zentren, wir setzen auf Metropolen, wir setzen auf Hochglanz und vergessen dabei große Teile der bayerischen Bevölkerung.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, das Modell der Freien Wähler ist ein anderes. Das Modell der Freien Wähler lautet: Bayern als Ganzes weiterentwickeln, nicht Bayern auseinanderdividieren, Teile abhängen, Teile im Stich lassen und sich dann wundern, dass wir bei Familien und Bildung nachbessern müssen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, denken Sie dieses Spiel zu Ende, dann erklärt sich vieles von dem, was wir heute als Defizite beklagen: Arbeitsplätze sind in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten schwerpunktmäßig in den Städten und deren Speckgürteln entstanden. Dazu wurden junge Leute aus den ländlichen Regionen quasi abgesaugt. Zurückgeblieben ist die Großmutter, zurückgeblieben ist ein leeres Wohnhaus, während die Mieten in den Städten zunehmend explodieren und im ländlichen Raum die Strukturen wegbrechen.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Diese Politik wurde in der Ära Stoiber massiv voran getrieben und aus Privatisierungserlösen finanziert. Forschungsstationen, Universitätsorte und dergleichen sind mehr schwerpunktmäßig in den Metropolen mit der logischen Folge geschaffen worden, dass der ländliche Raum nicht entsprechend mitwachsen konnte.

Natürlich haben wir auch im ländlichen Raum eine weite Entwicklung feststellen dürfen. Das wollen wir gar nicht in Abrede stellen. Aber festzustellen ist, dass das Wachstum in den Städten überproportional am ländlichen Raum vorbeigezogen ist. Hier gilt es ganz gezielt anzusetzen, weil das nämlich eher das Kennzeichen eines Entwicklungslandes ist. Da können Sie Indien nehmen, Sie können China nehmen, Sie können Südamerika nehmen, wo junge Leute ihre Dörfer, ihre Familien verlassen, sich in den Metropolen zusammenballen und zu Hause sozialen Unmut und eine Katastrophe hinterlassen, weil sie dort fehlen. Genau an diesem Punkt gilt es für uns kritisch anzusetzen, damit sich diese Probleme nicht weiter verschärfen.

Deshalb freut es mich auch, Herr Ministerpräsident, dass Sie vor wenigen Tagen gesagt haben, Sie wollten die Themen der Freien Wähler aufgreifen, um uns überflüssig zu machen. Ich rufe Sie auf: Arbeiten Sie weiter an diesem Ziel, weil wir die richtigen Themen setzen, weil wir uns seit Jahr und Tag für funktionsfähige Kommunen einsetzen, für einen starken ländlichen Raum, für wohnortnahe Schulen, die genau das ermöglichen, was Sie heute mit Ihrem Aufbruchprogramm herbeisubventionieren wollen. Hören Sie damit auf, Leuten Gehör zu schenken, die uns schon

während der Ära Stoiber ruiniert haben - ich wiederhole das. Denn das Investieren in US-Immobilienkrediten, in die Hypo Group Alpe Adria zur selben Zeit, als Sie zu Hause gesagt haben, wir könnten uns keine schnellen Internetanschlüsse leisten und müssten von den kleinen Schulkindern das Büchergeld einsammeln,

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

waren Auswüchse einer McKinsey-Ideologie, bei der es schlichtweg egal ist, ob die zwölf Millionen Bayern halbwegs über die Runden kommen. Da interessiert nur, dass der Aktienkurs einiger börsennotierter Großunternehmen funktioniert. Aber wenn der ländliche Raum im Osten wegbricht, ist das diesen Leuten egal. Uns ist das nicht egal, weil wir Politik für alle Bürger Bayerns machen wollen

(Beifall bei den Freien Wählern)

und nicht für eine Handvoll selbsternannter Eliten.

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich doch die Zusammensetzung dieses Rates an: Da sind alle die Vordenker, alle die angeblichen Global Player dabei, deren Weltbild es doch entspricht, am Wochenende mit dem Mercedes Jeep aufs Land zu fahren und die Bauernbevölkerung zu sehen, die ihnen mit dem Strohhut zuwinkt und die Sense beiseite legt, weil gerade die neueste frisierte Umfrage im Radio gekommen ist, wonach die CSU wieder die absolute Mehrheit hat.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dann sollen sie demütig die Bayernhymne singen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, dieses Bayernbild - -

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Aiwanger, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Hubert Aiwanger (FW): Nein, setzt euch hin.

Dieses Bayernbild wollen wir nicht; wir wollen nicht die Dorfbevölkerung zur Bespaßung der Stadeliten, sondern wir wollen die Landbevölkerung als Teilhaberin an der Entwicklung, nicht als abgehängte Menschen zweiter Klasse, wie Sie das politisch ansteuern.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, so kommt es bei den Menschen draußen an. Das wissen Sie selber ganz genau. So kommt es auch in Ihren Reihen an. Namhafte Vertreter Ihrer Partei gehen auf die Barrikaden

und sagen: Das ist Blödsinn, das kann politisch nicht umgesetzt werden. Mir ist es schlichtweg auch egal, was die zu Papier gebracht haben. Ich messe sie an den Ergebnissen.

Da müssen wir eben feststellen, dass wir heute noch in vielen ländlichen Gebieten Bayerns keine schnellen Internetanschlüsse haben, dass die Strukturen in Gefahr sind, dass die Schulstruktur wegbricht. Denn Sie haben keine Perspektiven für die Zukunft der Hauptschulen, weil ihr Mittelschulmodell auf dem Weg zu einer weiteren massiven Schließung von Hauptschulstandorten maximal eine Zwischenstation ist.

Wir haben das Gegenmodell vorgelegt, das da lautet: Hört auf mit dieser Differenzierung in Sozial, Wirtschaft und Technik,

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist eine Bierzeltrede!)

denn Sie brauchen bei dieser Vielzahl an Wahlkursangeboten am Ende 600 oder 700 Kinder, um dieses Wahlkursangebot überhaupt bedienen zu können. Das hat zur Folge, dass der Großteil ihrer Bildungsinvestitionen in den Bustransport geleitet wird, auf der anderen Seite in die Pensionszulagen für die Lehrer - okay, das könnten auch wir nicht ändern - und in den nächsten Jahren, das prophezeie ich Ihnen, in den massiven Neubau von zentralen Hauptschulen.

Wir haben in Bayern von Jahr zu Jahr zurückgehende Kinderzahlen und werden nicht müde, ständig neue Schulhäuser zu bauen. Das müsste uns doch zu denken geben, meine Damen und Herren: Einerseits Geld, das bei den Kindern nicht ankommt, aber andererseits die Einführung der sechsstufigen Realschule mit der Folge, dass wir bis heute in den Landkreisen draußen Millionen und Millionen in den Neubau und den Anbau von Realschulen investieren. Gleichzeitig deklarieren wir die Hauptschulen zu Heimatmuseen um.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Das ist heute die Realität der Bildungspolitik in Bayern. Wenn Sie mit den Betroffenen draußen reden, stellen Sie fest: Die sind nach wie vor unzufrieden und sagen: Diese Lehrer existieren maximal als Schattenarmeen irgendwo auf dem Papier, aber sie kommen in der Praxis nicht an. Sie gehen diesen Weg sogar weiter. Die Zusammenlegung der kleinen Hauptschulen wird das nächste Lehrereinsparprogramm sein. Hier gilt es, gezielt anzusetzen, weil wir sonst immer mehr für Bildung im Haushalt, auf dem Papier ausgeben, bei den Kindern aber immer weniger ankommt. Bildungspolitisch sind wir also nicht dort, wo wir hin-

wollen. Ich glaube, auch Ihnen fehlt das Programm, um genau zu definieren, wo wir in fünf Jahren sind.

Unser Programm ist - ich wiederhole es -, diese innere Differenzierung in die vielen Fachkurse zurückzunehmen, sich aufs Wesentliche zu konzentrieren und im Umkreis von zehn Kilometern um den Wohnort eines Kindes wenigstens einen Hauptschulstandort zu garantieren und nicht nur drei Hauptschulen pro Landkreis. Das ist keine Perspektive für die Bildungspolitik.

(Beifall bei den Freien Wählern - Alexander König (CSU): Uns geht es um die Kinder!)

Ich habe vorhin die Kommunen angesprochen. Heute war von diesem angeblich ausgeglichenen Haushalt die Rede. Nicht einmal der Haushalt des Freistaates ist ausgeglichen, weil wir dort in den Jahren 2008 und 2009 - das wissen alle, die die Zahlen kennen - eine Zunahme der Verschuldung etwa um die Hälfte auf mittlerweile 30 Milliarden Euro verzeichnen müssen. Hinzu kommt eine Kommunalverschuldung in Höhe von 20 Milliarden Euro in Bayern. Das ist eine Verdoppelung der kommunalen Schulden in den letzten 20 Jahren. Und da sagen Sie, Sie hätten es über Jahre hinweg geschafft, keine zusätzlichen Schulden aufzunehmen. Das ist schlichtweg eine Fehlinformation.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, Sie wissen genau, wie marode die Kommunalfinanzen draußen sind. Sie wissen sehr genau, dass die Bezirke händeringend darum gebeten haben, die Finanzierungslücke von 220 Millionen Euro zu schließen, damit die Bezirksumlage nicht so massiv erhöht werden muss. Leider Gottes haben sich die Bezirke nicht durchsetzen können und wurden mit leeren Händen nach Hause geschickt. Leider Gottes muss diese Umlage jetzt von den Landkreisen und Gemeinden aufgebracht werden mit der Folge, dass zu Hause kaum noch Schlaglöcher geteert werden können, weil das Geld in Richtung Bezirke gerollt werden musste. Dieses Geld wurde für eine Eingliederungshilfe und einen Finanzaufwand verwendet, den man längst über ein Bundesleistungsgesetz hätte abfangen müssen. Sie sind in der Bundespolitik am Ruder; Sie hätten hier einen Beitrag leisten können.

Wir haben aber die Debatte erlebt: Sie haben die Kommunen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertröstet und gesagt: Das passiert langfristig irgendwann einmal. Das hilft den Kommunen heute nichts. Wir sitzen doch selber alle in kommunalen Gremien. Fakt ist, dass jetzt ein massives Zähneknirschen kommen wird, weil diese Umlage die Kommunen hart treffen wird. Ihr Potenzial wird sehr stark eingeschränkt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir sind die Vertreter des ehrlichen Weges. Natürlich ist es schön, einen auf dem Papier ausgeglichenen Haushalt für den Freistaat präsentieren zu können. Sie drücken aber die Kommunen damit gleichzeitig unter Wasser. Sie müssen doch beide Seiten dieser Medaille sehen; denn "ausgeglichen" für den einen heißt noch lange nicht, dass es für den anderen auch passt. Wenn die Kommunen und der Freistaat auseinanderdividiert werden, kann das Ergebnis am Ende nicht befriedigend sein.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, neben der Bildung haben Sie die Familien vorangestellt. Dies kann man teilweise in eine Deckungsgleichheit bringen. Wir haben im Bereich der frühkindlichen Erziehung und der frühkindlichen Bildung einen massiven Nachbesserungsbedarf. Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag ein kostenfreies Kindergartenjahr versprochen. - Herr Seehofer, Sie wissen davon nichts? Er runzelt die Stirn. Herr Seehofer, lesen Sie nach. Dort steht, dass Schwarz-Gelb ein kostenfreies Kindergartenjahr verspricht.

(Georg Schmid (CSU): Da steht nichts drin!)

- Auch der Herr Fraktionsvorsitzende weiß das nicht. Sie sagen, es steht nichts drin. Da schauen wir nach.

(Thomas Kreuzer (CSU): Haben Sie nicht vorher nachgeschaut?)

- Herr Schmid und Herr Seehofer, wir wissen, was Sie unterschrieben haben. Sie haben hier schon zum zweiten Mal nicht gewusst, was Sie unterschrieben haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, wir fordern dieses kostenfreie Kindergartenjahr. Die Kleinsten müssen uns einen Finanzaufwand von rund 100 Millionen Euro wert sein. Das muss uns eine wenigstens symbolische Geste gegenüber den Familien wert sein. Wer dafür kein Geld hat, soll vom Ausbau der Donaustaufe und von der dritten Startbahn die Finger lassen und sich stattdessen um Familie und Bildung kümmern. Andernfalls hätten Sie in Ihr Programm "Familie, Bildung, Großprojekte" schreiben sollen. Nein, es muss heißen: Großprojekte zurückstellen und Familie und Bildung vorneweg. Das ist unsere Schwerpunktpolitik.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dort entscheidet sich auch die Zukunft der Wirtschaft. Wir beklagen zunehmend, dass junge Leute im Arbeitsprozess nicht mehr das leisten, was sie leisten sollen, weil sie Mängel im Grundwissen, im Benehmen und dergleichen haben. Solche Probleme sind über wohnortnahe Schulen mit kleinen Klassen und intensiver Betreuung sehr viel besser zu bewältigen. Bisher war es CSU-Politik, zu sagen: Das geht den Staat nichts an. Das macht die Familie. Wer das nicht auf die Reihe kriegt, braucht keine Kinder zu kriegen. Meine Damen und Herren, die Zeit dieser Politik ist vorbei. Hier hat Sie und uns die Realität eingeholt.

Wir müssen für die Familien und die Bildung alles in die Waagschale werfen, was wir gerade an Potenzial aufbringen können. Wenn wir dieses Potenzial an diesen Themen vorbeileiten, ist ein Programm mehr als überfällig. Leider sind die Mittel dafür zu knapp bemessen.

Grundsätzlich kann ich sagen: Dieses Programm "Aufbruch Bayern" ist eine Luftnummer, ein PR-Gag. Sie haben aus dem regulären Haushalt knapp zwei Milliarden Euro herausgestrichen und ein neues Programm im Umfang von einer Milliarde Euro gebastelt. Jetzt versuchen Sie, uns das als Weihnachtsgeschenk zu präsentieren. Das ist die gleiche Situation wie bei einem Heerführer, der sich auf dem Rückzug befindet und gezwungen ist, Siegesmeldungen zu verbreiten. Vielleicht könnten Sie dieses Programm "Aufbruch Bayern" auch mit dem Ausspruch "Vorwärts, Kameraden, wir müssen zurück." überschreiben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Diese Bewegung ist unübersehbar. Sie verkünden Aufbruch und suggerieren Aktion, müssen die Mittel aber aus dem regulären Haushalt holen. Sie können sie nicht einmal voll weitergeben; denn wenn sie durch fünf Hände gelaufen sind, kommt am Ende nur noch die Hälfte an.

Meine Damen und Herren, das ist keine zukunftsweisende Politik, die uns für die Zukunft fit macht. Ich wiederhole: Wir Freien Wähler setzen auf eine Strukturpolitik, die alle Gebiete mitnimmt und die eine Entwicklung des Wirtschaftspotenzials in den ländlichen Räumen ermöglicht. Da sind wir wieder beim schnellen Internetanschluss. Da sind wir wieder bei der maroden Staatsstraße, die besser repariert werden müsste. Da sind wir wieder bei den Hausärzten, die weggehen. Da sind wir wieder bei der wohnortnahen Schule, die nötig ist, damit die jungen Leute überhaupt am Ort bleiben. Sie beklagen im Nachhinein, dass diese Dinge weggebrochen sind. Stellen Sie

rechtzeitig die Weichen dafür, dass diese Strukturen erhalten bleiben.

Ich glaube, dass eine gute bayerische Politik aktuell eine strukturkonservative Politik sein muss. Das bedeutet, wir müssen all das bewahren, was nötig ist, damit wir dort bleiben können, wo wir sind. In den nächsten Jahren wird es dabei sehr stark um die Altenversorgung gehen. Ich komme noch einmal auf mein Bild zurück: Eine alte Oma sitzt im Zweifamilienhaus, weil die Jungen in München zur Arbeit sind, dort die Wohnung kaum bezahlen und sich kein Kind leisten können, weil in München der Wohnraum zu teuer ist. Am Ort steht das Haus leer, weil es dort keinen Internetanschluss, keinen Hausarzt, keine Schule, keine Straße und kein Krankenhaus gibt. Dieses Bild kann ich Ihnen nicht oft genug aufs Hirn brennen, damit Sie es endlich kapieren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dort gilt es, anzusetzen. Es gilt auch, politische Themen zu erkennen.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

- Jetzt kommt wieder der Bauernhof-Vorwurf. Wenn Sie mehr auf Ihre Bauern gehört hätten als auf Ihre McKinsey-Chaoten, wären wir in Bayern weiter.

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt gilt es, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und die Wachstumsmärkte zu erkennen. Ich spreche hier vor allem von der Energiepolitik. Sie haben vor wenigen Jahren noch gemeint, Energie würde immer billiger, wenn wir privatisieren. Der Strom wäre dann quasi zum Nulltarif zu haben. Das haben Ihnen Ihre "Gutachter" eingedet. Sie haben das Bayernwerk verkauft, weil das ja nur Schnee von gestern sei und der große Wettbewerb kommen würde. Wo gibt es denn Wettbewerb? Monopole wurden geschaffen, die uns heute schamlos abkassieren und uns das Geld aus der Tasche ziehen, das für Kindergärten, für Straßen, für Kommunen und für die Breitbandversorgung fehlt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

In den vier großen Energiekonzernen versickern pro Jahr zweistellige Milliardenbeträge. Ich bin kein Neidhammel, aber ich glaube, dass wir schauen müssen, ob hier nicht des Guten zuviel abgeschöpft wird. Wir sind zur falschen Zeit aus dem Bayernwerk ausgestiegen. Heute stehen wir ohnmächtig vor dieser Entwicklung. Ich muss aber ehrlich sagen: Jetzt bestünde die

Chance, die erneuerbaren Energien ins Spiel zu bringen. Techniken, die wir vor 20 bis 30 Jahren nicht hatten, sind in der Entwicklung. Es ist schon bezeichnend, wenn wir in Niederbayern ein Innovationszentrum "CARMEN" für nachwachsende Rohstoffe in Straubing

(Dr. Thomas Goppel (CSU): Das war doch nicht Ihre Idee?)

- ja, Herr Doktor -

(Heiterkeit bei der CSU)

- und einige Kilometer weiter eines im Chiemgau haben und viele Experten vor einem Sicherheitsrisiko bei bestehenden Kernkraftwerken warnen und die kommunalen Stadtwerke sagen: Wir brauchen Planungssicherheit, verlängert deshalb nicht die Laufzeiten der Kernkraftwerke. Dann verlängert diese Bayerische Staatsregierung mit verlängertem Arm in Berlin die Laufzeit eines solchen alten Reaktors und will ihn für 250 Millionen Euro sanieren.

Meine Damen und Herren, wenn Sie nur einen Bruchteil dieser Summe in diese CARMEN-Anlagen, in diesen Ausbau der erneuerbaren Energien, in Energieeinsparmaßnahmen, in den Rückbau dieser Monopolstruktur oder in die Rekommunalisierung der Netze stecken würden, dann hätten wir morgen zumindest etwas die Finger im Spiel, dort, wo die Milliarden fließen.

Aber nein, das Thema wird in der Regierungserklärung überhaupt nicht erwähnt. Da werden nicht ein paar tausend Euro hin- und hergeschoben, meine Damen und Herren, da geht es nicht nur um Millionen, sondern da geht es um Milliarden - um Milliarden an Geldern, die man einer Region lassen könnte, um diese zu entwickeln, die man aber über die Stromrechnung abgebucht bekommt, damit die anderen sich die Hucke volllachen. Auch das ist ein Versagen der bayerischen Politik, weil sie nicht erkennt, dass ein Loch im System ist, dass die Hauptschlagader quasi aufgeschnitten ist, dass wir Blut verlieren. Dann zerbrechen wir uns den Kopf, wie wir die übrig gebliebenen Ämter noch verteilen. Wir betreiben Mangelverwaltung anstatt hinzuschauen, wo die Gelder fließen; und gerade im Energiebereich, meine Damen und Herren, spielt die Musik der Zukunft. Dort haben Sie sich ausgeklinkt. Dort sagen Sie: Das passt schon so.

Es passt nicht so, und ich bitte Sie: Gehen Sie auf die Kommunen zu. Es gibt viele Bürgermeister, die heute die Netze zurückhaben wollen.

(Zuruf von der CSU: In jedem Land!)

Noch einmal: Rekommunalisieren Sie die Energienetze! Helfen Sie diesen Leuten dabei, diese Wertschöpfung für sich selbst gestalten zu können, und sagen Sie ihnen nicht - genauso, wie wir es beim Breitbandausbau getan haben -: Bürgermeister, mach dein Zeug alleine; geh hin, wo der Pfeffer wächst, denn für uns ist die Welt in Ordnung. Helft den Leuten in der Region, Geld in der Region zu lassen. Helft den Leuten, eine regionale Energiepolitik durchzuführen!

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren! Regionalität will ich Ihnen damit quasi als Wegmarke, als politischen Kompass für die nächsten Jahre mit auf den Weg geben, wenn Sie hinhören. Wenn Sie sagen: Was Aiwanger sagt, ist eh Blödsinn, dann machen Sie Ihren Stiefel weiter. Wenn Sie aber sagen: Okay, vielleicht sollten wir doch auf ihn hören, dann denken Sie bitte an das Wort Regionalität. Darunter können Sie vieles aufgliedern, neben der Energiepolitik auch das Thema der regionalen Nahrungsmittelversorgung, die Landwirtschaft, die in Ihrem Zukunftsprogramm schlichtweg gnadenlos vergessen wurde.

Meine Damen und Herren, stattdessen haben wir lieber einen Klausner-Holz-Vertrag unterschrieben, damit sich ein russischer Großinvestor momentan billiges bayerisches Staatsholz holen kann, während die bayerischen Sägewerker kein Holz mehr zu vernünftigen Bedingungen kaufen können. Auch das ist Ihre Politik gewesen!

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, die Menschen wollen Regionalität. Sie wollen überschaubare Strukturen, und da ist gerade im Bereich der Landwirtschaft sehr viel zu holen. Ich glaube nicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugt ist, dass wir zum Ziel kommen, wenn wir am Ende nur noch Agrarindustrie, aber keinen bäuerlichen Familienbetrieb mehr haben, weil diese kleinen Strukturen all den bürokratischen und sonstigen Erschwernissen überhaupt nicht mehr gewachsen sind.

Auch hier sind Sie gefordert, genau hinzuschauen. Auch hier sind Sie gefordert, den Betroffenen zu helfen. Das wurde schon damals versäumt, als der genveränderte Mais in Umlauf gekommen ist, als den Bauern monatelang - das ist nun nicht in erster Linie das Versagen der Bayerischen Staatsregierung, aber ein Strukturversagen - nicht geholfen worden ist, wie ihnen heute bei den Folgeschäden des Dioxinskandals auch wieder nicht geholfen wird.

Einige wenige große Betrüger machen sich die Taschen voll, und die Regierungen in Land und Bund

schauen weg. Deshalb fordern wir auch hier als Freie Wähler auf Landesebene eine Handvoll Leute - und wenn es nur zehn sind -, die diesen überregionalen Futtermitteltransport unter die Lupe nehmen, weil die Kontrolleure in den Landratsämtern überfordert sind. Hier können Sie mit wenigen Menschen etwas bewegen und diese Strukturen angehen.

(Unruhe)

Im Bereich der Gesundheitspolitik haben wir in den letzten Tagen eine famose Entwicklung erlebt: Man bekennt sich nun plötzlich doch wieder zu den Hausärzten - ja, meine Damen und Herren, aufgrund des politischen Drucks. Aber das geschieht immer nur, wenn wirklich auf die Barrikaden gegangen wird. Sie müssen doch feststellen, dass die Hausarztversorgung gerade auch im ländlichen Bereich derzeit massiv wegbricht.

Wenn wir diese Entwicklung weiterdenken, ist in zehn Jahren kein Hausarzt mehr in der Fläche. Können wir das denn wollen? Nein, und deshalb müssen wir diese Strukturen heute schützen und dürfen nicht sagen: Liebe Hausärzte, dann seid ihr eben Geschichte; es gibt schon andere, die gerade darauf warten, dass ihre eure Praxen schließt.

Nein, wir wollen auch den Gesundheitsbereich nicht privatisiert haben. Wir wollen keine börsennotierten Klinikbetten, sondern eine wohnortnahe Haus- und Facharztversorgung, wohnortnahe Kliniken, kommunale Kliniken. Dieses Ziel muss, wie in Staat und Bund gefordert, realisiert werden; es darf nicht gesagt werden: Da hauen wir ein Ei drüber, das sind die Strukturen von gestern.

Nein, wir müssen hier ran. Wir müssen einen Aufbruch Bayerns in diesem Sinne auch als Aufbruch in eine mehr konservative Strukturpolitik sehen und dürfen nicht alles über den Haufen werfen, was McKinsey als verstaubt ansieht. Wir müssen vielmehr bewahren, was wirklich wichtig ist und dürfen uns nicht so viel einreden lassen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren! Unter "Aufbruch Bayern" verstehen wir auch das Aufbrechen von verkrusteten Strukturen. Gerade die Debatte um die bayerische Landesmedienzentrale in den letzten Tagen ist ein symbolhaftes Beispiel dafür gewesen, wie es nicht laufen sollte: dass Posten nach Parteibuch besetzt werden. Diese Politik hat die Bevölkerung satt und das beschränkt sich nicht auf diesen Bereich, sondern das gilt für sehr viele andere Bereiche in dieser Gesellschaft.

(Beifall bei den Freien Wählern)

"Aufbruch Bayern" heißt auch Aufbrechen einer CSU-Alleinherrschaft, die meint, alles allein regieren zu können.

(Zuruf von den Freien Wählern: Doch, auch!)

Warum sage ich das? Nicht, weil ich der CSU die Posten neide, nein, sondern weil ich sehe, dass sehr viel bessere Leute heute verhindert werden, die nicht das richtige Parteibuch in der Tasche haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Auch das abzustellen ist ein Politikansatz, der geradezu von der Bevölkerung erwartet und sehnsüchtig herbeigerebet wird, und deshalb hören Sie auch draußen, wenn Sie mit den Menschen sprechen, die Aussage: Eine absolute Mehrheit der CSU wollen wir nicht mehr, weil sie dann alleine schalten und walten kann, wie sie will.

Also noch einmal: "Aufbruch Bayern" heißt auch Aufbrechen von verkrusteten Parteistrukturen, die Verfilzung von Staat und Partei zu lockern

(Beifall bei den Freien Wählern)

und damit frischen Wind in die Politik zu bringen und ein Bayern der Bürgerinnen und Bürger überhaupt erst einmal in Gang zu setzen, weil wir gemeinsam stärker sind, als wenn immer nur eine Partei mit einem begrenzten Teilnehmerkreis alle Schalt- und Walthebel bedient und sagt: Alle anderen können ja sowieso nicht lesen und schreiben.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz deutlich: Lassen Sie das zu, was Sie versprochen haben: Bürgerbeteiligung. Nehmen Sie die Menschen mit hinein. Fragen Sie sie, ob sie eine Atomlaufzeitverlängerung wollen, ob sie den Ausbau der Donaustaufe wollen, ob sie eine dritte Startbahn wollen, ob sie die grüne E-Technik wollen! Fragen Sie das die Menschen, gehen Sie hinaus, und ich sage Ihnen: Die Antwort wird richtiger sein als die von den Herrschenden von McKinsey.

Deshalb abschließend: Bayern ist auf sehr gutem Wege. Bayern kann noch sehr viel besser sein, wenn man die Menschen und die politisch Andersdenkenden mitarbeiten lässt. Allein schaffen Sie es nicht. Hören Sie auch auf das, was andere sagen! Vielen Dank.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: (Vom Redner nicht autorisiert) Danke schön, Herr Kollege Aiwanger. Als Nächster hat Kollege Thomas Mütze das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Das wird schwer zu toppen sein.

(Allgemeine Heiterkeit - Alexander König (CSU): Vom Unterhaltungswert her bestimmt!)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin von Internationalität gesprochen und das Beispiel des Industriellen aus Berching gebracht. Vielleicht sollten Sie das Trikot des FC Ingolstadt anziehen und ihn vor dem Abstieg retten. Vielleicht sollten Sie sich ähnlich verhalten wie der Unternehmer aus Berching. Die Ingolstädter würden sich sicher freuen, wenn der Ministerpräsident das tun würde.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Schiedsrichter wäre weniger aufwendig!)

- Das ist richtig. - Herr Ministerpräsident, ich bin enttäuscht und auch verwundert darüber, dass Sie die Regierungserklärung zum Thema "Aufbruch Bayern" nicht dem Herrn Finanzminister überlassen haben, dem man diese Rede gut hätte aufdrücken können. So haben Sie die Rede halten müssen oder halten wollen. Sie haben schöne Worte gefunden. Sie haben - so sage ich das einmal despektierlich - eine schöne Soße über den Braten geschüttet, damit man von dem Braten nichts sieht. Herr Ministerpräsident, ich frage mich schon, ob Sie das Märchen "Des Kaisers neue Kleider" gelesen haben. Sie sind genau nach dem dort dargestellten Prinzip verfahren. Sie haben sich neue Kleider schneidern lassen, die man "Aufbruch Bayern" nennt, haben also Kleider mit einem neuen Namen bestellt, dabei sind Sie nackt. Da ist nichts, jedenfalls nichts Neues. Sie haben aus dem bestehenden Haushalt ein Milliardenprogramm herausgeschnitzt, finanziert aus den letzten Privatisierungserlösen, obwohl Sie jetzt schon wissen - das steht in der Kurzfassung des Finanzministers -, dass Ihr Haushalt auch 2013 und 2014 insgesamt eine Unterdeckung von 2 Milliarden Euro haben wird. Sie haben sich 66 Haushaltsstellen aus dem gesamten Haushalt zusammengesucht und diesen ein neues Label aufgepappt; das ist alles.

Schauen wir doch einmal an, was unter "Familie, Bildung, Innovation" verborgen ist. Bei der Familie investieren Sie in den Krippenausbau weniger als vorgegeben. Sie investieren gemäß dem BayKiBiG - dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz -, das ist richtig, aber das ist eine gesetzliche Forderung, die Sie ohnehin umsetzen müssen. Wie kommt

das in dieses Programm, das doch einen Aufbruch markieren soll? Dagegen kürzen Sie die Sprachförderung im Kindergarten um 6,3 Millionen Euro! Sie haben vorhin gesagt, Ihr sogenannter Aufbruch soll allen Kindern zugutekommen, ob sie nun Hassan oder Anna heißen. Wo bleibt denn nun hier der Aufbruch? Bei der Sprachförderung im Kindergarten wird jedenfalls gekürzt.

Sie tun so, als gäben Sie mehr Geld für Wohnraum- und Städtebauförderung aus; die Kolleginnen und Kollegen haben schon darauf hingewiesen. Netto bleibt weniger übrig. Weniger Netto vom Brutto, das kennen wir aus Berlin. Da kennen Sie sich scheinbar aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun komme ich zur Bildung. Hier investieren Sie vor allem in den Ausbau von Fachhochschulen und Forschungsstätten, nämlich über 80 Millionen Euro in den kommenden beiden Jahren. Das ist lobenswert. Sie kürzen aber gleichzeitig den Bautitel im Jahr 2011 um 78,4 Millionen Euro. Das ist also ein Nullsummenspiel.

Sie feiern sich für die Neueinstellung von Lehrerinnen und Lehrern, vergessen aber zu bemerken, dass in den nächsten Jahren ebenso viele ausscheiden werden. Sie vergessen auch zu sagen, dass diejenigen, die im G 9 waren und jetzt sozusagen arbeitslos werden, an die Hochschulen geschickt werden, um dort den Mangel zu verwalten, anstatt an den Schulen zu bleiben und dem G 8 zum Erfolg zu verhelfen. Auch das gelingt Ihnen nicht.

Sie vergessen auch, zu erwähnen, dass Sie ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer auf der Straße stehen lassen, obwohl diese dringend gebraucht werden. Sie haben beschlossen, dass die Arbeitszeit für alle Beamtinnen und Beamte verkürzt wird. Also ist es auch nur logisch, dass im nächsten Jahr mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden müssen. Weshalb sprechen Sie also von einem Aufbruch? Sie haben auch vergessen, dass auch noch in allen anderen Ressorts für die Arbeitszeitverkürzung viele Beamtinnen und Beamte eingestellt werden müssen. Diese Stellen finden sich aber nicht im "Aufbruch"!

Lieber Herr Ministerpräsident, ich werfe Ihnen vor, dass Sie die Pflichtaufgaben eines Staates zur Kür machen und sich dafür feiern lassen wollen. So kann es nicht laufen!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Es ist eben nichts Besonderes, Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, es ist eben nichts Besonderes, Ausbildung zu garantieren; es ist nichts Besonderes, in Fachhochschulen zu investieren. Das sind alltägliche und nötige Aufgaben, die ein Staat schultern muss. Letztlich ist Ihr Aufbruch nur ein verkapptes Kürzungsprogramm. Da wird ein bisschen Geld in den sogenannten Aufbruch gesteckt, in Straßenbauförderung, Privatschulbauten und Wohnraumförderung, und hintenherum wird im Haushalt mehr gekürzt.

Herr Ministerpräsident, glauben Sie wirklich, dass die Menschen in Bayern so dumm sind, dass sie nur die beiden ersten Seiten des Haushaltsentwurfs lesen und den Rest vergessen, weil sie vom "Aufbruch Bayern" so überwältigt sind? Wer den Haushalt richtig liest, sieht, dass das ein Kürzungshaushalt ist und sonst nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir nun zum letzten Teil Ihres sogenannten Aufbruchs, zum Thema Innovation und Investition. Man musste schließlich auch von Investition sprechen, sonst hätte man nichts bauen können, unter anderem keine Straßen. Da finden wir so Nötiges wie den Breitbandausbau - Kollege Aiwanger hat darauf hingewiesen -, so Blumiges wie Green Hospital, sozusagen als kleine Geste gegenüber den GRÜNEN, oder eine Solarfabrik der Zukunft in Oberfranken. Dabei wissen wir, dass wir bei der Solarpanel-Herstellung in Deutschland eine Überkapazität haben. Wir fragen uns schon, was da eine Solarfabrik der Zukunft bringen soll. Wir finden auch so Überflüssiges wie eine Vermarktungsoffensive für Lebensmittel. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen keine Vermarktungsoffensive, sondern wir brauchen gesunde Lebensmittel im wahrsten Sinne des Wortes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen Kontrollen der Lebensmittelindustrie. Wenn diese Kontrollen auch wirklich erfolgen, haben die Menschen Vertrauen in die Lebensmittel und wissen, dass sich in den Lebensmitteln garantiert kein Dioxin befindet. Dieser Haushalt dient der Prüfung des Wahrheitsgehaltes Ihrer Aussagen, Herr Ministerpräsident. Sind denn in diesem Haushalt Mittel für mehr Lebensmittelkontrolleure und -kontrolleurinnen zu finden? - Nein, sie sind nicht zu finden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Damit wird das ganze Gerede, dass wir unseren Menschen ein besseres Leben garantieren wollen, als haltlos entlarvt. Das tun Sie eben nicht, das wird hier wieder sehr deutlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben überraschend viel von Nachhaltigkeit, Biodiversität - und was sich da noch alles so findet - gesprochen. Ich bin schon sehr überrascht. Sie feiern sich auch für Investitionen in alternative Antriebsformen, zum Beispiel in das Elektroauto. Sie wollen in Bayern 200.000 Elektroautos in diesem Jahrzehnt fahren sehen. Herr Ministerpräsident, solange das Elektroauto mit dem aktuellen Strom-Mix aus der Steckdose betrieben wird, der in Deutschland weitgehend aus Kohlestrom und hier in Bayern vor allen Dingen aus Atomstrom besteht, ist die Elektromobilität ganz sicher kein Zukunftsprojekt. Elektromobilität hat nur Sinn mit Strom, der aus erneuerbaren Energien stammt. So weit sind Sie noch lange nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war's auch schon zum Aufbruch. Ich habe nicht mehr dazu zu sagen; das ist einfach nicht mehr Worte wert. Mehr Worte wert ist sehr wohl die Rede des Ministerpräsidenten; denn er hat ganz viele Themen angesprochen. Ich kann nicht alles so stehen lassen, wobei der Ministerpräsident noch freundliche Worte gefunden hat, während Herr Schmid den Wadlbeißer gegeben hat. Ich kann das vor allem deswegen nicht so stehen lassen, weil sonst bei den Besucherinnen und Besuchern der Eindruck entsteht, als wäre alles wunderbar.

Fangen wir doch einmal mit der Zukunftsfähigkeit Ihres Tuns an, schauen wir uns diesen Haushalt an: Trotz der überragenden Wirtschaftsdaten, die Sie uns hier aufgezählt haben - wir hören es dauernd: Bayern vorn, Bayern Nummer Eins, Arbeitslosigkeit gesunken, usw., was alles richtig ist -, argumentieren Sie mit der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes. Sie sagen, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht im Bayern sei gestört. Es ist also schlecht. Wie passt das zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen? Sie tun dies, weil Sie die Aussetzung der Einzahlung in den Pensionsfonds rechtfertigen und begründen müssen. Es ist die einzige Begründung, die rechtlich gilt - die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie jetzt schon seit über zwei Stunden dieser Redeschlacht folgen: Haben Sie in irgendeiner Rede gehört, dass es Bayern schlecht gehe? Nein, Bayern geht es nicht schlecht. Jedoch waren Sie einfach nicht in der Lage, die Zahlungen in den Pensionsfonds zu leisten. Sie wollten diese Leistungen an den Pensionsfonds nicht erbringen. Diese Aussetzung steht im Widerspruch zu Ihren eigenen Gesetzen. Sie schwächen die Zukunft Bayerns mit der Aussetzung der Zahlungen. Das machen Sie bereits zum wiederholten Mal. Liebe Kolle-

ginnen und Kollegen, was ist ein Versorgungsfonds wert, der von den Leuten auf dieser Seite des Saals, die ihn eingerichtet haben, nicht ernst genommen wird?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was sollen wir den Beamtinnen und Beamten sagen, die jetzt auf uns zukommen und sagen: Was ist denn jetzt mit meiner Pension? Wie wird sie bezahlt, wenn es diesen Pensionsfonds nicht gibt? Die Kolleginnen und Kollegen, die nach uns kommen, müssen sie aus ihren Haushalten finanzieren. Dann wird es richtig lustig werden. Dann wird wirklich kein Spielraum bleiben. Schuld sind diejenigen, die heute aktiv und verantwortlich sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sprachen vom Handelsblatt-Ranking. Ich komme jetzt zum Zukunftsrat. Das kann ich nicht auslassen, auch wenn wir vorhin bereits darüber gesprochen haben. Meine Heimatstadt Aschaffenburg liegt in diesem Ranking auf Platz fünf, nach München. Dann lese ich die Empfehlung des Zukunftsrates der Staatsregierung. Dort kommt Aschaffenburg, das westliche Unterfranken, überhaupt nicht vor. Die Karte Bayerns im Bericht des Zukunftsrates hört nach Würzburg auf. Das westliche Unterfranken existiert für diesen Zukunftsrat nicht. Aschaffenburg, der bayerische Untermain und der Spessart sollen sich eine neue Heimat suchen. Ich habe nach Empfehlungen gesucht. Würzburg wird zumindest empfohlen, sich nach Frankfurt zu orientieren. Das ist schon einmal nicht schlecht. Bayerisch Rhein-Main wird sicher gerne von Hessen aufgenommen. Ganz zu schweigen von den Oberfranken oder den Niederbayern, denen empfohlen wird, nicht auf Bayern zu setzen und sich anderweitig zu orientieren.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Nach Böhmen!)

Herr Ministerpräsident, ich bin sehr dankbar, dass Sie gesagt haben, dass diese Entscheidungen hier getroffen würden und Sie Politik für ganz Bayern machen wollten. Wir werden Sie als GRÜNEN-Landtagsfraktion an diesen Worten messen. Da können Sie sicher sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie reden von Mitmach-Demokratie - ein schönes Thema. Sie rühmen sich ernsthaft für Bürger- und Volksentscheide, ohne dabei zu grinsen. Sie haben dies nicht ironisch gemeint. Dabei vergessen Sie jedoch, wer für Bürger- und Volksent-

scheide in Bayern gekämpft hat. Das war nämlich die Opposition.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da hat die CSU nicht mitgeholfen. Wenn ich mich richtig erinnere, mussten Sie im letzten Jahr beim Volksentscheid zum Nichtraucherschutz zum Jagen getragen werden, weil Sie keine Entscheidung treffen konnten. Kommen Sie uns bitte nicht mit Bürgerbeteiligung. Dort, wo die Bevölkerung gefragt werden sollte, verstecken Sie sich hinter Verwaltungsakten. Das hat man erst jetzt wieder gesehen. Zur Aussetzung der zweiten Anhörung zur dritten Startbahn sagte die Regierung von Oberbayern: Die brauchen wir nicht mehr. Da ist alles gesagt worden. Beteiligung ist für die CSU auf Landesebene immer noch ein Fremdwort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich habe Ihre Ankündigung schon mitbekommen: Am 26. Februar werden Sie über die Homepage zum Thema "Aufbruch" zum Volk reden. Zu diesem Zeitpunkt wird dies aber im Landtag schon behandelt worden sein. Den Bürgerinnen und Bürgern wird somit gesagt, wie es läuft. Das ist Dialog, wie ihn die Staatsregierung versteht. Das finde ich interessant.

Allerdings würden wir uns sehr freuen, wenn sich dies ändern sollte. Falls Sie wirklich auf den Dialog setzen sollten, fragen Sie die Bürgerinnen und Bürger in Oberfranken - in Coburg haben wir unsere Klausur hinter uns gebracht -, wie dort die Stromleitungen gebaut werden sollen. Wie und wo sollen sie verlaufen? Fragen Sie die Menschen an der Donau, ob sie den Ausbau des letzten frei fließenden Stückes der Donau wollen. Fragen Sie die Menschen rund um den Münchner Flughafen, ob sie die dritte Startbahn wollen. Fragen Sie besser schnell, denn die Menschen dort sind inzwischen bereit, ein zweites Stuttgart 21 auch in Bayern umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fragen Sie doch einmal die Bevölkerung, wie sie zu dem Ausstieg aus dem Ausstieg der Atomkraft steht. Ich bin gespannt, ob Sie das Echo dieser Frage politisch überleben würden.

Herr Ministerpräsident, wieder diese Mär vom schuldenfreien Haushalt. Auch Kollege Schmid hat sie wieder erwähnt. Und wieder rufen wir hinzu: Bayern hat mit der Stützung der BayernLB im Jahre 2008 den Sündenfall begangen. Die Verschuldung Bayerns ist seit 2008 um ein Drittel gestiegen. Ich sage nicht, die Stützung war nicht nötig. Der Landtag hat dieser mit

Mehrheit zugestimmt. Diese Stützung war nötig, weil Sie mit anderen Akteuren bei der Aufsicht versagt haben. Sie können niemandem erzählen und der Bevölkerung nicht vormachen, dass es einen schuldenfreien Haushalt gibt, seitdem Sie an der Macht sind. Das ist nicht wahr, Herr Ministerpräsident. Es wird nicht wahrer, je öfter Sie es sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben ebenfalls gesagt, die Landesbank schreibe schwarze Zahlen. Warum darf sie dann nicht die Garantiegebühr für diese 10 Milliarden Euro zahlen? Warum zahlen wir als Freistaat die 400 Millionen Euro Zinsen jedes Jahr? Die SPD hat gestern ihre tickende Schuldenuhr vorgestellt. Dieses Geld, diese jährlich zu zahlenden 400 Millionen Euro, wäre das Geld für einen wirklichen Aufbruch, Herr Ministerpräsident. Dieses Geld fehlt jedes Jahr in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich habe den Eindruck, Sie sind ein Mann ohne Vergangenheit.

(Lachen bei den GRÜNEN - Margarete Bause (GRÜNE): Aber auch ohne Zukunft!)

Was in der Vergangenheit war, zählt für Sie nicht.

Das war vor Ihrer Zeit. Mit der Vergangenheit haben Sie nichts zu tun. Das ist die Vergangenheit der Hubers, der Becksteins und der Stoibers. So funktioniert das nicht, Herr Ministerpräsident. Ein Ministerpräsident hat auch mit der Vergangenheit zu tun.

(Josef Miller (CSU): Er schaut in die Zukunft!)

- Ja, er schaut in die Zukunft. Er muss jedoch an die Vergangenheit denken, wenn er in die Zukunft schaut; denn ohne Vergangenheit gibt es keine Zukunft, lieber Herr Kollege. Das ist ganz klar.

Sie reden davon, dass Schulden machen nicht richtig sei, verschulden sich aber an der Zukunft Bayerns. Den Versorgungsfonds habe ich schon erwähnt. Seit Jahren lassen Sie die Infrastruktur verkommen. Der ORH gibt Ihnen jährlich die Hausaufgaben auf. Dabei handelt es sich um die staatlichen Liegenschaften, die zum großen Teil immer noch nicht energetisch saniert sind, oder die 16.000 Kilometer Staatsstraßen, denen Sie jedes Jahr neue Kilometer hinzufügen. Die bestehenden Straßen lassen Sie jedoch nicht sanieren. Im aktuellen Haushalt sparen Sie am Bauunterhalt. Das ist einfach. Ein Gebäude kann sich nicht wehren. Herr Ministerpräsident, die Generalsanierung wird kommen. Ihnen ist das jedoch egal. Aktuell setzen Sie auf

den billigen Effekt eines Aufbruchs, aber sparen beim Unterhalt.

(Zuruf des Abgeordneten Alfred Sauter (CSU))

- Lieber Herr Kollege, ich akzeptiere jeden Straßenbau, solange dieser die bestehenden Straßen erhält. Sie wollen immer nur neue Straßen bauen, damit Sie sich feiern lassen können. Wir wollen die Straßen erhalten. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alfred Sauter (CSU): Wollen Sie den Straßenbau oder nicht?)

Wir wollen Straßen erneuern, wo sie marode sind. Das ist doch logisch. Wir sind zuständig für die Investitionen in unsere Infrastruktur.

(Zuruf von der CSU: Zuständig sind wir für gar nichts!)

- Lieber Kollege, das wird sich bald ändern, wenn Sie so weitermachen. Sie sollten vorsichtig sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie reden von Nachhaltigkeit und verweigern sich eigenen echten Sparanstrengungen. Gekürzt wird bei den Beamtinnen und Beamten. Die können sich nicht wehren. Sie werden demotiviert.

(Klaus Dieter Breitschwert (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Was ist, wenn sie nächstes Jahr keine Sonderzahlungen mehr erhalten, wenn sie 25 Jahre im Staatsdienst sind? Was ist dann? Den Beamtinnen und Beamten wird gesagt: Das können wir uns nicht mehr leisten. Ich frage Sie, wie Sie reagieren würden. Sie wären sicherlich motiviert, engagiert für diese Staatsregierung weiterzuarbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben gemerkt, wie sehr Sie auf Steuermehreinnahmen gehofft und gewartet haben, bis im November die Zahlen endlich vorlagen. Wir haben gemerkt, wie glücklich Sie darüber waren, dass Sie nicht wirklich sparen müssen. Denn Sie haben gar kein eigenes Sparkonzept und keinen eigenen Sparwillen gehabt. Ohne die letzten Privatisierungserlöse wären Sie ein weiteres Mal nicht mehr in der Lage gewesen, Ihren Haushalt auszugleichen. Wenn es mit dem Sparen ernst wird, kneifen Sie. Das ist die Realität.

Jetzt kommt der "Aufbruch Bayern". Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir jetzt den "Aufbruch Bayern" haben, was war denn in Bayern bis jetzt? Gab es Still-

stand, oder wie ist das zu verstehen? Jetzt haben wir den Aufbruch; was war vorher?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben Nordrhein-Westfalen erwähnt. Ich wusste vorher, dass Sie das nicht lassen können. Es ist auch zu schön, wenn eine rot-grüne Regierung vom Verfassungsgericht die gelbe und nicht die rote Karte präsentiert bekommt. Sie vergessen nur Folgendes, liebe Kolleginnen und Kollegen, und da kommt wieder die Vergangenheitsbewältigung des Ministerpräsidenten ins Spiel: Ich habe die Begründung des Urteils gelesen. Ich glaube, wenige von Ihnen haben sie gelesen. Das Gericht weist in der Begründung sehr wohl darauf hin, dass die alte Regierung schon 6,7 Milliarden Schulden machen wollte. Wer war denn die alte Regierung? Schwarz-Gelb! So sieht es aus.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich sage es einmal mit einem Beispiel, das auch jeder CSUler versteht, weil er nur an Autos denkt. Die alte Regierung fährt ein Auto an die Wand. Dann kommt die neue Regierung, die wirklich für Aufbruch steht und braucht Geld, um das Auto wieder fahrbar zu machen. Dann kommt die alte Regierung und sagt: Halte den Dieb. Das nenne ich absolut frech und unglaublich. So kritisieren Sie aber andere Regierungen für deren Tun, obwohl Sie noch gar nicht wissen, wie das Gericht entscheiden wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem ist es doch ganz einfach. Es gibt Neuwahlen in NRW. Aber da wird es spannend. Da gilt dann nicht mehr die Haushaltspolitik als wichtig. Da sind Schulden ganz uninteressant. Dann gilt nur noch die Frage: Werde ich wiedergewählt oder nicht? Die FDP wird rausfliegen, so wie es aussieht, und die CDU wird noch schwächer werden, als sie jetzt schon ist.

(Thomas Hacker (FDP): Freut euch nicht zu früh!)

Halten wir deshalb die Füße still und hoffen, dass das Gericht so entscheidet, wie wir es wollten. Das nenne ich Unfähigkeit zur Politikgestaltung. Dafür haben Sie gestern mit Ihren beiden Kollegen in Stuttgart wieder das beste Beispiel gegeben. Da treten die scheinbar mächtigsten Männer in Deutschland zusammen, bejammern die Situation, dass sie über Jahre hinweg in den Länderfinanzausgleich zahlen müssen, und dann sagen sie, wir klagen. Das ist mächtig, das ist Politikverständnis. Ich habe es hier schon einmal gesagt: Für mich ist das Verweigerung von Politik.

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin gesagt, Sie bieten den Dialog an. Im Endeffekt aber haben Sie den Knüppel in der Hand und sagen: Wir reden gerne mit euch, aber wenn ihr nicht wollt, dann kommen wir mit dem Knüppel. Das ist für mich absolut keine Politik, die man machen kann. So kann Politik nicht laufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gut ist, dass auch die konservative Presse ihre Personality-Show, die Sie gestern für den Kollegen Mappus abgezogen haben, damit er seinen Wahlkampf besser führen kann, richtig kommentiert. Die FAZ schreibt: "Dem faulen Kompromiss, dem die CSU 1999/2001 zugestimmt hat, hätten damals jene drei unionsgeführten Länder zugestimmt, die jetzt wieder mit einer Klage in Karlsruhe drohen. Wahrscheinlich ist aber, dass das für den Wahlkampf in Baden-Württemberg ausgegrabene Kriegsbeil im Sommer wieder stillschweigend eingegraben wird." Es herrschen großes Tohuwabohu und große Empörung über den Länderfinanzausgleich. Im Endeffekt aber sind Sie nicht in der Lage, mit drei Finanzministerien einen eigenen Vorschlag vorzulegen, der solidarisch ist, der alle Länder unterstützt - natürlich auch Bayern - und der von den anderen Nehmerländern zu akzeptieren wäre. Sie sind dazu nicht in der Lage. Sie drohen mit der Klage. Das ist Politikverweigerung, das ist eine Politik, die so nicht akzeptiert werden kann.

(Zuruf von der CSU: Was wollen Sie tun?)

Wir haben sogar einen Vorschlag. Wir stellen uns nicht wie Sie hin und sagen, die Gerichte werden schon entscheiden, die Gerichte werden so entscheiden, wie wir es wollen. Wir, die GRÜNEN in Baden-Württemberg, Hessen und Bayern, haben einen Vorschlag, den wir auf den Tisch legen werden. Darüber werden Sie sich wundern.

(Zuruf von der CSU: Wollen Sie weniger oder mehr zahlen?)

- Natürlich wollen wir weniger zahlen. Es geht doch darum, dass wir unsere Steuermehreinnahmen auch behalten dürfen. Das gilt für alle Länder und nicht nur für Bayern. Diesen Vorschlag werden wir Ihnen auf den Tisch legen. Dessen können Sie sich sicher sein.

(Thomas Hacker (FDP): Bis jetzt hört sich das ja gut an!)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich habe mich sehr geärgert über das Nichts, das Sie uns heute als großen Wurf verkauft haben. Ich habe mich auch über die Wortwahl geärgert, mit der Sie vorgeben, Menschen zu unterstützen und alle mitzunehmen. In Wirk-

lichkeit haben Sie aber nur ganz bestimmte Menschen im Blick. Ich habe es hier an dieser Stelle schon einmal gesagt: Das wahre Tun bildet sich im Haushalt ab. Deshalb sollte man nicht unbedingt darauf hören, was ein Ministerpräsident sagt, und auch nicht immer auf das, was die Opposition zu sagen hat. Das mag im politischen Spiel nicht so wichtig sein. Man sollte sich an den Haushalt halten, und darin sehen wir sehr wohl, ob es ihnen darum geht, alle Menschen mit diesem Haushalt, der in den nächsten Wochen von dieser Regierung vorgelegt werden wird, mitzunehmen. Ich lese Ihnen eine aktuelle dpa-Meldung vor. "Verbände protestieren gegen Kürzungen in Behindertenbereich." 3 Millionen weniger als bisher sehen Sie vor. Die Ministerin sagt, das sei alternativlos. "Alternativlos" ist das Unwort des Jahres. Das ist Politikunfähigkeit und nichts anderes, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat für die FDP-Fraktion Herr Kollege Zeil das Wort.

Martin Zeil (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren von der Opposition, ich habe Ihnen über einige Stunden aufmerksam zugehört.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist ja gar nicht wahr!)

Ich muss mich fragen: Wovon reden Sie hier eigentlich? Von welchem Land reden Sie? Bayern können Sie nicht gemeint haben.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Rinderspacher wollte wissen, wie Bayern 2030 aussehen wird. Ich sage es Ihnen. Wir haben in den letzten zwei Jahren gemeinsam einen Modernisierungsschub für dieses Land gegeben. Wir starten jetzt mit "Aufbruch Bayern" durch, und dieses Land wird 2030 einen glänzenden Zustand haben - und es wird von uns regiert werden, nicht von Ihnen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Natürlich gibt es zwischen Regierung und Opposition immer unterschiedliche Wahrnehmungen und Gewichtungen. Das, was Sie hier tun, hat mit der Realität gar nichts mehr zu tun. Sie stellen die Lage einfach auf den Kopf, und der Vorsitzende der SPD-Fraktion redet von Räum- und Streufahrzeugen, wenn es um die Zukunft Bayerns geht.

Lassen wir doch einmal die Fakten sprechen, die für jede Bürgerin und für jeden Bürger nachvollziehbar sind. Bayern hat unter der gemeinsamen Regierung von CSU und FDP die schwerste Wirtschaftskrise der letzten 80 Jahre im Rekordtempo überwunden. Der Freistaat boomt. 2010 dürften wir ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 3,5 bis 4 % erreicht haben. Meine Damen und Herren, vom Aufschwung profitieren alle, vor allem aber jene, die durch unsere Politik wieder einen Arbeitsplatz gefunden und ihr Selbstwertgefühl zurückbekommen haben. Bayern hat die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland. 2010 lag sie im Durchschnitt bei nur noch 4,5 %. Mit 4,66 Millionen gab es noch nie so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Freistaat wie im letzten Herbst. Das ist der Aufschwung von Schwarz-Gelb und nicht von Rot-Grün, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

2011 verspricht noch mehr Arbeitsplätze und höhere Einkommen. Ich halte ein Wachstum von 2,5 % und mehr für möglich. Bayern hat die besten Zukunftsperspektiven. Der letzte Zukunftsatlas von Prognos hat es erneut bestätigt: Die Spitzenstandorte Deutschlands liegen hier. Dort, wo Rot-Grün nicht regiert, geht es den Menschen gut.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Bayern ist ein Premiumland. Das liegt auch an den Parteien, die dieses schöne Land regieren.

(Zurufe von und Widerspruch bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Die Menschen im Freistaat Bayern wissen das. Sie wollen, dass dies so bleibt. Die hervorragende Bilanz Bayerns kommt nicht von ungefähr. Sie ist das Ergebnis einer einmaligen Gemeinschaftsleistung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

(Beifall bei der FDP)

Es hat sich auch der fundamentale Unterschied zwischen unserer Wirtschaftspolitik nach dem klaren Kompass der sozialen Marktwirtschaft und einem staatsgläubigen Aktionismus gezeigt. Die Strategie der Staatsregierung ist der deutlichste Kontrast zu Rot-Grün. Hätten wir, wie von manchen in der Opposition vor zwei Jahren gefordert, Schuldenprogramme in Höhe von rund einer Milliarde Euro aufgelegt, wären wir heute tief in den roten Zahlen

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sind wir doch!)

und ohne Spielraum für die Zukunftsgestaltung.

(Beifall bei der FDP)

Schulden, Schulden, Schulden, das ist Ihre Politik.

(Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Mit uns ist das in Bayern nicht zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind, meine Damen und Herren, keine unverantwortlichen Risiken zulasten der Steuerzahler eingegangen, auch wenn das beileibe nicht immer einfach und bequem war.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Gerade deshalb steht Bayern heute besser da als andere Länder. Gerade deshalb stehen wir an der Spitze.

Wir geben uns aber mit dem Erreichten nicht zufrieden. Wir haben erneut einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden aufgelegt.

(Widerspruch bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Wir bauen Subventionen ab und investieren darüber hinaus eine Milliarde in die Zukunft. Herr Rinderspacher, während Rot-Grün in Tateinheit mit den Kommunisten Nordrhein-Westfalen ruiniert, machen wir unseren Freistaat mit dem Programm "Aufbruch Bayern" fit für den internationalen Wettbewerb.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Dies ist der Unterschied, meine Damen und Herren, den man den Bürgern immer wieder deutlich vor Augen führen muss.

(Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es braucht höchste Richter, Herr Rinderspacher, um Sie vom Schuldenmachen abzuhalten und die Politik von Frau Kraft außer Kraft zu setzen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, "Aufbruch Bayern" stellt die nächste Stufe zur Erneuerung des Freistaats für das 21. Jahrhundert dar. Unser Programm "Aufbruch Bayern" untermauert, dass der Freistaat im Konzert der Bundesländer die erste Geige spielt. Wir investieren in Bayern diese Milliarde gezielt in Schlüsselberei-

che, die letztlich über die Zukunft unseres Landes und das Lebensgefühl unserer Bürger entscheiden. Für die Familien stärken wir den Ausbau der Kinderbetreuung, weil Bayern hier einen Modernisierungsschub braucht. Der Staat darf den Menschen nicht vorschreiben, wie sie leben wollen und für welches Modell sie sich entscheiden. Er muss aber dafür sorgen, dass vor allem junge Menschen jene Einrichtungen vorfinden, die ihnen bei ihrer Lebensplanung mit Rat und Tat zur Seite stehen. Nur so erreichen wir, dass Frauen und Männer Beruf und Familie vereinbaren können. Nur so erreichen wir, dass das Premiumland Bayern auch zum Wohlfühlland für Eltern und Kinder wird. Dabei geht es nicht nur um Gebäude, Personal und Geld. Es geht darum, dass das Verständnis und das konkrete Handeln auf allen staatlichen Ebenen, aber auch in der Wirtschaft und im gesellschaftlichen Zusammenleben noch viel stärker auf die Bedürfnisse von Eltern und Kindern ausgerichtet werden.

(Beifall bei der FDP)

Es war gerade meiner Fraktion ein besonderes Anliegen, die mit der Bildung dieser Koalition eingeleitete Bildungsoffensive kraftvoll fortzusetzen. Jeder Euro, den wir in Schule, Ausbildung, Hochschule und Wissenschaft investieren, wird für die Chancen unserer jungen Menschen reiche Rendite bringen. Wir investieren 150 Millionen Euro in den Ausbau der Ganztagsangebote und der Qualität der bayerischen Schulen, die 2.000 zusätzliche Lehrkräfte bekommen. Wo finden Sie so etwas im Rest Deutschlands? - Nirgendwo. Das ist einmalig, und das macht uns so schnell keiner nach.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Weil wir viel nachzuholen haben!)

Die Opposition hätte zu gerne eine Kampagne wegen angeblich nicht gehaltenen Wahlversprechen gestartet. Diese Kampagne können Sie in die Mottenkiste stecken. Für uns gilt: Wir haben es den Menschen versprochen, und wir halten Wort.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Gleiches gilt für die Wissenschaftspolitik meines Kollegen Heubisch.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir nehmen 900 Millionen Euro in die Hand, um die Hochschulen auszubauen und zu modernisieren. Konkret trifft das für die Fachhochschulen in Regensburg, Ingolstadt, Weihenstephan und Herrsching zu. In Ruhstorf an der Rott wird die Fachhochschule

Landshut ein Technologietransferzentrum mit modernen Energieversorgungskonzepten gründen. Insgesamt schaffen wir an unseren Hochschulen 38.000 neue Studienplätze, 3.000 neue Stellen sowie die dafür notwendigen räumlichen Kapazitäten, damit Bayern vorne und vor allem für junge Menschen das Chancenland bleibt, das ihnen mit attraktiven Arbeitsplätzen den Weg für ein erfülltes Leben im Wohlstand bietet. Das sind Fakten. Das ist konkretes Handeln, meine Damen und Herren. Sie theoretisieren herum, wir handeln.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Mit Innovationen auf der Basis der vom Kollegen Heubisch und mir entwickelten gemeinsamen Forschungs- und Innovationsstrategie für den Freistaat Bayern sichern wir die Grundlagen für den wirtschaftlichen Erfolg Bayerns. Ich fordere Sie auf, schauen Sie sich die Liste dieser Projekte genau an; dazu haben Sie gar nichts gesagt. Sie werden kein einziges finden, das nichts mit Innovation zu tun hat.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wir schaffen mit weiteren 45 Millionen Euro schnelle Breitbandverbindungen und schließen damit die letzten Lücken auf dem flachen Land.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Weil es große Löcher gibt!)

Seit meinem Amtsantritt sind die Mittel dafür von 19 Millionen Euro auf fast 100 Millionen Euro angewachsen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Weil wir vorher nichts hatten!)

Der Erfolg unseres Programms gibt uns recht. Herr Aiwanger ist leider nicht mehr da. Ich kann ihm aber sagen: 51 Millionen Euro von dem Volumen haben wir bereits für die Förderung ausgegeben. Wir investieren mehr als 60 Millionen Euro in die Entwicklung der Elektromobilität und damit in eine der Schlüsseltechnologien, die für den Automobilstandort Bayern von essenzieller Bedeutung sind. Wir machen das Leuchtturmprojekt "Elektromobilität verbindet Bayern auf der Achse München - Ingolstadt - Nürnberg". Wir schaffen in Augsburg ein neues Anwenderzentrum für modernste Karbonfasertechnologie. Wir errichten eine Solarfabrik der Zukunft.

Herr Kollege Mütze, ich habe mich sehr gewundert. Hier geht es nicht um Massenproduktion von irgendwelchen Paneelen, sondern es geht um Zukunftstech-

nologie. Nun sind die GRÜNEN auch noch gegen die Solarenergie. Da soll sich noch einer auskennen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir stärken die Standortkompetenzen beim Thema Design Tech Nürnberg. Wir investieren zehn Millionen Euro in das Europäische Zentrum für die satellitengestützte Katastrophenvorsorge und das Krisenmanagement bei der DLR in Oberpfaffenhofen. Wir stärken die molekulare Biosystemforschung. Wir errichten an beiden Standorten der Hochschule Amberg - Weiden je ein Technologietransferzentrum mit den Schwerpunkten Energieeffizienz und Medizintechnik. Wir schaffen im Allgäu ein Netzwerk der Hochschule Kempten an den Standorten Memmingen, Kaufbeuren und Kempten. An der Hochschule Regensburg bauen wir ein Innovationszentrum für IT-basiertes Ingenieurwesen, von dem die Studierenden und die regionale Wirtschaft gleichermaßen profitieren.

Meine Damen und Herren, wer das innovative Potenzial dieser Maßnahmen nicht erkennt oder nicht erkennen will, sitzt zu Recht auf den Oppositionsbänken und wird dort auch sitzen bleiben.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Widerspruch bei der SPD)

Unsere erfolgreiche Innovationspolitik stärkt die Infrastruktur, stärkt die Forschungslandschaft und die Energiekompetenz der bayerischen Wirtschaft. Damit bleibt Bayern Impulsgeber und Schrittmacher der Hochtechnologie und wird diese Spitzenposition nicht nur verteidigen, sondern weiter ausbauen. Gerade im Hightechbereich dürfen wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Andere Länder holen mit großen Schritten auf. Unsere Wettbewerber schlafen nicht. Ganz im Gegenteil, sie sind hellwach. Bayern kann sich der neuen Konkurrenz auf dem Technologiesektor selbstbewusst stellen. Die bayerische Wirtschaft bietet hoch innovative Produkte, Dienstleistungen und Systemlösungen an, die für die Bedürfnisse rasant wachsender Schwellenländer und für die Anforderungen der globalen Megatrends maßgeschneidert sind. Wir sind für den weltweiten Wettbewerb mit "Aufbruch Bayern" gerüstet. Das ist die Philosophie, die dahintersteckt, das haben Sie nur noch nicht erkannt. Die Bayerische Staatsregierung leistet mit diesem Programm einen wesentlichen Beitrag dazu, dass der Freistaat technologisch an der Spitze bleibt.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum ländlichen Raum sagen. Das ist mir besonders wichtig. Dieses Programm ist ein Programm für alle Regionen des Freistaats. Gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen und bestmögliche Zukunftschancen für alle unsere Bürger haben für uns weiterhin oberste

Priorität. Wir stehen uneingeschränkt zu dem Grundsatz: Alle Regionen Bayerns werden in ihrer wirtschaftlichen Weiterentwicklung unterstützt. Bayern bleibt ein Land der Chancen und Heimat für alle seine Bürger, ganz egal, aus welchem Kulturkreis sie kommen mögen.

Jeder Raum hat seine Stärken. Überall in Bayern finden wir besondere Fähigkeiten, die aus den Regionen und den jeweiligen Kompetenzen entstanden sind. Wir haben unzählige sogenannte hidden champions gerade im ländlichen Raum. Bei den Innovations-Gutscheinen haben wir es doch gesehen: Gerade die Betriebe im ländlichen Raum strotzen vor Innovationskraft. Wir fördern deshalb wichtige Zukunftsfelder wie beispielsweise die Elektromobilität ganz bewusst in Modellregionen außerhalb der Metropolen. Unser Regierungsprogramm "Aufbruch Bayern" setzt ganz bewusst Schwerpunkte beim weiteren Ausbau von Technologietransferzentren in allen Landesteilen. Damit schaffen wir schon heute die Arbeitsplätze von morgen. Davon profitieren auch der Mittelstand und das Handwerk, die gerade im ländlichen Raum des Rückgrat der bayerischen Wirtschaft sind. Wir verstärken auch den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und erleichtern insbesondere kleinen und mittleren Betrieben den Technologietransfer.

Auch unser Breitbandprogramm kommt in erster Linie dem ländlichen Raum und dem Mittelstand zugute. Unser Ziel ist und bleibt, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht umgekehrt. Jeder Arbeitsplatz in den Regionen stärkt ganz Bayern. Ohne die Zulieferer auf dem flachen Land, ohne deren Know-how könnten die Metropolregionen gar nicht existieren. Ich sage deshalb hier ganz bewusst: Bayern lässt sich nicht auf dem Reißbrett entwickeln, so gut dabei auch manches gemeint sein mag. Die Lebenswirklichkeit in Bayern ist bunter, sie ist vielfältiger als so manche Theorie.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wir verdammen deshalb aber nicht den Zukunftsrat und seine honorigen Mitglieder, sondern setzen uns in einer lebendigen Diskussion mit seinen Thesen auseinander.

(Alexander König (CSU): Auch richtig!)

Für mich ist eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die Lösungen für die Herausforderungen der Zeit liefert, das zentrale Ziel. In diesem Sinne wollen wir alle gesellschaftlichen Kräfte für ein verantwortungsvolles, ökonomisch und ökologisch nachhaltiges Wachstum mobilisieren. Unser Programm "Aufbruch Bayern" wird für die Erreichung dieses Zieles

eine wichtige Etappe sein. Zur Nachhaltigkeit gehört auch, dass wir entschlossen die Lehren aus der Landesbankkrise ziehen.

(Maria Noichl (SPD): Ehrlich?)

- Wir haben die Weichen neu gestellt. Vielleicht ist Ihnen das entgangen. Wir haben für den Verwaltungsrat neue, unabhängige Fachleute gefunden.

(Unruhe bei der SPD)

Wir haben der internationalen Großmannssucht in der Geschäftspolitik einen Riegel vorgeschoben. Wir haben auch dafür gesorgt, dass sich die Bank künftig erfolgreich auf ihre bayerischen Wurzeln und ihre Verantwortung für den Mittelstand konzentrieren kann.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Sie dürfen ganz sicher sein: Die juristische Aufklärung und Aufarbeitung der Vergangenheit erfolgt ohne Ansehen der Person und nach streng rechtsstaatlichen Regeln und Erfordernissen.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Es ist unbestritten, dass hier schwere und für den Steuerzahler auch kostspielige Fehler gemacht worden sind. Ich erwarte, dass sich jeder zu seiner Verantwortung bekennt und für seine Fehler gerade steht.

(Unruhe bei der SPD)

Wenn Sie hier aber behaupten, diese Staatsregierung hätte das Vermögen der Steuerzahler verschleudert, dann ist das schlicht die Unwahrheit. Meine Damen und Herren, wir haben alle Maßnahmen getroffen, um das Vermögen der Steuerzahler zu sichern.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Unruhe bei der SPD)

Unser Programm "Aufbruch Bayern" beweist eindrucksvoll: Die Staatsregierung arbeitet an der Zukunft und bietet Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Schmarren!)

Von der Opposition lässt sich das bei noch so gutem Willen nicht behaupten. Wenn wir die Mobilität beim ÖPNV umweltverträglich verbessern wollen, wie beispielsweise durch eine zweite S-Bahn-Strecke, dann sagen die GRÜNEN hierzu Nein.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Wenn wir Pumpspeicherkraftwerke bauen wollen, damit regenerative Energien effizienter genutzt werden können, dann sagen auch hierzu viele GRÜNE Nein.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wenn wir mit ökologischen Olympischen Winterspielen 2018 für ein neues Bayern werben und die ganze Welt für ein paar Wochen bei uns zu Gast haben wollen, dann sagen die GRÜNEN auch hierzu Nein. Sie von den GRÜNEN versprechen uns immer eine schöne neue grüne Welt.

(Barbara Stamm (CSU): Eine heile Welt! - Alexander König (CSU): Ja, eine heile Welt!)

Immer, wenn es konkret wird, bremsen und blockieren sie aber, und das oft nicht aus Überzeugung, sondern aus rein parteitaktischem Kalkül.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von der FDP: Bravo, bravo!)

Mit dieser zynischen Haltung kann man aber nicht nur keinen Aufbruch in Bayern wagen, Sie versündigen sich auch an den Zukunftschancen unserer Kinder und Enkelkinder.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Nun zu Ihnen von der SPD. Auf Bundesebene arbeiten Sie nun schon seit langer Zeit an einem Fortschrittspapier. Wir brauchen aber keine Papiere, sondern konkrete Initiativen, doch dazu hört man von Ihnen leider nicht sehr viel.

(Isabell Zacharias (SPD): Ganz anders als von der FDP!)

Die Staatsregierung handelt stattdessen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat. Wir haben die Kraft, die Ideen und die Mittel, um in die Zukunft zu investieren und um die Zukunft zu gestalten. Die zweite Hälfte der Legislaturperiode steht deshalb unter dem Motto: "Aufbruch Bayern".

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend betonen: Wenn wir uns im globalen Wettbewerb behaupten wollen, wenn wir die Schuldenlasten überwinden wollen, wenn wir die Folgen des demografischen Wandels bewältigen, den Klimawandel eindämmen und die Ressourcen effizienter nutzen wollen, müssen wir alle Innovationspotenziale unserer Gesellschaft mobilisieren und die Grundlagen für eine nachhaltige wirtschaftliche Dynamik legen. Innovation

und Fortschritt sind kein Selbstzweck, sie dienen den Menschen in Bayern und verbessern ihre Lebenschancen, so wie unsere Familienpolitik den Kindern und ihren Eltern hilft und unsere Bildungspolitik den jungen Menschen. Das Regierungsprogramm "Aufbruch Bayern" stellt eine neue Stufe der Politik der Staatsregierung dar.

(Isabell Zacharias (SPD): Das ist wahr!)

Wir sichern die Arbeitsplätze und den Wohlstand von morgen. Weil wir in Bayern für die Arbeitnehmer und für die Unternehmen die bessere Politik machen, kann sich unser Land auch besser entwickeln. Ich verspreche Ihnen: Jeder Euro, den wir in die Megatrends der Zukunft investieren, wird dem Freistaat und seinen Bürgern schon bald reiche Rendite bringen. Haben Sie schon einmal in die Augen eines Menschen geschaut, der nach längerer Zeit wieder Arbeit gefunden hat? - Wenn ja, dann wissen Sie, wofür es sich lohnt zu arbeiten und zu kämpfen.

(Lang anhaltender Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: (Vom Redner nicht autorisiert) Danke schön, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit sind die Aussprache und auch der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Das marode ABS-Portfolio der BayernLB, ein Fass ohne Boden mit Unsicherheiten ohne Ende: Welche Milliarden-Risiken verschweigt Minister Fahrenschon?"

Die vorschlagsberechtigte SPD-Fraktion hat das Thema für die heutige Ministerbefragung benannt.

Zuständig für die Beantwortung ist der Staatsminister der Finanzen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wäre schön, wenn er da wäre, dann könnten wir ihn ja fragen! - Markus Rinderspacher (SPD): Der Fragesteller steht bereit!)

Ich höre gerade, der Staatsminister der Finanzen ist schon unterwegs. Herr Kollege Halbleib, fairerweise muss man sagen, dieser Punkt war für 17.30 Uhr angesetzt.

(Staatsminister Georg Fahrenschon betritt den Plenarsaal - Beifall bei der CSU)

Herr Staatsminister, Sie haben es fast pünktlich geschafft. Sie können nichts dafür, weil die Planung eine etwas andere war. Jetzt sind Sie da und der erste Fragesteller hat das Wort. Herr Kollege Halbleib, bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatsminister, ich bin ja froh, dass ich Sie wenigstens heute zum Schwitzen bringen konnte.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): (Vom Redner nicht autorisiert) Sie fangen jetzt schon an, zu übertreiben, Herr Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich darf mit der Frage beginnen. Herr Staatsminister, am 25. November vergangenen Jahres haben Sie in nichtöffentlicher Sitzung des Haushaltsausschusses über Ihre Einschätzung zur Entwicklung des sogenannten ABS-Portfolios bei der BayernLB berichtet. Nur wenige Tage später, am 7. Dezember vergangenen Jahres, hat der Bayerische Oberste Rechnungshof für die Öffentlichkeit neue und in ihrer Dimension so nicht bekannte Risiken für den Staatshaushalt in Milliardenhöhe bei der BayernLB identifiziert und im aktuellen Jahresbericht unter Textziffer 23 ausführlich dargestellt.

Diese Risiken beziehen sich auf das ABS-Portfolio der Bank, für das der Freistaat Bayern eine Garantie in Höhe von 4,8 Milliarden Euro gegeben hat.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Nach diesem Bericht des Obersten Rechnungshofes muss für den Staatshaushalt auf längere Zeit mit deutlich höheren Belastungen gerechnet werden, als mit einer Inanspruchnahme der Garantie in Höhe von 1,25 bzw. 1,635 Milliarden Euro, die seitens der Staatsregierung und auch von Ihnen seit Ende 2008 immer wieder genannt werden.

Deshalb meine Fragen. Herr Staatsminister, es geht dabei um weitere Milliarden der bayerischen Steuerzahler. Warum haben Sie nicht längst vor Erscheinen des Jahresberichts 2010 des Obersten Rechnungshofes die bayerische Bevölkerung darüber informiert, dass sich erstens das Rating des ABS-Portfolios seit der Vereinbarung über die Garantie drastisch verschlechtert hat, dass zweitens Zahlungsausfälle bei den ABS-Papieren nur durch massive Laufzeitverlängerungen in dramatischem Umfang vermieden werden konnten und die bayerischen Bürger drittens statt den immer wieder von Ihnen genannten 1,6 Milliarden Euro - schlimm genug - weiterhin mit 4,1 Milliarden Euro zusätzlich belastet werden können, wie Wirtschaftsprüfer in einem sogenannten Stresstest durchgespielt haben?

Warum haben Sie es nicht für erforderlich gehalten, die Öffentlichkeit rechtzeitig über diese negative Entwicklung zu informieren? Warum werden die bayerischen Bürger erst vom Obersten Rechnungshof informiert und nicht von der Staatsregierung?

Warum haben Sie die bayerischen Bürger nicht darüber informiert, dass die Zahlungsausfälle bei der BayernLB ohne Laufzeitverlängerung bei den ABS-Papieren bereits Ende 2009 7 Milliarden Euro betragen hätten, wie es der Oberste Rechnungshof im Jahresbericht ausgeführt hat? Warum musste erst der Oberste Rechnungshof der Bevölkerung darüber reinen Wein einschenken, dass erstens der Anteil der ABS-Papiere im Portfolio der BayernLB mit dem höchsten Rating Triple A innerhalb eines Jahres von 51,5% auf 23,1 % förmlich zusammengebrochen ist und dass zweitens der Anteil der akut ausfallgefährdeten Papiere - also schlechter als Single B - von 7,2 auf 30,3 % hochgeschneit ist, sodass sich damit Ende 2009 Schrottpapiere im Wert von 5,15 Milliarden Euro im Portfolio der BayernLB befanden? Warum haben Sie das der bayerischen Öffentlichkeit nicht rechtzeitig erklärt?

Wie erklären Sie der bayerischen Öffentlichkeit, dass die Einschätzung des bayerischen Finanzministers und die des Obersten Rechnungshofes so stark voneinander abweichen? Wie erklären Sie der bayerischen Bevölkerung, dass Sie weiterhin an der von Ihnen bereits Ende 2006 (sic) genannten Größenordnung von 1,6 Milliarden Euro prognostizierter Belastung aus der Garantie festhalten, obwohl nach Darlegung des Obersten Rechnungshofes gegenüber dem Szenario Ende 2008 massive und wesentliche Veränderungen, das heißt Verschlechterungen, eingetreten sind?

Wie erklären Sie diesen offensichtlichen Widerspruch zwischen Ihrer Darstellung und der ganz anderen Darstellung des Obersten Rechnungshofes? Wie erklären Sie der bayerischen Öffentlichkeit, dass eine massive Verschlechterung der Bonität dieser ABS-Papiere so völlig ohne Einfluss auf das Ausfallrisiko und damit auf die Höhe der Garantiesumme des Freistaats Bayern und der Steuerzahler ist?

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: (Vom Redner nicht autorisiert) Danke schön, Herr Kollege Halbleib. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort zur Beantwortung.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Halbleib, zunächst will ich mich für die Fragen bedanken. Ich muss mich noch entschuldigen. Wir hatten parallel

zum Plenum eine Abstimmung mit kommunalen Mandatsträgern über die Fraktionen hinweg zum Thema Weltkulturerbe Königsschlösser. Ich bitte um Entschuldigung. Ich habe diese Veranstaltung verlassen und stehe Ihnen jetzt selbstverständlich gerne Rede und Antwort.

Ich bin dankbar für Ihre konkreten Fragen, weil ich mir schon ein Stück weit Sorgen gemacht habe. Ich hatte mir ein wenig Sorgen gemacht über die SPD-Landtagsfraktion,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Über uns? Zuviel der Ehre!)

weil die Überschrift zur heutigen Fragestellung im Grunde Gefahr lief, eine Wiederholung unserer Diskussion im Haushaltsausschuss darzustellen. Ich war quasi schon ganz verwirrt, ob Sie am Ende zwar körperlich anwesend gewesen wären, aber wir es nicht geschafft hätten, die Zusammenhänge zu transportieren. Ich hätte auch erhebliche Schwierigkeiten, denn die Geschäftsordnung des Landtags verbietet es mir, aus dem Protokoll der Haushaltsausschusssitzung zu zitieren.

Jetzt stellt sich aber heraus, dass Sie eine ganze Reihe von Fragen haben, die ich gerne aufklären möchte. Ich muss allerdings eine Einschränkung machen: Auf die Fragen zu den Zahlen von 2006 kann ich Ihnen nichts antworten. Im Jahr 2006 habe ich hier keine Zahlen zu vertreten gehabt. Das muss irgendwie ein Informations-, Lese- oder Hörfehler sein.

Zum Ablauf. Herr Halbleib, ich kann es nicht nachvollziehen, denn Sie haben selber gerade die Antwort auf Ihre Frage gegeben. Es ist Tatsache, dass ich am 25. November dem Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hochaktuell gemeinsam mit dem zuständigen Vorstand der Bank, gemeinsam mit den Beratern, die das Finanzministerium in dieser komplexen Frage begleiten, Rede und Antwort gestanden habe - etwas Aktuelleres gibt es nicht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich habe gefragt, ob die Öffentlichkeit informiert wurde!)

Es gibt nichts Aktuelleres! Ich muss klipp und klar sagen. Das, was Sie als Vorwurf konstruieren, ist am Ende die intensive Zusammenarbeit, wie ich im Finanzministerium das Zusammenspiel mit dem Haushaltsausschuss des Landtags verstehe. Ich muss Ihnen sagen, die Tatsache, dass wir Sie aktueller als der Rechnungshof informiert haben, zeigt eigentlich nur, wie gut wir mit dem Haushaltsausschuss des Landtags kooperieren, weshalb mir auch so viel daran gelegen ist.

Sie haben natürlich das Problem, dass der Rechnungshof einen längeren Vorlauf hat. Sie wissen selber, der Rechnungshofbericht entwickelt sich Anfang des Jahres. Es werden Fragen gestellt, es werden Antworten entwickelt, man setzt sich mit Themen auseinander. Der Rechnungshof hat in seiner Feststellung zur Garantie des Freistaats für das ABS-Portfolio Folgendes ausgeführt: Durch massive Ratingverschlechterungen und Laufzeitverlängerungen sei mit einer höheren Inanspruchnahme aus der staatlichen Garantie als bisher angenommen zu rechnen.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

- Frau Noichl, ich bin hier angetreten, um die Antwort zu geben. Deshalb will ich einfach nur den Kollegen, die vielleicht nicht so intensiv in dem Thema sind wie Kollege Halbleib, die Möglichkeit geben, den Anschluss zu haben.

Die Verlustprognose für das mit der Garantie des Freistaats abgeschirmte ABS-Portfolio bei der BayernLB beträgt zum 30.09.2010 trotz eingetretener Ratingverschlechterungen und der Laufzeitverlängerungen weiterhin genau die 2,8 Milliarden Euro, die wir zum zweiten Nachtragshaushalt 2008 prognostiziert haben. Das Risiko hat sich somit seit Übernahme der Garantie im Dezember 2008 - da sind wir von einer Inanspruchnahme in Höhe von 2,825 Milliarden Euro ausgegangen - nicht wesentlich erhöht.

Das sind die Zahlen, das sind die Fakten. Das hängt mit zwei Effekten zusammen: Der eine betrifft die sogenannte Rating-Verschlechterung. Es ist richtig, dass in dem ABS-Portfolio eine massive Rating-Migration, also eine Verschlechterung der Ratings der einzelnen Wertpapiere, zu beobachten war. Wie ich das erkläre, lieber Herr Halbleib? Das ist Finanzmarktkrise, nichts anderes. Das, was vor der Finanzmarktkrise überall unter der Überschrift "AAA" angeboten worden ist, hat sich durch die Finanzmarktkrise weltweit in allen Portfolios aller Banken als nicht mehr "AAA" dargestellt. Die Verlustprognosen - das ist unser Vorteil; Sie wissen es und ich darf es hier auch in der Öffentlichkeit darstellen - werden mittlerweile nicht mehr auf der Basis dieser Ratings, also dieser über den dicken Daumen und um die ganze Welt an der Nase herumführenden Quasi-Projektionen, errechnet, sondern sie werden mittlerweile auf Basis der zu Grunde liegenden Fundamentalwerte jedes einzelnen Wertpapiers des Portfolios berechnet.

Diese Fundamentalwerte - Fachleute sprechen von den sogenannten intrinsischen Werten - liefern nicht nur eine deutlich bessere Prognosegüte ab, diese Fundamentalwerte waren auch nicht diesen Luftblasen der Ratings unterworfen. Für die Einschätzung

der Fundamentalwerte analysieren die Portfolio-Verwalter vielmehr die Zahlungsströme der garantierten Wertpapiere. Wir haben uns also seit der Übernahme der Verantwortung der Regierung Seehofer die Mühe gemacht, in der Bank weg von allgemeinen Ratings zu gehen und dort hinzukommen, wo wir für jedes Papier von über 1.100 Wertpapieren die konkreten Zahlungsströme prognostizieren. Ein Rating gibt immer nur eine Ausfallwahrscheinlichkeit an. Die großen Rating-Agenturen sagen Ihnen nur, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein bestimmtes Wertpapier jedenfalls 1 Euro verlieren wird. Sie sagen Ihnen nur, mit welcher Wahrscheinlichkeit sie nicht 100 Prozent zurückbekommen, aber sie sagen überhaupt nichts dazu, ob sie 1 Euro, 100 Euro oder 1.000 Euro verlieren. Rating gibt die Wahrscheinlichkeit eines Verlustes an, macht aber keine Angabe über die Höhe des Verlustes.

Das Verfahren, das wir herangezogen haben und bei dem jedes einzelne Wertpapier untersucht wird und seine Zahlungsströme analysiert werden, ist deshalb für die Verlustprognosen nach Einschätzung der Experten besser geeignet als das bisher verwendete Verfahren. Das war die zentrale Nachricht, lieber Herr Halbleib. Sie erinnern sich an die Diskussion im Haushaltsausschuss, die ich im Übrigen selber angeboten habe und bei der ich mich am Ende darum bemüht habe, den Haushaltsausschuss zu informieren. Nach diesem konkreten Verfahren ist jedenfalls aus heutiger Sicht nicht mit höheren Verlusten zu rechnen.

Ähnlich stellt es sich beim zweiten Thema des Rechnungshofes dar. Der Rechnungshof weist darauf hin, dass sich die Laufzeiten verändert haben. Auch dieser Hinweis ist richtig. Die erwarteten wirtschaftlichen Laufzeiten haben sich teilweise deutlich verlängert. Das habe ich am 25. November 2010 im Haushaltsausschuss erklärt. Auch hier gilt: Mir war wichtig, weil wir die Papiere jetzt genauer durchleuchten und das Marktgeschehen sehr genau verfolgen, den Haushaltsausschuss zu informieren. Auch hier gilt: Die Laufzeitverlängerung einzelner Wertpapiere erhöht das Risiko des Freistaats nicht. Die aktuell zum Stichtag 30. September 2010 getroffene Verlustprognose ist fast identisch mit dem Betrag, der im Dezember 2008 mittels ratingbasierter Simulationsmodelle für ein mittleres Ausfallszenario ermittelt wurde.

Das bedeutet, dass wir heute feststellen können: Wir sind mit dem Nachtragshaushalt 2008, dem zweiten Nachtragshaushalt, in eine besondere Verantwortung gegangen. Wir haben als Konsequenz die Bewertungsmethode, die Kontrollmethode, die Begleitmethode in der Bank fundamental geändert - weg vom allgemeinen Rating hin zu den Kapitalflüssen, hin zu dem genauen Wissen, was in den über 1.100 Papiere

ren steckt, mit dem Ergebnis, heute festhalten zu können: Wegen der wirtschaftlichen Veränderung laufen die Papiere länger. Wir können aber, weil wir uns dazu entschlossen haben, den absoluten Ausfall zu übernehmen, von dieser Laufzeitverlängerung profitieren. Diese Laufzeitverlängerung der garantierten Wertpapiere führt lediglich dazu, dass aus diesen Wertpapieren entstehende Verluste gegebenenfalls - wenn überhaupt - zu einem späteren Zeitpunkt als ursprünglich angenommen auszugleichen sind.

Damit bin ich beim dritten Punkt: Sie haben in Ihre Frage eine Hochrechnung aufgenommen, die auch durchgeführt wurde. Diese Hochrechnung ist quasi nicht von den Fachleuten gemacht worden, also nicht von denjenigen, die die Aufgabe haben, dieses Portfolio zu verwalten und darüber zu entscheiden, wann ein Papier abzustoßen oder zu halten ist. Diese Hochrechnung ist quasi im Zusammenhang mit den Hochrechnungen in Europa in den letzten Monaten gemacht worden. Diese Hochrechnung hat etwas mit dem zu tun, was in einem absoluten Stresscase passiert, also, wenn sich praktisch alles, was sich nur irgendwie ins Schlechte drehen kann, ins Schlechte drehen wird.

Mit Blick auf die zugrunde liegenden Annahmen und die angewandte Methode - man ist dabei wieder mit den allgemeinen Ratings vorgegangen - kann ich den Landtag und die Öffentlichkeit beruhigen. Die Fachleute vermelden klipp und klar, dass diese Methode nicht dafür geeignet ist, die Verluste für den Freistaat als Garantiegeber zu prognostizieren. Der Verlustschätzung liegt ein extremes Stressszenario zu Grunde. Die Bank selbst bezeichnet die verwendeten Annahmen als überaus negativ und absolut unwahrscheinlich. Die Methode ist nicht die richtige Methode, um realistische Ausfälle zu prognostizieren. Ich darf an dieser Stelle festhalten, dass sich für die Behauptung, der Freistaat müsse 4,1 Milliarden Euro zahlen, keine Argumente finden lassen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Halbleib hat eine weitere Anfrage angemeldet.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich bleibe bei dem Sachverhalt, dass Sie, Herr Finanzminister, die Öffentlichkeit nicht informiert haben. Vielmehr musste das der Bayerische Oberste Rechnungshof tun. Ich glaube, der bayerische Steuerzahler hat ein Recht darauf, dass der Bayerische Staatsminister der Finanzen ihn rechtzeitig und umfassend informiert.

Ich habe, zweitens, nach Ihrer Darstellung den Eindruck, dass Sie der kritischen Anmerkung des Obersten Rechnungshofes im Haushaltsausschuss gewissermaßen zuvorkommen wollten, was Ihnen nicht

anzukreiden ist; ich stelle es nur fest. Nach wie vor besteht auch eine deutliche Differenz zwischen der Darstellung des Obersten Rechnungshofes und Ihren Ausführungen.

Ich komme zu einer weiteren Frage: Stimmen Sie mir zu, wenn ich Folgendes sage: Sie als Finanzminister haben es im Augenblick durch die Art des Managements dieser ABS-Papiere in der Hand, wann sich die Verlustrisiken realisieren. Sie haben es damit letztendlich durch die wohl vereinbarte Zustimmungspflicht zum Kauf der ABS-Papiere auch in der Hand, zu bestimmen, in welchem Haushaltsjahr sich diese Risiken realisieren. Stimmen Sie mir weiter zu, wenn ich sage, dass damit die Gefahr verbunden ist, dass Risiken aus dieser Garantie in die Zukunft verschoben werden und damit nicht kleiner, sondern eher größer werden, und vielleicht dann auftreten, wenn irgendwann einmal in einigen Jahren die Staatsregierung darauf hofft, dass der Skandal in Bezug auf die Landesbank verblasst und der Steuerzahler den Schmerz über die 10 Milliarden Euro vergisst, wenn dann weitere Milliarden aus dem Staatshaushalt auf den Tisch gelegt werden müssen?

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Nein, Herr Halbleib, ich muss Ihnen ganz klar widersprechen. Wir haben eine Festlegung, bei der wir im Haushaltsausschuss die Tatsachen entsprechend vorgetragen haben und des Weiteren durch Haushaltsrecht und Abschlussprüfer festgelegt sind. Von Jonglieren - Sie haben versucht, einen entsprechenden Eindruck zu erwecken - kann nicht die Rede sein. Die vorliegende Verlustschätzung erfolgte zum 30. September. Dabei wurden die zum 30. September bereits realisierten Verluste mit Wechselkursen umgerechnet. Wir zielen auf den im Garantievertrag hinterlegten und im Haushaltsausschuss bekannten sogenannten Barausgleichstag, der vertraglich festgelegt und vom Abschlussprüfer gefordert, im November 2011 liegt. Bis dahin wirkt der Schirm und wirken die Verfahren, die wir aufgesetzt haben, also der Selbstbehalt der Bank und die Verantwortung der Bank. Nach dieser Prognose beläuft sich der Verlustbetrag bis zum 07.11. im Rahmen des Selbsthalts der Bank. Ich kann es nicht ändern; am Ende ist es die Fragestellung, wie Sie prognostizieren können. Sie wissen es selber: Je weiter Sie die Prognose ziehen, desto stärker nimmt die Prognosegüte ab. Insofern sagen mir die Fachleute der Bank und die unabhängigen Berater bis hin zu den Stellen, mit denen wir in Kontakt stehen, dass eine Prognose auf den nächsten Barausgleichstag, den ich nicht verändern kann

und der im November 2014 liegt, mit großer Unsicherheit behaftet ist.

Ich habe im November dem Haushaltsausschuss vorgetragen, dass die vom Finanzministerium beauftragten Berater klar erklären, dass nach aktuellem Ermessen die Wahrscheinlichkeit einer Garantiezahlung per November 2011 sehr gering ist. Das ist möglich, da der Zeitraum von heute bis November 2011 überschaubar ist. Sie erinnern sich, lieber Herr Halbleib: Für 2014 ist eine verlässliche und seriöse Aussage nicht möglich.

Vor dem Hintergrund müssen wir heute festhalten, dass wir an der Stelle wissen: Für den jetzt im Verfahren befindlichen Doppelhaushalt haben wir im November 2011 einen Barausgleichstag. Für diesen sagen uns die Fachleute: Der Selbstbehalt der Bank trägt. Für den nächsten Doppelhaushalt haben wir noch keine Sicherheit. Vor dem Hintergrund haben wir, bezogen auf die damals unterlegte Gesamtausfallsumme, ein Drittel im Finanzplan angesetzt. Ich halte das für vorsichtig. Ich glaube, auch an dieser Stelle kann nicht von einer Nichtinformation der Öffentlichkeit die Rede sein. Denn dieser Ansatz ist im Finanzplan und in den Beschlüssen der Staatsregierung enthalten, der dem Parlament für die öffentliche Debatte zur Verfügung gestellt wird.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die nächste Frage stellt Herr König.

Alexander König (CSU): Herr Staatsminister, ich habe den Eindruck gewonnen, dass Sie weniger um die SPD als um den Informationsstand des Kollegen Halbleib besorgt sind. Allerdings habe ich auch den Eindruck, dass Herr Kollege Halbleib nicht nur besorgt ist, dass die Staatsregierung im Allgemeinen und hier im Besonderen Sie, Herr Staatsminister, einmal in ein vielleicht zu gutes Licht gerückt werden könnte, sondern möglicherweise auch bezüglich der Wertentwicklung der Asset-Backed Securities besorgt ist. Das sollten wir weiter erhellen.

Dazu habe ich eine Frage. Vielleicht könnten Sie einmal aus dem Nähkästchen plaudern, Herr Staatsminister. Wie muss man sich die Verwaltung der Asset-Backed Securities vorstellen? Wie wird gewährleistet, dass die Abwicklung des Anlagepakets insgesamt möglichst verlustschonend vonstattengeht? Wird externer Rat eingeholt? Welche Mechanismen sind eingebaut? Vielleicht sagen Sie dem Hohen Haus in seiner Gesamtheit einmal, insbesondere der SPD-Fraktion, was man unternimmt, um zum richtigen Zeitpunkt die richtige Entscheidung zu treffen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Georg Fahrenscho (Finanzministerium): Ich bedanke mich für die Frage. Denn sie gibt mir noch einmal die Gelegenheit, dem Hohen Haus die Strukturen, die wir aus einem gewissen Sicherheitsverständnis heraus angelegt haben, darzustellen.

Wie ich glaube, ist jedem klar, dass wir ein extremes Interesse daran haben, dass dieses Portfolio professionell gemanagt wird. Die Strukturen sind hochkomplex. Deshalb brauchen wir den Einsatz des Spezialwissens von Fachleuten.

Wir gehen - ich glaube, zu Recht - in einer Dreistufigkeit vor. Die unmittelbare Verantwortung für das Portfolio liegt nur bei der Bank. Das Gesamtportfolio teilt sich im Grunde so auf, dass etwa die Hälfte am US-Markt befindlich ist, während sich die andere Hälfte auf den Euroraum, den Pfundraum und den Raum des japanischen Yen erstreckt. Deshalb hat die Bank für die US-Papiere, also für immerhin die Hälfte des Portfolios, einen Berater hinzugezogen. Für die übrigen Wertpapiere gibt es einen zweiten Berater.

Diese Berater bewerten die von der Garantie betroffenen Wertpapiere laufend und prüfen etwaige Verkaufsmöglichkeiten. Wir haben das Interesse, das Portfolio möglichst schonend abschmelzen zu lassen. Wir müssen uns immer wieder mit der Frage auseinandersetzen, ob wir bezüglich der Verkaufspreise gegebenenfalls sagen können: Zu diesem oder jenem Preis ist es klug, sich von Teilen des Portfolios zu trennen. Das ist einerseits Aufgabe der Bank. Diese wird dabei von zwei Beratern unterstützt. Der eine ist für den US-Markt, der andere für den Rest der Papiere zuständig.

Der Freistaat vertritt, weil wir im besten Einvernehmen mit der Bank sind, aber durchaus auch aus einem gewissen Vorsichtsprinzip heraus den Standpunkt: Wir wollen darauf achten, dass sich nicht eine Art "fire-sale"-Mentalität durchsetzt, etwa nach dem Motto, sich von den Papieren unabhängig davon zu trennen, wie die Bedingungen sind.

Wir haben zur Wahrung unserer Haushaltsinteressen und der Vermögensinteressen des Freistaats einen eigenen Berater eingesetzt. Er muss für den Fall, dass Teile des Portfolios verkauft werden sollen, hinzugezogen werden. Nur wenn er zustimmt, können Teile des Portfolios verkauft werden.

Das ist meines Erachtens bei der Dreistufigkeit - die Bank mit ihren beiden Beratern und die Gegenposition des Finanzministeriums - eine verantwortungsvolle Struktur. Ich nehme wahr, dass auch andere Banken

und andere Länder mit solchen Strukturen arbeiten. Das machen zum Beispiel auch die Kollegen in Baden-Württemberg so.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als nächster Fragesteller hat sich Herr Radwan gemeldet. - Ich gebe schon die Reihenfolge der weiteren Fragesteller bekannt, damit sie sich rechtzeitig ans Mikrofon begeben: Herr Dr. Kirschner, Herr Hallitzky und Herr Pohl.

Alexander Radwan (CSU): Herr Staatsminister, aus den Ausführungen der Opposition ist mir nicht ganz klar geworden, ob die Garantien an sich hinterfragt werden. Wenn ich Garantien für etwas abgebe, gehe ich Risiken ein. Welche Alternative hätte es aus Ihrer Sicht gegeben? Sehen Sie die Ziele, die der Freistaat mit der Garantie übernommen hat, als erreicht an? Sehen Sie zukünftig die Möglichkeit, aus den Garantien entsprechende Einnahmen zu generieren?

Staatsminister Georg Fahrenscho (Finanzministerium): Herr Abgeordneter Radwan, wir alle können uns sehr gut daran erinnern, wie zugespitzt die Situation Ende des Jahres 2008 war. Wir hatten den Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers. Das war Mitte September. Den Zusammenbruch haben wir alle erlebt. Nun wollen wir alle nicht zurück in eine Situation, in der sich zum Beispiel der europäische Markt nicht in der Lage sah, einer anderen Bank überhaupt nur einen Euro Liquidität zur Verfügung zu stellen.

Ich glaube schon, man kann rückblickend sagen: Mitte September ist in den Vereinigten Staaten eine Entscheidung getroffen worden, indem man die drittgrößte Investmentbank zusammenbrechen ließ. Die Auswirkungen haben die Entscheidungsträger nicht übersehen. Die gesamte Welt war in eine Weltwirtschaftskrise erheblichen Ausmaßes gestürzt. Zur Erinnerung: Wir haben allein in Deutschland eine Rezession von 4,7 % hinnehmen müssen.

Insoweit glaube ich, dass die Stabilisierungsmaßnahmen, die wir dankenswerterweise mit Zustimmung der Regierungsfractionen, bezogen auf die Bayerische Landesbank, mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2008 erreichen konnten, wirkungsvoll waren. Wir haben die Bank neben der Stabilisierung auf der Eigenkapitalseite mit den Tranchen von sieben Milliarden Euro Eigenkapital und drei Milliarden Euro stille Einlage im Kern stabilisiert und auf die weitere Entwicklung gut vorbereitet.

Zur Stützung der Bank wurde darüber hinaus allerdings auch die Garantie zur Abschirmung von Verlustrisiken aus dem ABS-Portfolio übernommen. Diese Abschirmungsgarantie hatte zur Folge, dass wir nicht nur weitere Kapitalzufuhren nicht vornehmen muss-

ten. Denn wir haben mit den zehn Milliarden Euro die Bank stabilisiert. Weitere Kapitalzufuhren haben wir vermieden. Zum anderen haben wir die Bank mit diesem Instrument davor geschützt, von zukünftigen Marktverschlechterungen weiter getroffen zu werden. Ich glaube, man darf mit Fug und Recht sagen, dass wir nach den knapp zwei Jahren Laufzeit festhalten dürfen, dass diese Garantie das Eigenkapital der Bank entlastet und sie weitgehend gegen die Schwankungen der ABS-Märkte immun gemacht hat.

Ich will an dieser Stelle auch darauf hinweisen - weil das immer wieder in der Debatte aufkommt -, dass die Absicherung der Garantie auch die weitere Entwicklungsfähigkeit der Bank verbessert. Letztendlich ist es doch im Interesse des Freistaates, die staatliche Mehrheitsbeteiligung wieder abzugeben. Durch die Garantie, die wir ausgesprochen haben, können wir die Bank besser auf die Zukunft hin ausrichten.

Sie haben nun gefragt, ob es Alternativen hätte geben können. Nein, aus meiner Sicht nicht. Im Hinblick darauf, wie sich die Sparkassen in Bayern Gott sei Dank entwickelt haben, glaube ich, dass die Entscheidung im Dezember 2008 richtig war, die Sparkassen von dieser Last freizustellen. Ich möchte mir nicht ausmalen, was in der Mittelstandskreditversorgung in Bayern los gewesen wäre, wenn wir nicht diesen Weg gegangen wären.

Insoweit glaube ich, dass sich alle drei Teile - die Generalentscheidung, dass wir selber in Vorlage gegangen sind und die Aufteilung: einerseits Eigenkapital und stille Einlage und andererseits die Entscheidung, auch einen Schirm über das ABS-Portfolio auszubringen - im Rückblick als richtig erwiesen haben. Trotzdem müssen wir jetzt darauf achten, auch an dieser Stelle eine intensive Begleitung des Portfolios zu organisieren, um die Schäden möglichst gering zu halten.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke schön. Die nächste Frage möchte Herr Dr. Kirschner stellen. Bitte sehr.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Herr Staatsminister, ich habe drei Fragen an Sie. Die erste Frage lautet: Wie hoch ist der aktuelle Nominalwert des Portfolios; bitte beantworten Sie das so zeitnah wie möglich.

Zweitens. Wie lautet die Prognose für die Jahre 2011 bis 2013? Dabei ist mir natürlich bewusst, dass die Volatilität der Aktienmärkte, in die dieses Portfolio ganz wesentlich mit hineinspielt, um so zu schwieriger zu benennen ist, je weiter der Zeitraum ist.

Dritte Frage: Wie ist der aktuelle Sachstand hinsichtlich einer eventuell höheren Garantievergütung und der EU-Prüfung -?

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke schön. Bitte sehr, Herr Minister.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Ich hatte es im Haushaltsausschuss schon kurz dargestellt: Wir haben aktuell auf der Basis der letzten Jahresrechnung ein Volumen von rund 14 Milliarden Euro in dem ABS-Portfolio. Das Portfolio hat sich somit über die bisherige Laufzeit um rund fünf Milliarden Euro reduziert.

In der Perspektive geht die Bank davon aus, dass sich das Portfolio aufgrund der bestehenden Laufzeiten, die bis zur Endfälligkeit den Ausschlag geben, vom jetzigen Volumen mit 14 Milliarden in den nächsten zwei Jahren auf rund acht Milliarden Euro abbaut. Genauere Zahlen liegen mir im Finanzministerium allerdings nicht vor.

Von der Projektion der Verluste her kann ich nur noch einmal das anfügen, was ich schon Herrn Halbleib gesagt habe. Unsere Berater sagen: Wir sind heute in der Lage, einen Ausblick zu geben, wie es im November 2011 aussieht. Wir sind aber nicht in der Lage, für 2014, also für den nächsten Barausgleichstag, eine seriöse Aussage zu machen.

Eines habe ich vorhin bei der Antwort an Herrn Kollegen Radwan vergessen; ich bedanke mich, dass Sie den Punkt noch einmal aufgegriffen haben: Sie erinnern zu Recht daran, dass der Freistaat von der Bayerischen Landesbank eine Vergütung für die Garantie erhält. Sie beträgt derzeit rund 24 Millionen Euro pro Jahr. Wir hatten, um die Stabilisierung im Dezember 2008 nicht zu konterkarieren, absichtlich eine geringe Gebühr angelegt. Denn es ist nicht sinnvoll, wenn ich einerseits die Bank stabilisieren will und selbst Steuergelder hineingebe, auf der anderen Seite für die ABS-Abschirmung die Garantiegebühren drastisch nach oben zu ziehen. Das war Teil der Hilfsaktion Ende 2008. Wir gehen aber davon aus, dass die EU-Kommission diese geringe Gebühr, die Ende 2008 mit Sicherheit nicht marktgerecht war, monieren und eine Erhöhung fordern wird.

Die Gespräche mit der EU-Kommission sind noch nicht abgeschlossen. Ich gehe allerdings davon aus, dass sich diese Gebühr von heute 24 Millionen Euro deutlich erhöhen wird. Ich rechne mit einer Vergütung für den Schirm im niedrigen dreistelligen Millionenbereich.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke schön. Die nächste Frage kommt von Herrn Kollegen Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister! Teilen Sie die Auffassung des bestellten Fragers Nummer eins, dass die Milliardenverluste, die die Bürgerinnen und Bürger durch die ABS-Papiere erlitten haben, eine Frage von Nähkästchenplauderei ist?

Zum Inhalt: Haben Sie den Beweis, dass die Bonität der verkauften Papiere und das verbleibende Portfolio identisch sind, was Sie hier behauptet haben? Diese Antwort sind Sie bis jetzt schuldig geblieben. Sie werden es mir also nicht übelnehmen, dass ich dem unabhängigen Bayerischen Rechnungshof viel mehr Glauben schenke als einem Finanzminister, dessen größtes Interesse es in den letzten Monaten war, Schaden von den eigenen Leuten abzuwehren.

(Alexander König (CSU): Das ist eine Unterstellung!)

Dieses Vorgehen des Herunterredens passt hervorragend in das Bild des obersten Verantwortungsverfleischerers, den Sie die letzte Zeit beim Umgang mit den Milliardenschäden und den Milliardenrisiken abgeben, über die die heutige Fragestunde geht.

In diesem Zusammenhang sind natürlich alle Vorstände auf Schadensersatz zu verklagen. Es geht doch darum, wie wir an diese verlorenen Gelder wieder herankommen. Ich habe in diesem Zusammenhang durchaus registriert, dass Sie Ihren eigenen Gutachten, der Unternehmensberatung Hengeler Mueller, die von der Opposition von Anfang an als befangen bezeichnet wurden, selber nicht mehr das Weißwaschtestat in Sachen ABS abnehmen. Natürlich sind alle Vorstände zu beklagen. Aber wo ist Ihre politische Aufforderung, dass die Landesbank auf der Suche nach den verschwundenen Milliarden auch die Verwaltungsräte in Sachen HGAA, in Sachen ABS-Schrott und in Sachen Unterwertverkauf der Formel-1-Rechte verklagt, damit deren Kontrollversagen dort aufgearbeitet wird, wo es ohne Wenn und Aber hinkommt, nämlich bei einem ordentlichen Gericht?

Stattdessen suchen Sie bei den ABS-Papieren - im Übrigen auch unter kräftiger Mithilfe Ihres Landesbankkommissionsvorsitzenden und selbsternannten Oberschiedsrichters bei der Frage, wer Schuld und wer keine Schuld auf sich geladen hat - alle Schuld für das zweistellige Milliardenendesaster, das in der Verantwortung Ihrer Leute stattfand, immer nur außerhalb des CSU-Dunstkreises, insbesondere bei den Vorständen, im Zweifel aber auch bei der Opposition.

Ihr formaler Rückgriff auf die verschiedenen Rechtskreise ist politisch feige und erbärmlich, ganz davon abgesehen, dass Sie mir nicht erzählen können - niemanden können Sie das erzählen -, dass Häusler nicht weiß, was ein Verwaltungsratschef politisch will.

(Zuruf von der CSU)

Milliardenrisiken verringern, das bedeutet, möglichst viel Schadensersatz einzufordern. In Ihrem Merkur-Interview haben Sie heute gesagt, dass die Deckungssumme der Directors-&Officers-Versicherung für Vorstand und Verwaltungsrat in einem niedrigen dreistelligen Bereich liege. Mir sind andere, weit höhere Zahlen dazu genannt worden. Nachdem Sie mit diesem Interview öffentlich in Vorlage gegangen sind, wie viel Geld wir von den Versicherungen bekommen können, frage ich Sie: Wie hoch genau ist die Summe aller D&O-Versicherungen? Wie teilt sich die Summe auf die einzelnen Schadenfälle sowie auf Vorstände und Verwaltungsräte auf? Beinhaltet sie sowohl die Kosten des Rechtsstreits als auch die Kosten des angerichteten Schadens? Wann wurden die Schäden durch die HGAA, die ABS-Papiere und die unter Wert verkauften Formel-1-Rechte der Versicherung gemeldet? Haben die Versicherer die Schäden anerkannt oder nicht? Und wenn ja, in welcher Höhe?

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege. Bitte Herr Fahrenschon.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Lieber Abgeordneter Hallitzky, wir kennen uns jetzt auch schon eine Weile. Ich stelle fest, immer dann, wenn Sie eine besonders platte und persönliche Polemik anwenden, dann bietet Ihnen offensichtlich der Faktenvortrag keine weitere Gelegenheit nachzubohren.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Sehr richtig! - Eike Hallitzky (GRÜNE): Ich habe auch nicht die Redezeit, die Sie haben!)

Vor diesem Hintergrund stelle ich fest, weil Sie mit pauschalen Unterstellungen arbeiten: Die Antwort auf die heute im Zentrum stehende Thematik der Ministerbefragung, wie es mit der Entwicklung des ABS-Portfolios aussieht, ist dem Haushaltsausschuss und damit dem Landtag als dem obersten Repräsentanten der bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, entsprechend mit Informationen versehen, gegeben worden.

In der Frage, wie der Zusammenhang mit dem ORH-Bericht aussieht, geben Sie mir offensichtlich recht, wenn ich sage, dass ich Sie frühzeitig und ohne an dieser Stelle eine echte Fragen offen gelassen zu haben, informiert habe.

Was das Zusammenspiel zwischen dem Vorstand, seinem Vorsitzenden und dem Verwaltungsrat und dessen Vorsitzenden angeht, muss ich Sie leider darauf hinweisen, dass Ihre Unterstellung nicht den Kern der Zusammenarbeit trifft. Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass ich in meiner Rolle als Verwaltungsratsvorsitzender, auch wenn ich einerseits als Minister Politiker bin, sehr stark, um nicht zu sagen "absolut", darauf zu achten habe, dass die unterschiedlichen Aufgaben, die unterschiedlichen Pflichten und Verantwortlichkeiten zwischen dem Verwaltungsrat und dem Vorstand zu trennen sind.

Insoweit ist der Öffentlichkeit sehr klar durch den Ministerpräsidenten und durch mich als Verwaltungsratsvorsitzenden an einer Stelle politisch deutlich gemacht worden: Wir wollen diese Bank, weil wir Konsequenzen aus den Fehlern der Vergangenheit gezogen haben, in der Zukunft nicht mit mehr Politik, sondern mit immer weniger Politik belasten, weil wir der festen Überzeugung sind: Eine Bayerische Landesbank hat eine Aufgabe, eine Bayerische Landesbank hat eine Positionierung in der Kreditversorgung Bayerns. Wir sind dann gut aufgestellt, wenn wir nicht mehr Politik auf die Bank einwirken lassen, sondern konsequent weniger. Aus diesem Grund haben wir gerade in diesen Fragestellungen genau das nicht veranlasst, was Sie uns unterstellen. Der Vorstand muss in seiner Verantwortung über die Verfahren, bezogen auf Verwaltungsräte, entscheiden, und der Verwaltungsrat hat in seiner Verantwortung über die Verfahren, bezogen auf Vorstände, entschieden.

Dass ich an der Stelle in enger Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft München arbeite, weil insbesondere die jüngsten Vorfälle den Makel tragen, dass hier Einzelpersonen mit hoher krimineller Energie die Bank geschädigt, den Ruf der Bank schwer angekratzt haben und deswegen verfolgt werden müssen, versteht sich von selbst. Dass man sich dazu am Ende nicht zurückziehen und der Öffentlichkeit keine Fragen beantworten kann, dafür werden Sie Verständnis haben. Mehr werde ich zu dem laufenden Verfahren an dieser Stelle nicht sagen, weil ich auch die Arbeiten der Staatsanwaltschaft nicht behindern, sondern unterstützen will.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Staatsminister. - Herr Pohl hat sich gemeldet.

Bernhard Pohl (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatsminister, Sie haben davon gesprochen, dass Sie weniger Politik in der Landesbank haben wollen. Meinen Sie nicht, dass die Konsequenz aus dem Versagen der Politik in der Vergangenheit nicht sein kann, dass sich die Politik ihrer Verantwortung für die Staatsbank entzieht, sondern dass sie ihre

Verantwortung wahrnehmen muss? Denn immerhin ist der Freistaat Bayern ja der Eigentümer dieser Bank.

Zweiter Punkt. Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung gesagt: Wenn es zum Wohl unseres Landes nützlich ist, kommt es nicht auf Parteizugehörigkeit an. Ich denke, als Eigentümer der Bayerischen Landesbank müssen wir - da gebe ich dem Kollegen Hallitzky absolut recht - Sorge dafür tragen, dass wir alle möglichen Ansprüche realisieren. Wie sehen Sie in Ihrer Verantwortung, Herr Staatsminister, die Erfolgsaussichten der Klagen gegen die Verwaltungsräte wegen ABS und wegen Hypo Group Alpe Adria?

Nun noch einige Fragen zum ABS-Portfolio. Erste Frage: Wie hoch belaufen sich die realisierten Verluste zum 31. Dezember 2010? Im ORH-Bericht sind sie erst für Mitte 2010 beziffert.

Nächste Frage. Die Veräußerung des Portfolios ist zum Ablauf der Garantie geplant. Frage: Wenn die Tilgungen bei den gut bewerteten Wertpapieren stattfinden, wie soll dann die Veräußerung des Restportfolios gelingen? Läuft das dann ähnlich wie bei der Hypo Group Alpe Adria, die wir nach Österreich veräußert haben? Oder wie muss man sich das vorstellen?

Weitere Frage. Sie hatten von einem extremen Stressszenario gesprochen, das sich so wohl nicht realisieren wird. Wie war es in den Jahren 2008 und 2009? Hat da das Stressszenario die Realität abgebildet, oder ist die Realität über das Stressszenario noch hinausgegangen?

Weitere Frage. Es gibt derzeit und gab in 2010 eine weltweite Erholung der Wirtschaft. Welche Auswirkungen hat dies auf das ABS-Portfolio?

Letzte Frage: Bitte stellen Sie uns kurz den Sachstand der EU-Genehmigungsverfahren für die Stützungsmaßnahmen und damit auch für die Garantien des Freistaats Bayern dar.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Abgeordneter Pohl, danke für die Frage. Ich will mit Ihrer Generalfrage beginnen: Wie sieht mein Grundverständnis aus, wo sich die Verantwortung der Politik niederschlagen muss, allein durch die Tatsache begründet, dass aktuell 10 Milliarden Euro bayerisches Steuergeld in der Bank liegen? Sie liegt darin begründet, dass wir bei der Novellierung des Landesbankgesetzes nur vier externe Verwaltungsräte vorgesehen haben, die den Arbeitnehmervertreter

ergänzen. Sie liegt in der Tatsache begründet, dass nach wie vor der Finanzminister per Gesetz Verwaltungsratsvorsitzender ist, der Innenminister und der Wirtschaftsminister Sitz und Stimme im Verwaltungsrat haben und sogar eine Doppelgewichtung hinterlegt ist.

Ich sage Ihnen ganz klar: Meine politische Zielrichtung ist, dass dieser Anteil von Arbeit von Politikern im Verwaltungsrat weiter abgesenkt wird. Wir sind in der nächsten Stufe, so glaube ich, gut beraten, die Politik aus dem Verwaltungsrat zurückzuziehen und viel eher die Interessen des Eigentümers über die Generalversammlung, sprich die Vollversammlung der Anteilseigner, zu organisieren. Ich orientiere mich dabei an der Lösung, die die Kollegen in Baden-Württemberg, bezogen auf die LBBW, gefunden haben, die offensichtlich auch ein zentraler Punkt war, auf den sich die Europäische Union hat einigen können.

Ich glaube, dass in der jetzigen Situation, in der aktuellen Positionierung der Bank diese besondere Verantwortung der Politik im Verwaltungsrat notwendig ist. Mittel- und langfristig bin ich allerdings der Überzeugung, dass wir besser beraten sind, wenn wir die Politik und die Politiker aus den agierenden Gremien der Bank, also aus dem Verwaltungsrat, ein Stück weit weiter zurückziehen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Annette Bulfon (FDP) und Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

Sie haben auch danach gefragt, wie die Verlustsituation aussieht. Dazu ist, glaube ich, wichtig, deutlich zu machen: Was wird überhaupt als Verlust definiert? Als Verlust im Sinne des Garantievertrags versteht man einen tatsächlichen und unwiderruflichen Schaden, der der Bank durch Kapitalabschreibungen, Nichtzahlung, Insolvenz oder Verkauf des zugrunde liegenden Wertpapiers entstanden ist. Die Garantievereinbarung deckt somit nur tatsächlich entstandene Verluste ab. Nicht abgedeckt ist, wenn ein Wertpapier in der Bilanz quasi Bewertungsschwankungen durchläuft.

Welche Bewertungsdifferenz auch immer entsteht, ist kein Thema der Garantie. Nur dann, wenn am Ende der Laufzeit oder an einem Zinszahlungstermin Gelder, die vertraglich bei der Landesbank hätten eingehen müssen, tatsächlich nicht eingehen, dann entsteht ein Verlust im Sinne der Garantievereinbarung.

Wir haben - das ist quasi der zweite Teil dieser Frage - natürlich die Intention, das Portfolio zügig abzubauen, gegebenenfalls schneller als bis zur Endfälligkeit. Die Endfälligkeit ist im Garantievertrag hinterlegt. Nach aktuellem Stand läuft sie bis ins Jahr 2099. Das letzte Papier, das das Endfälligkeitsdatum hält, liegt im Jahr 2099.

Herr Pohl, die oberste Maxime zeigt sich in der Struktur, die ich auf die Frage von Herrn Kollegen König dargestellt habe. Die oberste Maxime ist die Minimierung der Verluste für den Freistaat Bayern. Daran wird gearbeitet. Dem muss sich alles andere unterordnen. Das Wertpapier wird nur dann verkauft, wenn das aus der Sicht des Freistaats Bayern optimal ist. Ein Verkauf soll nicht allein deshalb erfolgen, damit das Portfolio reduziert wird. Vielmehr soll ein Verkauf erst dann erfolgen, wenn aus Sicht des Garantiegebers dieser Verkauf sinnvoll ist, also die Verluste unter der Garantie so gering wie möglich ausfallen.

(Bernhard Pohl (FW): Ich habe nichts anderes unterstellt!)

- Das ist gut. Ich bedanke mich auch für die Frage, weil ich das noch einmal herausarbeiten kann.

Das ist der Grund dafür, weshalb wir der Bank und ihren Beratern ein Beraterteam des Finanzministeriums entgegengestellt haben.

An dieser Stelle möchte ich - bezogen auf Ihre letzte Frage - erläutern, wie sich das Portfolio entwickelt hat. Wir liegen jetzt bei rund 14 Milliarden Euro. Die durchschnittlichen Tilgungen, das heißt die Rückflüsse, die wir in der Vergangenheit erhalten haben, beliefen sich auf etwa 230 Millionen Euro pro Monat. Das bedeutet, wir erhalten aus diesem Portfolio Rückflüsse. Ich bitte um Verständnis: Wir haben aus Haushaltssicht eine jährliche Betrachtung. Am 30. September sind Verluste in Höhe von 429 Millionen Euro realisiert worden, die sich aus Kapitalabschreibungen, Nichtzahlungen und Verkaufsverlusten zusammensetzen. Diese Summe wird, wie ich das dem Haushaltsausschuss bereits mitgeteilt habe, noch vom Selbstbehalt der Bank abgedeckt.

Herr Pohl, ich finde es bemerkenswert, dass sich die Verluste langsamer ansammeln, als man das im Jahre 2008 noch befürchten musste. Wir werden aber sicherlich auch weiterhin davon abhängig sein, wie sich die Märkte entwickeln. In dem Moment, wo insbesondere in den Vereinigten Staaten die Arbeitslosigkeit wieder sinkt und die Hauspreise in den Vereinigten Staaten wieder anziehen, werden wir beim Portfolio einen positiven Effekt haben. Natürlich sind wir zu einem Teil auch von Währungsentwicklungen abhängig, zum Beispiel, wie sich der Dollar zum Euro, wie sich das Pfund und wie sich der Yen entwickeln.

Herr Pohl, Sie haben am Ende gefragt, wie sich dieses Stressszenario verstehen lässt. Klar ist: Der Zusammenbruch einer Investmentbank, zumal der drittgrößten Investmentbank, war natürlich in keinem Stressszenario je angedacht. Die Tatsache, dass quasi alle negativen Entwicklungen - der Zusammen-

bruch der Bank, der Wegfall des Vertrauens der Marktteilnehmer und die Unsicherheit, die mit den Händen zu greifen war - eingetreten sind, war nicht vorhersehbar. Inwieweit diese Entwicklung mittlerweile in die Modelle und Methodiken der Szenario-Analysen aufgenommen worden ist, übersteigt mein Wissen.

Bank und Berater stellen fest: Die Wirtschaftsprüfer haben im Auftrag der Aufsicht eine Hochrechnung entwickelt, die offensichtlich den Fachleuten nicht tauglich erscheint, um eine Bewertung für die nächsten zwölf Monate abzugeben.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Hallitzky hat sich zu einer weiteren Frage gemeldet. Sie haben 17 Sekunden Zeit.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben meine Fragen nach Directors & Officers nicht beantwortet. Dafür kann es drei Gründe geben:

Erstens. Sie wollen behaupten, dass die Höhe der Deckungssumme der Versicherung - das, was wir kriegen können - überhaupt nichts damit zu tun hat, wie wir die Milliarden Schäden möglichst gering halten können.

Zweitens. Sie kennen die Verträge nicht, obwohl Sie heute im "Münchner Merkur" Summen genannt haben.

Drittens. Sie wollen Ihr Herrschaftswissen behalten. Oder: Sie beantworten die Fragen jetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Lieber Herr Hallitzky, noch bin ich in der Lage, die Interviews, die ich gegeben habe, zu überblicken. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich dem "Münchner Merkur" eine konkrete Summe genannt habe. Weil ich dem "Münchner Merkur" keine konkrete Summe genannt habe, werden Sie mich auch im Plenum des Landtags nicht zur Nennung einer konkreten Summe bringen. Wir haben die Aufstellung von denjenigen, gegen die wir teilweise mit Klagen und Klageandrohungen vorgehen - in enger Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Zu einer weiteren Frage hat sich Herr Kollege Pohl gemeldet. Sie haben 39 Sekunden.

Bernhard Pohl (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatsminister, bei allem Respekt vor den journalistischen Leistungen des "Münchner Merkur": Die

Gleichsetzung dieses Magazins mit dem Bayerischen Landtag ist nicht angebracht.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sie hatten gesagt, dass sich die Politik auf die Ebene der Anteilseigner zurückziehen und den Aufsichtsrat sowie den Verwaltungsrat weitgehend Experten überlassen solle. Hier stelle ich schon die kritische Frage: Die Bank gehört dem Freistaat Bayern. Wenn wir bei der Auswahl der Verwaltungsräte das gleiche Glück haben wie der Verwaltungsrat bei der Auswahl von Herrschaften wie Herrn Gribkowsky, meinen Sie dann, dass die Bank in guten Händen ist?

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Pohl, Sie können bei einer Personalauswahl immer einen Treffer landen oder keinen Treffer landen.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das ist ja hanebüchen, was Sie hier sagen!)

Davon, dass Sie in Einzelfällen vor krimineller Energie ebenfalls nicht sicher sind, haben wir noch gar nicht gesprochen. Sie hatten mich nach meiner persönlichen Auffassung gefragt. Ich stelle fest: Unser Konstrukt setzt die Politiker in die Pflicht, im Verwaltungsrat zu sitzen. Dies führt automatisch zu weiteren Pflichten, zum Beispiel, sich besonders zu informieren, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese in den Verwaltungsrat einzubringen. Ich glaube aber - hier gilt für mich der Punkt, den die Europäische Kommission offensichtlich im Fall der LBBW zu ihrer zentralen Linie gemacht hat -, dass die Interessen des Eigners über die Eigentümerseite, also die Generalversammlung, deutlich gemacht werden können.

Die operative Kontrolle, die Begleitung sowie die Debatte über Strategie und Geschäftsfelder, also die Aufgaben des Verwaltungsrats, sollten durch Fachleute des Marktes, der Banken und der Versicherungen intensiver und besser wahrgenommen werden. Ich kann Sie aber beruhigen: Solange das Landesbankgesetz so lautet, wie es heute lautet, wird es keine Veränderung geben. Momentan gibt es auch keine Planung, eine Novelle anzustoßen. Ich hatte Ihre Frage so verstanden, dass Sie einfach die Gelegenheit nutzen wollten, sich mit mir über meine Einschätzung auszutauschen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Ministerbefragung beendet. Wir fahren in der Tagesordnung fort. Wir sind gut in der Zeit. Ich hoffe, dieser Satz rächt sich nicht.

Ich rufe deshalb Tagesordnungspunkt 3 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion

"Verbraucherschutz stärken - Vorbeugung verbessern - kriminelle Machenschaften unterbinden!"

Für die heutige Sitzung ist die FDP-Fraktion vorschlagsberechtigt. In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Ich möchte Ihnen das noch einmal zur Erinnerung auf den Weg geben. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner oder Rednerinnen bis zu zehn Minuten Redezeit. Diese wird auf die Anzahl der Redner und Rednerinnen der jeweiligen Fraktion angerechnet. Wenn ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten ergreift, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner und Rednerinnen dieser Fraktion zu sprechen. - Erster Redner ist Herr Dr. Fischer für die FDP.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahresbeginn erschüttert einer der größten Gift-Skandale eine Branche, ein ganzes Land, ja sogar internationale Absatzmärkte. Bis zu 3.000 Tonnen Dioxin-verseuchtes Fett wurden an 25 Futtermittelhersteller in mindestens vier Bundesländern geliefert. Die Auswirkungen sind enorm. Auch wenn eine akute Gesundheitsgefährdung durch den Verzehr der hoch belasteten Eier nicht besteht, darf diese Gefahr nicht verharmlost werden. Dioxine sind hochgiftig. Sie gehören zu dem schmutzigen Dutzend der Giftstoffe, die zu Recht weltweit verboten sind. Was waren und sind die Folgen? Die Menschen sind verunsichert, und wie bei jedem Lebensmittelskandal von BSE bis Gammelfleisch führt genau diese Verunsicherung zu dramatischen Einbußen in der betroffenen Branche.

Nicht nur die Reaktionen in Deutschland, sondern auch jene im Ausland treffen unsere Landwirtschaft schwer. Südkorea hat den Import deutschen Schweinefleisches ausgesetzt, Russland kündigt stärkere Kontrollen für deutsches Fleisch an, und die Slowakei untersagt den Verkauf von deutschem Geflügel und Eiern. Zu Recht spricht Bauernpräsident Sonnleitner von einem Super-GAU für die deutsche Landwirtschaft.

Dabei gilt es zunächst einmal eines unmissverständlich herauszustellen: Der Dioxinskandal war und ist nicht die Folge eines Branchenversagens, sondern in allererster Linie die Folge massiver krimineller Machenschaften einiger weniger, unter denen letztlich die ganze Landwirtschaft leidet.

(Karl Freller (CSU): Ja!)

Die Kosten gehen schon jetzt über 300 Millionen Euro hinaus, und sie steigen täglich. Gegen eine solche massive kriminelle Energie gibt es kein Patentrezept. Wir sind es aber unseren Landwirtschaften und Landwirten ebenso wie unseren Verbrauchern schuldig, alles zu tun, um das Risiko einer Wiederholung so klein wie möglich zu halten.

(Beifall bei der FDP)

Ebenso sind wir in der Pflicht, verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen, Vertrauen der Märkte im In- und Ausland, Vertrauen der Bauern in die Futtermittelhersteller und Vertrauen der Verbraucher in die Landwirtschaft. Ich sage auch: Eine Systemdebatte ist hier fehl am Platz. Ob ideologisch oder konventionell - alles muss sicher sein. Ein Generalverdacht gegen Bauern, egal, welche Landwirtschaftsform sie wählen, ist für uns als FDP der falsche Weg. Damit wird Misstrauen geschürt und der Falsche getroffen. Unsere Aufgabe ist es doch, dafür zu sorgen, dass nicht diejenigen die Zeche zahlen, die überhaupt nicht daran beteiligt waren: die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe, die jetzt die Einnahmeverluste haben und die jetzt in ihrer Existenz gefährdet sind.

(Beifall bei der FDP)

Aber gerade deshalb brauchen wir geschlossene Reaktionen, und daher ist die von der Bundesregierung geplante Zulassungspflicht für Futtermittelbetriebe wichtig. Deswegen begrüßen wir die saubere Trennung der Produktionsströme. Futterfette und Industriefette dürfen nicht in denselben Anlagen hergestellt werden.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Gegen planmäßiges kriminelles Handeln gibt es nur ein wirksames Mittel: den Ausbau der Überwachung. Hier spreche ich nicht in erster Linie von Eigenkontrolle, sondern von staatlicher Kontrolle. Die Zuständigkeit hierfür liegt bei den Ländern, und das ist gut und richtig so. In Bayern gibt es über 7.000 gewerbliche Futtermittelunternehmen, davon mehr als 1.700 Futtermittelhersteller, und allein im letzten Jahr haben 467 Betriebskontrollen stattgefunden, durchgeführt von nur elf Futtermittelkontrolleuren, die zentral bei der Regierung von Oberbayern angesiedelt sind. Das zeigt: Es wird kontrolliert. Es zeigt aber auch: Ein Ausbau der unangemeldeten Kontrollen ist möglich und kann ein sinnvoller Beitrag für noch mehr Sicherheit sein.

(Beifall bei der FDP)

Des Weiteren sind die Kosten für die Auswertung von Proben mit 350 Euro zu hoch und der Zeitaufwand von fünf Tagen zur Auswertung ebenfalls. Das heißt, wir müssen in die Entwicklung kostengünstiger und schnellerer Verfahren investieren.

Wir brauchen auch eine Bündelung von Fachwissen. Deshalb begrüße ich es, wenn geplant ist, dass Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften gebildet werden, deren Angehörige sich in die höchst komplizierte und spezielle Materie einarbeiten. Letztlich kommen wir nicht umhin, über eine konkrete Strafverschärfung nachzudenken; denn es kann nicht sein, dass jemand, der vorsätzlich durch die Verunreinigung von Lebensmitteln die Gesundheit von Tausenden Menschen gefährdet, mit einem geringeren Strafmaß rechnen muss als jemand, der Lebensmittel entwendet.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Wir brauchen Verantwortlichkeit, Transparenz und Konsequenz, und dafür steht die FDP. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Fischer. - Es liegt nun eine Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Hünnerkopf vor. Herr Abgeordneter Dr. Hünnerkopf, bitte.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema "Verbraucherschutz stärken - Vorbeugung verbessern - kriminelle Machenschaften unterbinden" bringt zum Ausdruck, dass sicher die konkrete Situation, die wir noch gar nicht hinter uns haben, Anlass gibt, das, was jetzt bereits besteht, weiterzuführen. Ich denke, daran gibt es keinen Zweifel; denn es ist auch bei der Zusammenkunft der für Verbraucherschutz und den Agrarbereich zuständigen Minister und Senatoren festgelegt worden, welche Maßnahmen der Bundesminister hier zu ergreifen hat. Ich komme darauf zurück.

Dennoch gilt aus bayerischer Sicht festzuhalten - es ist zu Recht darauf hingewiesen worden -, dass der Vollzug des Lebensmittelrechts Ländersache ist und, bezogen auf Bayern, zum einen keine Gesundheitsgefahr bestand und zum anderen die bayerischen Behörden rasch gehandelt haben. Das möchte ich feststellen. Mit Sicherheit war die Information aus den anderen Bundesländern, konkret aus Niedersachsen, alles andere als zufriedenstellend. In der Zusammen-

arbeit unter den Ländern kann sicher einiges verbessert werden.

Es ist außerdem festzustellen, dass keine dioxinbelasteten Futtermittel und kein Fleisch von Schweinen, die mit dioxinbelasteten Futtermitteln gemästet wurden, nach Bayern gelangt sind. Auch von dioxinbelasteten Futtermitteln sind wir in Bayern nicht betroffen. Und auch die Lebensmittel, die 400.000 Eier, die hierher geliefert wurden, wurden zum allergrößten Teil sofort aus dem Verkehr gezogen. All dies macht deutlich, dass die Überprüfung, dass die Kontrolle bei uns funktioniert. Wenn bei den Futtermitteln insgesamt - Herr Fischer sagte es bereits - nahezu 4.000 Proben gezogen wurden, von denen 165 dioxinbelastet sind, die aber deutlich unter dem Grenzwert liegen, so macht dies auch deutlich, dass dieses Kontrollsystem funktioniert.

Meine Damen und Herren, die 14 Maßnahmen, die von Bundesministerin Aigner zusätzlich in die Wege geleitet wurden, sind zum wesentlichen Teil auch von den Agrarministern der EU übernommen worden. Mit Sicherheit werden die Maßnahmen die Kontrollmöglichkeiten nochmals verbessern. Ein Frühwarnsystem wird aufgebaut, indem alle etwas höheren Dioxinwerte in einem Pool von Daten zusammengebracht werden, sodass man sehr schnell erkennen kann, wo Handlungsbedarf besteht.

Verbessert wird auch die Lösung, dass neben den Futtermittelunternehmen, die ja bereits verpflichtet sind, die Proben zu untersuchen und zu melden, nun auch die Laboratorien dies tun müssen. Von daher ist künftig auszuschließen, was im Endeffekt zu diesem Skandal geführt hat. Wenn also alle veranlasst sind, die Proben bzw. Ergebnisse zu melden, ist situationsbezogen besserer Handlungsbedarf gegeben.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass einer der Futtermittelhersteller erkannt hat, dass erhöhte Werte festgestellt wurden, und dies gemeldet hat. So ist das Ganze durch die Eigenkontrolle in die Gänge gekommen.

Wenn hinzukommt, was inzwischen auch von der EU von den Maßnahmen der Bundesministerin aufgegriffen wurde, nämlich die Zulassungspflicht für Futtermittelbetriebe einzufordern oder auch die Trennung der Produktionsströme - dies hat Herr Fischer bereits angesprochen -, dann sind dies weitere Maßnahmen, die zu mehr Sicherheit beitragen. Die Bundesrepublik geht mit ihrer Forderung voran, eine Positivliste aller Stoffe zu erstellen, die für die Futtermittelherstellung verwendet werden dürfen. Darüber gibt es unter den EU-Agrarministern aus unterschiedlichen Erwägungen noch keinen Konsens. Meine Damen und Herren,

in der Tat ist das Bessere der Feind des Guten. Mit Sicherheit müssen all die Maßnahmen, die von der Bundeslandwirtschaftsministerin in Angriff genommen wurden, jetzt schnell konkretisiert und in Recht umgesetzt werden. Auch künftig wird man gegen kriminelle Machenschaften machtlos sein.

Eines noch: Man sollte auch bedenken, dass mit jeder weiteren Optimierung und jeder weiteren Regelung Bürokratie entsteht. Insofern kann ich mit Stolz und Zufriedenheit feststellen, dass es durch den Einsatz Bayerns gelungen ist, dass diejenigen, die in der Primärproduktion tätig sind, also unsere Landwirte, nicht in dem Maße kontrolliert werden wie die Erzeuger von Futtermitteln und die Händler.

Meine Damen und Herren, aus unserer Sicht sind die ins Auge gefassten Maßnahmen mit Sicherheit geeignet, um im Interesse unserer Verbraucher die Kontrollmöglichkeiten weiter zu optimieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die SPD-Fraktion darf ich nun Kollegen Ludwig Wörner an das Mikrofon bitten.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche mir, dass der Ministerpräsident da wäre.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde ihm nämlich gerne einige Originalzitate zu Gemüte führen. So sagte Seehofer 2006: Der Bund muss koordinieren; wir brauchen mehr Lebensmittelüberwachung; Bürger hätten früher gewarnt werden müssen; die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat für Lebensmittelsicherheit sorgt; wir brauchen ein Verbraucherinformationsgesetz, das kein Papiertiger ist; wir brauchen einen Schwerpunktstaatsanwalt; wir brauchen eine Koordination der Risikobewertung; wir brauchen die Namensnennung derer, die Verursacher sind.

(Beifall bei der SPD)

All das hat Herr Seehofer als Verbraucherschutzminister gefordert. Wenn ich dem, was ich gerade vorgetragen habe, Frau Aigners Forderungskatalog gegenüberstelle, dann sehe ich, dass sie wieder das Gleiche fordert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Zufall!)

Jetzt frage ich mich: Hat da jemand gepennt, nichts getan und Maßnahmen wie üblich nur angekündigt?

Meine Damen und Herren, so kann man mit dem Verbraucher nicht umgehen. Es ist die schlimmste Täuschung des Verbrauchers, ihm vorzumachen, dass die Politik handelt, während in Wirklichkeit bis zum nächsten Skandal nichts passiert. Dann legen wir die alte Schallplatte wieder auf, fordern wieder, dass wir dieses tun und jenes bestrafen müssen.

Das Schönste ist die Forderung nach Erhöhung der Strafen. Ich kann Ihnen nachweisen, dass wir in Bayern niemals die Höchststrafen gefordert haben, nicht einmal beim Gammelfleisch-Skandal. Dem, der dann höhere Strafen fordert, sage ich: Wendet doch erst einmal das derzeit mögliche Strafmaß an, reizt aus, was vorhanden ist; das reicht völlig aus.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ganz spannend, wenn der Herr Gesundheitsminister oder Lebensminister - so nennt er sich manchmal - in solchen Fällen auf Tauchstation geht.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

Damit hat er nicht nur die Verbraucher verunsichert, sondern auch den Landwirten heftigen Schaden zugefügt. Die Verbraucher haben nämlich in den 14 Tagen nach Weihnachten nicht gewusst, was in Bayern los ist, ob etwas aus dem Verkehr gezogen wurde, ob Lebensmittel mit Dioxin überhaupt auf den Markt gekommen sind. Wer sich so ruhig verhält wie dieser Minister, der versucht, auf Tauchstation zu gehen, womit er Verbraucher verunsichert und Landwirte und Produzenten schädigt, handelt eines Ministers unwürdig.

Man kann jetzt Überlegungen anstellen, warum er das macht: Will er nicht den Weg seines Vorgängers gehen und Fehler machen? - Aber er macht ja keine Fehler, sondern Fehler machen immer nur die anderen. Wir meinen, es wäre dringend geboten gewesen, dass der Minister frühzeitig Informationen herausgibt und nicht auf die Ämter verweist, die dann nichts sagen dürfen, wie es zu Anfang der Fall war. So kann man so etwas nicht handhaben. Damit verunsichern wir die Menschen in diesem Land. Es ist notwendig, das zu ändern.

Notwendig ist es auch, das Verbraucherinformationsgesetz, das Bayern groß gefeiert hat, zu überprüfen; denn es kann doch nicht sein, dass Gerichte feststellen müssen, dass Ihr Haus, Herr Minister, zu viel Geld für die Beantwortung von Fragen verlangt. Deswegen sind Sie ja verurteilt worden. So kann man es nicht machen und dem Verbraucher so hohe Kosten auferlegen, dass er vorsichtshalber gar nicht erst fragt. Das ist nicht der Sinn eines Verbraucherinformationsgesetzes, sondern es soll dafür sorgen, dass möglichst rasch über anstehende Probleme informiert wird. In

diesem Fall haben Sie das unterlassen. Es kann sein, dass Sie im Urlaub waren, aber es soll ja auch Staatssekretärinnen geben, wie man weiß. Ich bin schon überrascht, wenn in Ihrem Haus niemand fähig ist zu sprechen. Wenn das so ist, könnte man Ihr Ministerium vielleicht einem anderen Ministerium zuschlagen, wie ich das schon einmal vorgeschlagen habe, weil Sie Ihrer Aufgabe nicht gerecht werden.

Es ist eine uralte Forderung von uns - und auch die wärmen Sie wieder auf -, für mehr Lebensmittelüberwacher zu sorgen. Mein lieber Herr Kollege Hünnerkopf, ich darf Sie daran erinnern, dass Sie diese Forderung bei jedem Haushalt in den letzten sechs bis acht Jahren abgelehnt haben. Jedes Mal haben Sie eine Aufstockung der Zahl von Lebensmittelkontrollleuren unterlassen,

(Beifall bei der SPD)

was zu einem erheblichen Defizit führt, weil die Ausbildung der Kontrolleure eine gewisse Zeit braucht.

Sie alle miteinander waren die großen Verfechter der freiwilligen Selbstkontrolle.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf (CSU))

Jetzt haben Sie einen Scherbenhaufen wegen dieser Selbstkontrolle und müssen mühsam zurückrudern. Wir müssen sorgfältig beobachten, ob Sie überhaupt zurückrudern. Jetzt werden Sie wahrscheinlich, wie Ihr Herr Ministerpräsident, große Ankündigungen machen, am Ende wird das alles wieder Schall und Rauch sein, und beim nächsten Skandal stehen wir wieder vor demselben Problem wie heute.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die Fraktion der Freien Wähler darf ich nun Kollegin Ulrike Müller das Wort erteilen, bitte schön.

Ulrike Müller (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss meinem Vorredner schon ein wenig recht geben. Ich vermute auch, dass hinter den Vorgängen ein gewisses System steht. In schöner Regelmäßigkeit werden Lebensmittelskandale aufgedeckt. Dann sind alle verantwortlichen Politiker aufgeschreckt und werden sehr aktiv. Mit gleicher schöner Regelmäßigkeit werden von den politischen Akteuren Vorschläge gemacht, und mit der gleichen Regelmäßigkeit verschwinden die ganzen guten Papiere in den Schubladen, bis die nächste Sau durchs Dorf getrieben wird. So können wir nicht weitermachen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Es erschreckt mich, wenn ich die Inhalte betrachte, welche die Talkshows zurzeit den Verbrauchern vermitteln wollen. Unsere Bevölkerung hat da ganz unterschiedliche Ansichten. Die Werbung vermittelt uns eine heile Welt der Sennerin, die Lebensmittel produziert. Wir müssen einmal die gesamte Werbebranche und die Lebensmittelverarbeiter an ihre Eigenverantwortung erinnern. Die sollen sich überlegen, welche Inhalte in ihren Botschaften vermittelt werden. Wenn die Verbraucher dann feststellen, dass die Realität anders ist, gibt es ein böses Erwachen und riesige Probleme. Eine ehrliche Information wäre der erste Schritt hin zu einem realistischen Verbraucherschutz. Eine Werbung, welche die romantische Vorstellung von längst vergangenen Produktionsformen millionenfach in die Köpfe der Verbraucher trägt, ist keine ehrliche Information.

Wir haben zum Thema Dioxin einen eigenen Antrag eingebracht. Wir sind der Meinung, wir brauchen mehr Lebensmittelkontrolleure, die vom Freistaat kontrolliert und gesteuert werden. Es kann nicht sein, dass der Veterinärassistent vor Ort die Ställe und Bauern kontrolliert und gleichzeitig Futtermittelproben entnehmen muss. Hierfür benötigen wir eine übergeordnete Stelle. Das haben wir mit unserem Antrag gefordert. Ich bin der festen Überzeugung, dass bei Überschreitung der Grenzwerte die Weitermeldung an die staatliche Behörde vonseiten der Labors nicht ausreicht, weil in diesem Fall keine eigenen Proben entnommen werden würden. Das ist meine feste Überzeugung. Im Ausschuss können wir über das spezielle Thema Dioxin gerne diskutieren.

Ich möchte, dass die bayerischen Bauern als Opfer und als Verbraucher angesehen werden. Sie sind unverschuldet in diese Situation gebracht worden. Verbraucherschutz bedeutet für mich, dass der Staat seiner Verantwortung mit der Gewährleistung einer entsprechenden Erziehung nachkommen muss. Die Erziehung sollte nicht nur aus der theoretischen Aus- und Weiterbildung sowie Ernährungsbildung in den Grundschulen und Kindergärten bestehen, sondern gezielt mit entsprechenden Projekten in Schullandheimen aktiv umgesetzt werden. Wie ernähre ich mich gesund? Das ist eine Herausforderung; denn Wissen bedeutet für mich auch Macht. Wissen bietet die Möglichkeit, die Kennzeichnung richtig zu lesen, um den Scheindiskussionen in den Talkshows nicht auf den Leim zu gehen. Das hat etwas mit Lebensbildung zu tun.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Hier sind unsere Grundsteine. Die müssen in der Familie gelegt werden. Dafür ist der Staat verantwortlich. Hierfür müssen ebenfalls die Lehrpläne überarbeitet werden.

Zusammenfassend sage ich klar und deutlich: Die Rückverfolgbarkeit hat bei Dioxin sehr gut funktioniert. Gott sei Dank sind wir hier in Bayern nicht betroffen. Allerdings benötigen wir klare und effektive Kontrollsysteme in der Produktion, die greifen und wirkliche Kontrollsysteme sind. Man muss sie so nennen dürfen. Wir brauchen eine klare Kennzeichnung und Transparenz auf der Verpackung. Hier ist ebenfalls nachzubessern. Wir brauchen die Wissensvermittlung in den Schulen und Kindergärten. Dann kommen wir mit dem effektiven Verbraucherschutz sicher weiter.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als Nächste hat für die GRÜNEN Frau Anne Franke das Wort.

Anne Franke (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben es bereits gesagt: Nach BSE-Krise und Gammelfleisch haben wir jetzt wieder einen Dioxin-Skandal. Die Lebensmittelskandale ereignen sich mittlerweile jährlich genauso sicher wie Weihnachten und Ostern. Wir sind alle voraussichtlich für ein paar Wochen wieder empört. Wieder wird uns erzählt: Ab jetzt wird alles anders. Ab jetzt gibt es ein 14-Punkte-Programm. Dort heißt es, dass die Futtermittelbetriebe endlich eine Zulassung benötigen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind entsetzt, weil es diese noch gar nicht gegeben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und den Freien Wählern - Zurufe von der CSU)

Ich mache mal weiter. Ich höre Sie schlecht.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Jetzt ist mal gut da hinten! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir sind auch darüber entsetzt, dass die Produktionsströme zwischen Industrie- und Futterfetten jetzt endlich entflochten werden. Wir haben immer gedacht, dass dies schon längst geschieht.

(Zurufe von der CSU)

- Frau Künast hat viel gemacht.

Jetzt soll endlich eine Haftungsverpflichtung eingeführt werden. An dieser Stelle sind wir ebenfalls entsetzt. In anderen Betrieben gibt es schon längst Produkthaftung. Warum gibt es diese nicht bei den Futtermittelherstellern? Über so viel ungeahnte Lax-

heit sind die Verbraucherinnen und Verbraucher zu Recht entsetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dem 14-Punkte-Programm heißt es ebenfalls, dass die Zahl der Lebensmittelkontrollen erhöht werden soll. Das ist genau das, was wir immer wieder gefordert haben. Der Skandal zeigt, dass dies dringend nötig ist.

Das Gegenteil ist gerade der Fall. Aus meinem Landkreis, dem Landkreis Starnberg, habe ich gerade erfahren, dass die Zahl der Lebensmittelkontrolleure dort von vier auf drei reduziert wird. Herr Söder hat uns vor zwei Wochen erzählt, dass immer wieder Lebensmittelkontrolleure eingestellt worden seien. Genau das Gegenteil ist der Fall.

Ich komme zum Informationsfluss, den wir in den letzten Wochen erlebt haben. Der Informationsfluss kam hier in Bayern unverantwortlich langsam in Gang.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das war ein Tröpfeln!)

Herr Söder hat wochenlang geschwiegen. Von Herrn Brunner und Frau Merk war überhaupt nichts zu hören. Dem Münchner Kreisverwaltungsreferat wurde ein Maulkorb verpasst. Das Verbraucherschutzportal V.I.S., das immer so gelobt wird, hat erst am 10. Januar - 14 Tage nach Veröffentlichung der Dioxinbelastung - die Nummern der betroffenen Eier bekanntgegeben. Dies war in anderen Bundesländern schon längst geschehen. Dass Verbraucherschutz in Bayern keine hohe Priorität genießt, wird klar, wenn man die Verteilung der Zuständigkeit auf drei Ministerien betrachtet. Gesundheits-, Justiz- und Landwirtschaftsministerium schieben sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da fehlt einfach die Schlagkraft. Die Leidtragenden sind die Landwirte und die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Jetzt komme ich zu einem ganz wesentlichen Punkt, der über den jetzigen Aktionismus hinausgeht. Wir können nämlich vermuten, dass nach der großen Aufregung ebenfalls nicht viel passieren wird. Wir haben gehört, dass der Dioxin-Skandal einen Bio-Boom ausgelöst hat. Doch schon ohne diesen Boom übersteigt mittlerweile die Nachfrage das Angebot der in Deutschland hergestellten Bioprodukte bei Weitem. Eine neue Studie der Universität Bonn kommt zu dem Ergebnis, dass der Handelsumfang in den letzten zehn Jahren um 180 % zugenommen hat. Die Fläche

für den Ökolandbau ist jedoch nur um 75 % gestiegen. Die Ökobauern verlieren somit immer mehr Anteile am heimischen Markt, obwohl Deutschland der größte europäische Absatzmarkt für Bioprodukte ist. In der Studie wird diese Entwicklung mit der Absenkung der Förderung für den Ökolandbau begründet. Das erleben wir leider auch in Bayern. Damit wird die Umstellung auf Bio für die Bauern zu einem immer größeren finanziellen Risiko. Wir meinen, das muss sich ändern. Die Förderung für den Ökolandbau muss erhöht statt weiter abgeschmolzen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Dioxin-Skandal hat gezeigt, dass wir ein anderes System für die Lebensmittelerzeugung benötigen. Wir müssen von der Hochleistungsagrarindustrie mit Tierfabriken, Gentechnik und Dumpingexporten wegkommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen wegkommen von diesem System, das mit seinen komplizierten Stoffströmen geradezu zu kriminellen Machenschaften einlädt. Wir müssen von einem System wegkommen, das Tiere misshandelt, durch Agrochemie unsere Böden kaputt macht und unser Wasser gefährdet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, blicken Sie bitte einmal kurz auf die Uhr.

Anne Franke (GRÜNE): - Einen Satz noch. Wir brauchen eine ökologische Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel erzeugt - Lebensmittel, in die wir Vertrauen haben können. Das ist der einzige und längst überfällige Weg zu überschaubaren regionalen Kreisläufen für die Erzeugung von Lebensmitteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die FDP-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Dr. Otto Bertermann an das Mikrofon bitten.

Dr. Otto Bertermann (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Wörner, Sie hätten mir keine bessere Steilvorlage geben können als die Geschichte des Verbraucherschutzes, die im Jahre 2006 beginnt. Haben Sie denn die Dioxin-Skandale vergessen, die im Jahre 1998 bekannt wurden? Damals wurde Dioxin in der Milch gefunden. Wer waren denn damals die verantwortlichen Minister? Ich lese hier Funke und Künast. Das sind doch keine Christsozialen oder Christdemokraten. Es waren die SPD und die GRÜ-

NEN, die damals die Verantwortung hatten. Wer war 1999 für Dioxin in Lebensmitteln, im Schweinefleisch verantwortlich? Wer war 1999 die verantwortliche Ministerin?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer hat zum ersten Mal aufgeklärt? Künast! Sie hat aufgeklärt! Sie war die Erste, die aufgeräumt hat!)

Frau Künast war verantwortlich.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie hat aber aufgeklärt!)

Wer war im Jahr 2005 für Dioxin in Freilandeiern verantwortlich? Frau Künast und Herr Trittin.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Vorher haben alle die Eier gegessen, weil es keiner wusste!)

Damals waren die GRÜNEN schon im Doppelpack verantwortlich. Es ist doch Geschichtsklitterung, wenn Sie sagen, dass die Geschichte erst im Jahr 2006 anfängt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sage es ganz klipp und klar: Seit 1998 hatten grüne Minister die Chance, Regelungen zu treffen, mit denen so etwas verhindert werden konnte.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie haben nichts zustande gebracht!)

Der Dioxinskandal ist doch keine Eintagsfliege. Wenn die Rahmenbedingungen anders gewesen wären, hätte die Chance bestanden, ihn zu verhindern. Wir tragen nicht die Verantwortung. Es sind die GRÜNEN und die Roten. Auch der liebe Herr Gabriel war 1999 bis 2003 in Niedersachsen verantwortlich. Auch der hat die Rahmenbedingungen nicht so gestaltet, dass diese Skandale hätten verhindert werden können.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Märchenonkel!)

Der Hinweis auf kriminelle Energie ist richtig. Die GRÜNEN und die Roten haben es aber versäumt, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Dioxinskandale nicht mehr auftreten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist doch die Wahrheit. Alles andere ist Geschichtsklitterung.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ich sage Ihnen nur: 4 %!)

- 4 % sind vier qualitative Prozente, die in Wirklichkeit 8 % sind.

Lassen Sie mich etwas sagen: In Bayern hat die Kontrolle funktioniert. Kein Verbraucher ist zu Schaden gekommen. Auch die Information hat funktioniert. So viel zu Bayern.

Darüber, wie es auf Bundesebene war, kann man diskutieren. Vielleicht hat Frau Aigner am Anfang nur mit angezogener Handbremse gehandelt. Später hat sie aber doch den vierten Gang eingelegt. Das muss man der Wahrheit halber sagen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie ist aber verantwortlich!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es gibt keine hundertprozentige Sicherheit im Verbraucherschutz. Das Sicherheitsnetz muss aber so eng geknüpft werden, dass allein die Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden, abschreckt. Das ist entscheidend. Wir müssen das Vertrauen der Verbraucher wiedergewinnen. Es darf nicht heißen: "Made in Germania" oder "in Germany" wie der Niederbayer sagen würde, sondern es muss "made in Germany" heißen. In der Qualität der Produkte besteht der Unterschied. Erst dann können wir über Tierschutz, Landwirtschaft und Massentierhaltung sprechen. Hier sind wir den GRÜNEN schon etwas näher gekommen, denn die Massentierhaltung hinterfrage ich auch. Wir brauchen mehr Klasse und weniger Masse, weil uns die Sorge der Verbraucher und die Angst um die Existenz der Landwirte am Herzen liegen. Deshalb meine ich, dass die GRÜNEN die Verbraucher in Deutschland getäuscht haben. Die grüne Welt ist von Münchhausen und nicht von der politischen Wirklichkeit geprägt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die CSU-Fraktion darf ich nun Frau Petra Guttenberger das Wort geben.

Petra Guttenberger (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sei nichts geschehen, es sei zu langsam gehandelt worden, es sei das Falsche passiert oder was auch immer - Herr Wörner, durch viel Wiederholen wird es auch nicht richtiger.

Wie wir gerade gehört haben, hat die Kontrolle funktioniert. Maßnahmen sind ergriffen worden, auch wenn Sie es nicht so gerne hören. Wir sind der Überzeugung, dass der wirksamste Schutz letztendlich Transparenz ist. Wirksame Kontrollen und Sanktionen durch Transparenz werden in Zukunft noch stärker durch die Veröffentlichung von Lebensmittelwarnungen auf einem gemeinsamen Internetportal gewährleistet. Die Meldepflicht soll verschärft werden. Mit der Novellierung des Verbraucherinformationsgesetzes

werden den Behörden noch stärkere Pflichten auferlegt.

Die Abschreckung müssen wir, wie es Kollege Bertermann gesagt hat, nicht nur mit Transparenz, sondern auch mit strafrechtlichen Mitteln verstärken. Wir haben gerade gehört, es sei früher nichts passiert. Das stimmt auch nicht. Das Verbraucherrecht wurde bereits nach den vorangegangenen Lebensmittelkandalen durch vielfältige Änderungen des Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuches verschärft. Wer vorsätzlich schädliches Futter in Verkehr bringt, kann mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren belangt werden. Auch Fahrlässigkeit ist strafbar. Bei gewerbsmäßigem und planmäßigem Handeln droht sogar eine Freiheitsstrafe von zehn Jahren. Diese Strafbestimmungen müssten auch konsequent abgewendet werden.

Nichtsdestoweniger müssen wir jetzt überprüfen, ob der Strafraum noch passt oder ob wir anders handeln müssen. Diese Überprüfung ist vor dem Hintergrund notwendig, dass die Wirtschaftsströme inzwischen sehr viel komplexer geworden sind. Die Vermischung, die Vermengung und die Verarbeitung sind komplexer geworden, und Abnehmer können plötzlich damit konfrontiert werden, dass sie selbst in hohem Umfang nicht rechtskonforme Produkte in Verkehr bringen, wenn sie nicht rechtskonform erzeugte Produkte verarbeiten. Damit können sie selber großen Schaden erleiden. Wir müssen deshalb überprüfen, ob die Strafbedingungen noch stimmen oder ob der Strafraum im einen oder anderen Fall angehoben werden muss.

(Horst Arnold (SPD): Wer ist dafür zuständig?)

Zweitens sind wir der Ansicht, dass die Effizienz bei der Ermittlung und Verfolgung von Straftaten gesteigert werden muss. Aber auch da sind wir nicht untätig geblieben. Auch hier ist auf Vorfälle in der Vergangenheit reagiert worden. Bereits heute gibt es bei den Staatsanwaltschaften besondere Ansprechpartner und Sonderdezernenten für Lebensmittelstraftaten.

(Horst Arnold (SPD): So, so, so! Ein Drittelreferat!)

Bereits heute gibt es regelmäßige Besprechungen dieser Ansprechpartner mit der Polizei und den Lebensmittelüberwachungsbehörden. Wir sind der Ansicht, dass man noch einen Schritt weitergehen und mit der Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften eine noch stärkere Abschreckung bewirken sollte. Dabei soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass für die Verfolgung solcher Straftaten sehr spezielle Kenntnisse erforderlich sind und dass man gerade in dem sehr komplexen Bereich der Le-

bens- und Futtermittelindustrie bei der Strafverfolgung und den nachfolgenden Maßnahmen von sehr guten Branchenkenntnissen und Strukturkenntnissen in erheblichem Maße profitieren kann. Deshalb werden wir den Strafrahmen und damit den Abschreckungseffekt überprüfen.

Auf der anderen Seite werden wir schauen, wie wir die Strafverfolgung durch die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften noch effizienter voranbringen können. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir dabei auf einem guten Weg sind. Natürlich können wir nie garantieren, dass irgendwelche kriminellen Kräfte am rechtswidrigen Handeln gehindert werden. Der jetzige Vorfall hat aber auch gezeigt, dass eine effiziente und schnelle Handhabung durch die Politik und durch die überprüfenden Behörden gewährleistet ist, wenn es zu solchen Verstößen kommt.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die SPD darf ich dem Kollegen Horst Arnold das Wort geben.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es gibt eine Romanserie "Die drei Fragezeichen" mit Alfred Hitchcock in einer Nebenrolle. Diese Serie war sehr beliebt, und die drei Fragezeichen sitzen bei uns im Landtag auf der Regierungsbank. Es sind nämlich die Minister, die zuständig sind - jeder irgendwie und doch wieder nicht. Wir haben für den Verbraucherschutz eine hochgeschätzte Kollegin. Der hochgeschätzte Landwirtschaftsminister weiß gar nicht, weshalb welcher Betrieb stillgelegt wird. Gesundheitsminister Dr. Söder hat diesbezüglich vor Weihnachten auf "Stillsein" gemacht.

Die drei Fragezeichen sind nicht nur ein persönliches, sondern sie sind ein politisches Problem. Wir haben von Anfang an angemahnt, den Verbraucherschutz dorthin zu geben, wo effiziente Ergebnisse erarbeitet werden können.

(Beifall bei der SPD)

Frau Aigner hat am 19. Januar 2011 einen sogenannten Pisa-Test für die Lebensmittelkontrolle ausgerufen und dazu erklärt, um die besten Lebensmittelkontrollen solle ein Wettkampf der Länder eingeleitet werden. Erstens ist zu fragen, wer wen kontrolliert. Zweitens ist anzumerken: Wir haben derzeit 313 staatliche Kontrolleure. Bei dem Gesetz, das Frau Aigner vorsieht, reichen diese 313 staatlichen Kontrolleure allenfalls entweder für Nordbayern oder für Südbayern - je nachdem. Die Kontrolleure sind überfordert. Jeweils 60 bis 62 wären das für die kreisfreien Städte und darüber hinaus noch sechs Kontrolleure insgesamt. Würden Sie es mit der massiven und intensiven Kon-

trolle ernst meinen, dürften Sie für die Lebensmittelkontrolleure keine Wiederbesetzungssperre von zwölf Monaten vorsehen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Maßnahme könnte der Freistaat Bayern umsetzen. Was machen Sie? - Zwölf Monate Wiederbesetzungssperre. Es kann sein, dass irgendwann ein Amt nicht mehr existiert, weil die Wiederbesetzungssperre die Stellenbesetzung behindert.

Ich komme zum Vorschlag, Schwerpunktstaatsanwaltschaften zu bilden. Ja, das hätten wir machen können, wie wir das für Doping gemacht haben. Warum geschieht es nicht? Warum wird es von der CSU gefordert, obwohl die CSU die ganze Zeit über schon an der Regierung ist? - Ich verstehe das nicht. Herr Kollege Dr. Bertermann, ich glaube, Sie haben ein geschichtsklitterndes Bild. Als Freier Demokrat müssen Sie das in diesem Zusammenhang auch haben; denn es waren nicht die Bauern, die die Verseuchung verursacht haben, sondern das war die Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Hierbei nur von grundsätzlichen, kriminellen Maßnahmen zu sprechen, ist ebenfalls eine Klitterung, weil es systemimmanent ist, Dioxin bis zu einem gewissen Grenzwert abzubauen, um damit Gewinn zu machen. Das System fördert momentan solches Handeln. Wir müssen die Gewinne ins Auge fassen. Insofern ist es wichtig, Hand anzulegen.

Der Meilenstein der Verbraucherpolitik, das Verbraucherinformationsgesetz, wurde schon angesprochen. Da heutzutage ein Abgeordneter nicht erfahren kann, welche Betriebe möglicherweise von Stilllegung betroffen sind, frage ich: Was nutzt das Gesetz dann den Verbrauchern? Wenn der Verbraucher bis zu 1000 Euro Gebühren zahlen muss, schreckt ihn das ab. Deshalb ist es nötig, dass der Verbraucherschutz betriebsübergreifend vom Bund geregelt wird. Das Verbraucherinformationsgesetz hat die Zugangs-schranken Betriebs- und Geschäftsgeheimnis. So mancher juristische Kollege wird ins Feld führen, dass es Betriebs- und Geschäftsgeheimnis sei, aus welchen Zutaten ein Futtermittel gemischt wird. Ich kann mir vorstellen, dass das Verbraucherinformationsgesetz deshalb nicht greifen wird.

Wir müssen offen und ernst miteinander reden. Folgendes dürfen wir nicht machen: Politik mit Angst und ängstliche Politik. Wir sollten aus dem Vorfall lernen. Wir sollten die Zuständigkeit klären, die Wiederbesetzungssperre abschaffen und offen und transparent informieren.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Kreuzer hat auf seine Wortmeldung verzichtet, sodass Sie, wenn Sie heute Abend fünf Minuten eher zuhause sind, wissen, bei wem Sie sich bedanken können. Deswegen darf ich abschließend Frau Staatsministerin Dr. Merk das Wort erteilen.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Arnold, der Witz mit den drei Fragezeichen mag recht lustig scheinen, ist für Sie aber nicht mehr lustig, wenn ich hinzufüge, dass am Ende die drei Fragezeichen jeden Fall lösen. Das machen auch wir.

(Maria Noichl (SPD): Wann ist denn das Ende?)

- Wissen Sie, würden wir so arbeiten, wie Sie reden, hätten wir beim Verbraucherschutz ein echtes Problem; denn ohne Fakten kann man keinen Verbraucherschutz machen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben deutlich gehört, dass immer wieder kritisiert worden ist, dass Informationen sehr spät kamen. Man muss die Informationen erst haben. Die Probleme sind nicht in unserem Land aufgetaucht; das wissen Sie inzwischen. Die Firma, die gemeint hat, aus Dreck Geld machen zu müssen, ist auch nicht in unserem Land. Ohne Informationen können auch wir nicht handeln. Die Informationen müssen erst ins Land kommen. Das war Punkt eins.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweitens. Zu Ihrer Behauptung, wir würden nichts tun, muss ich Ihnen schlichtweg sagen, dass Sie keine Ahnung haben, wovon Sie reden. Wir handeln längst. Wir sorgen zum Beispiel für eine weitreichende Verbraucherbildung. Sie schließt die Ernährungsbildung mit ein, für die sich Kollege Brunner intensiv einsetzt.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

Vor Kurzem hat auf seinen Vorschlag hin die Staatsregierung die Errichtung eines - -

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

- Hören Sie doch zu, dann wären die Fragen zielgerichteter.

Wir haben auf seinen Vorschlag hin die Errichtung des Kompetenzzentrums Ernährung beschlossen. Dort werden künftig alle Fäden zum Thema Ernährung zusammenlaufen. Das ist längst beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es hat sich weiterhin gezeigt, dass die eigentliche Verantwortung für die Lebensmittelsicherheit nicht bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern liegt. Sie liegt bei der Verantwortung der Produzenten. Heute hat jeder schon einmal gesagt, dass die Landwirte die Leidtragenden seien. Von ihnen verlangen und erhalten wir Produktion nach guter fachlicher Praxis. Wir verlangen die Einhaltung der gesetzlichen Standards, und zwar vom kleinen Landwirt genauso wie vom großen. Den Landwirten muss man ein dickes, fettes Lob aussprechen, weil sie diesen Erwartungen hervorragend gerecht werden.

Das Problem liegt woanders. Das Problem liegt bei den kriminellen Machenschaften Einzelner im Bereich der Futtermittelindustrie. Dazu kann ich Ihnen sagen: Wir arbeiten konsequent mit Kontrolle auf der einen Seite und Verfolgung und Bestrafung auf der anderen Seite. Wir tun alles für effiziente, engmaschige Kontrollen der Betriebe. Missstände müssen möglichst im Keim erstickt werden. Es kann aber nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir mit blindwütigen Forderungen antreten. Es ist eine Binsenweisheit, man muss sie nur immer wieder in Erinnerung bringen: Die besten Kontrollen und das engmaschigste Aufsichtsnetz verhindern nicht, dass einzelne Kriminelle, die jedes Verantwortungsgefühl über Bord geworfen haben, gigantische Schäden anrichten können. So schwer es fällt, 100-prozentige Sicherheit kann und wird es auch dann nicht geben, wenn wir neben jede Henne einen Bodyguard und neben jeden Produzenten einen Kontrolleur stellen. Wir verlangen auch nicht für jedes Auto einen Fahrtschreiber, weil immer wieder Unfälle wegen zu hohem Tempo passieren.

Richtig ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das Kontrollsystem, das jetzt schon gut funktioniert - das haben wir vorhin auch gehört - weiter optimiert wird. Das ist keine Frage. Der Entwurf der Novelle des Verbraucherinformationsgesetzes - Herr Arnold, wollen Sie auch zuhören? - hat uns zufällig heute erreicht. Damit entsteht mehr Verbraucherinformation und den Verbrauchern werden mehr Möglichkeiten gegeben. Nur, Herr Arnold, sagen Sie bitte nicht immer falsche Sachen. Bei Verstößen spielen Betriebsgeheimnisse keine Rolle. Wenn es sich um Rechtsverstöße handelt, gibt es die Möglichkeit der Einsicht. Damit ist auch das geklärt.

(Horst Arnold (SPD): Das sagen Sie!)

- Ja, das sagt auch das Gesetz. Das muss man hinzufügen.

(Horst Arnold (SPD): Dazu wird aber Recht gesprochen!)

- Ich trete in keinen Dialog ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die zuständige Ministerin und die zuständigen Minister im Bund und in den Ländern haben partei- und länderübergreifend - auch die GRÜNEN - mit dem 14-Punkte-Aktionsprogramm die völlig richtige Reaktion gezeigt. Wir unterstützen es ohne jeden Vorbehalt.

Für mich als Justizministerin ist es elementar, dass kriminelle Machenschaften konsequent verfolgt und hart bestraft werden. Liebe Petra Guttenberger, ich unterstütze voll, was du gesagt hast. Mit harter Bestrafung meine ich nicht Geldstrafen, die möglicherweise aus den ergaunerten Gewinnen bezahlt werden. Wir müssen vielmehr an das Eingemachte gehen. Die Sanktion muss gespürt werden.

Die Hersteller des verseuchten Tierfutters waren in anderen Ländern tätig. Wären wir aber in Bayern betroffen, dann könnten wir sagen: Wir haben die zentralen Voraussetzungen: Wir haben den kurzen Draht zu allen Beteiligten. Es gibt bei allen Staatsanwaltschaften in Bayern spezielle Ansprechpartner für Lebensmittelstraftaten. In der Vergangenheit haben wir in groß dimensionierten Fällen mit einer Vielzahl von Taten und Beschuldigten punktgenau reagiert. Wir haben bayernweite Spezialzuständigkeiten in Kempten und in Memmingen geschaffen - Herr Arnold, das wissen auch Sie -, und wir werden in Zukunft noch mehr tun. Ich werde eine Staatsanwaltschaft als Schwerpunktstaatsanwaltschaft benennen, die das fachliche Know-how bündelt und die bei solchen Verfahren konzentriert arbeiten kann. Damit sind Ihre Forderungen genauso erfüllt wie ein wichtiger Punkt des 14-Punkte-Programms.

Es bleibt die Frage nach dem Strafrahmen. Wenn jemand Futtermittel systematisch und nur, um die eigene Kasse aufzufüllen, verunreinigt, können meist Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren verhängt werden. Das ist schon jetzt so. Ansonsten haben wir Spezialtatbestände im Lebensmittel- und Futtermittelgesetz, die ebenfalls mehrjährige Haftstrafen ermöglichen. Ich frage mich allerdings, ob das Futtermittelstrafrecht schwerste Fälle nicht sogar als Verbrechen einstufen muss, und das heißt mit einer Mindeststrafe von einem Jahr. Wer aus reiner Profitgier die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher aufs Spiel setzt, darf nicht nur mit einer Geldstrafe davonkommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben also viel getan, wir tun auch weiterhin sehr viel. Wir werden informieren, sobald wir über die Fakten Bescheid wissen. Wir werden überprüfen und weiter optimieren. Ich bin überzeugt davon: Was in Bayern getan wird, kann sich sehen lassen, auch wenn es dafür einen Pisa-Test gäbe.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Wir haben die Rednerliste abgearbeitet, damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 a auf:

Erste Lesungen
zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an den jeweils federführenden Ausschuss überwiesen werden sollen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur **Änderung der Bayerischen Bauordnung** (Drs. 16/6309)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes** (Drs. 16/6982)

In der Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe mit den als federführend angesehenen Ausschüssen aufgeführt. Gibt es hinsichtlich der Zuweisungsvorschläge noch Änderungswünsche? - Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisungen. Wer mit der Überweisung an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Das waren alle Fraktionen des Hauses. Gegenprobe? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen. Die Gesetzentwürfe werden den genannten Ausschüssen zur Federführung zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 b und 4 c auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD)
zur **Sicherung von Tariftreue und Mindestlohn, ökologischen Kriterien und Frauenförderung bei Auftragsvergaben des Freistaats und der Kommunen (Bayerisches Vergabegesetz - BayVG)**
(Drs. 16/6700)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) eines Bayerischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe (Bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz - BayTarifG) (Drs. 16/6854)

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion wird von Herrn Kollegen Dr. Wengert begrüßt - ich meine natürlich begründet. Begrüßt wird der Gesetzentwurf wahrscheinlich auch.

(Allgemeine Heiterkeit)

Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Dr. Paul Wengert (SPD): Vielen Dank. - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die öffentliche Hand aus Steuermitteln Aufträge für öffentliche Infrastrukturmaßnahmen wie beispielsweise für große Bauvorhaben, für den Straßenbau, für Schulsanierungen oder auch für den Schienenverkehr erteilt, dann ist es eigentlich Pflicht und auch Selbstverständlichkeit, dass die Arbeiten nicht zu Dumpinglöhnen erbracht werden dürfen. Die Beschäftigung zu Löhnen, die durch Sozialleistungen aufgestockt werden müssen, soll und darf durch den Zuschlag bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht gefördert werden. Es kann nicht angehen, dass allein der niedrigste Preis für die Vergabe ausschlaggebend ist. Es muss Schluss sein damit, dass Firmen ihren Beschäftigten Hungerlöhne zahlen, um bei Ausschreibungen zulasten ihrer Beschäftigten einen Wettbewerbsvorteil zu haben. Beide vorliegenden Gesetzentwürfe sehen hierfür Regelungen vor.

Wir wollen nicht, und das wollen auch die Wirtschaft und insbesondere das Handwerk nicht, dass solche Wettbewerbsvorteile entstehen. Wir wollen die heimische Wirtschaft vor Billigkonkurrenz schützen und den Beschäftigten existenzsichernde Löhne gewährleisten. Wir wollen einen fairen Wettbewerb, einen Wettbewerb um Zuverlässigkeit, um Leistungsfähigkeit und um Fachkunde. Wir wollen Wettbewerbsverzerrungen vermeiden, die dadurch entstehen, dass der Wettbewerbsvorteil auf Lohndumping beruht. Das ist umso dringlicher, als ab 1. Mai 2011 für die Bürgerinnen und Bürger aus acht der zwölf osteuropäischen EU-Beitrittsländer das Recht besteht, Arbeit überall in der EU aufzunehmen. Wir wollen nicht, dass diese Menschen aufgrund des Herkunftslandprinzips mit

den in ihren Heimatländern üblichen Niedrigstpreisen abgespeist werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben aufgrund der Dienstleistungsrichtlinie ja nur in einigen wenigen Sparten unsere Mindestlöhne als maßgeblichen Ansatz.

Mit dem Bayerischen Vergabegesetz, das wir Ihnen im Entwurf vorlegen, wollen wir auch die Arbeitslosigkeit bekämpfen und die sozialen Sicherungssysteme stärken.

Es liegt Ihnen auch ein Gesetzentwurf der GRÜNEN vor, der nur eine Woche nach unserem Entwurf eingereicht wurde. Beim Gesetzentwurf der GRÜNEN hat anscheinend die Hast gesiegt, denn eine Begründung wurde leider nicht beigefügt. Durch Vollzeitbeschäftigungen, in denen das erzielbare Einkommen so gering ist, dass es durch Sozialleistungen aufgestockt werden muss, wird das System der sozialen Sicherheit durch ein niedriges Beitragsaufkommen geschwächt. Wer nicht viel verdient, zahlt eben auch keinen hohen Beiträge, und so setzt sich die Kette fort bis hin zur Altersarmut. Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme sind entscheidende Belange des Gemeinwohles, die die Regelungen in dem von uns vorgelegten Gesetzentwurf verfassungsfest machen.

Absolut dringender Handlungsbedarf besteht auch deshalb, weil seit der Aufhebung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes durch die CSU/FDP-Mehrheit des Landtags am 16.12.2009 ein Vakuum entstanden ist. Ohne wirkliche Not wurde dieses Gesetz im Hauruck-Verfahren kassiert, nachdem es das Bayerische Staatsministerium des Innern schon einhalb Jahre zuvor für nicht mehr anwendbar erklärt hat, am Landtag, am Gesetzgeber vorbei. Die Zeitspanne bis zur Befassung des Landtags erschien selbst dem damaligen Debattenredner Erwin Huber als "ungewöhnlich lang".

Wir legen dem Landtag mit unserem Gesetzentwurf einen Lösungsvorschlag vor, in welchem Regelungen zur öffentlichen Auftragsvergabe des Freistaats und der Kommunen in Bayern und von Einrichtungen und Verbänden, die diesen gleichzustellen oder gleichgestellt sind, und zu den bei Ausschreibungen zu beachtenden Grundsätzen getroffen werden. Hierzu zählen: die Bindung an die nach dem Arbeitnehmerentendengesetz fixierten Löhne; die Bindung an die in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Lohnsätze in Ausschreibungen von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs; die Festschreibung eines Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde, soweit es für bestimmte Branchen keine Tarifverträge gibt oder die

dort vorgesehenen Tariflöhne diesen Betrag unterschreiten. Die Beachtung ökologischer Kriterien und die Frauenförderung runden dieses Gesetz ab. Entsprechende Regelungen auf Bundesebene, die gemäß Art. 74 des Grundgesetzes im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung den Vorzug genießen würden, sind nicht in Sicht. Deshalb müssen wir so handeln, wie das einige andere Länder schon getan haben und wie die meisten anderen Länder in der Bundesrepublik das in den nächsten Monaten tun werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Staatsregierung hat ein ganzes Jahr verstreichen lassen ohne zu handeln. Die SPD-Fraktion handelt ganz im Gegensatz zu der Behauptung von Herrn Kollegen Schmid, die dieser bei der Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten aufgestellt hat. In unseren Reihen herrscht der Stillstand jedenfalls nicht. Wir haben alle denkbaren Streitfragen insbesondere im Hinblick auf das europäische Gemeinschaftsrecht, das Grundgesetz, die Bayerische Verfassung und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs überprüft. Wir freuen uns auf die Beratung zu unserem Gesetzentwurf in den Ausschüssen. Wir werden dort auch zum Gesetzentwurf der GRÜNEN zum Vergaberecht, der im Eilverfahren eingebracht wurde, detailliert Stellung nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Den Gesetzentwurf der GRÜNEN begründet Herr Kollege Dr. Runge. Bitte schön.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist erstaunlich, was Kollege Wengert mit "Hast" und "Eilverfahren" meint. Wenn er sich ein bisschen mit der Thematik befasst hat, wird er gesehen haben, dass wir seit zwölf Jahren jede Menge Anträge und Gesetzentwürfe geschrieben haben. Selbst die letzte Novellierung des Bauauftragsvergabegesetzes wurde durch uns initiiert. Im Übrigen, Herr Kollege Wengert, die Begründung finden Sie in unserem Gesetzentwurf vorne.

Wir haben genauso wie Sie manche Teile aus den Bundesländern übernommen, die schon eine mit dem Ruffert-Urteil verträgliche Regelung gefunden haben, und die dann jeden Satz einzeln begründet. Das einfach abzutippen, denke ich, ist es nicht wert.

Also es geht um eine wichtige Causa, nämlich darum, eine Rechtsgrundlage für Tariftreueregelungen wiederherzustellen. Herr Kollege Wengert hat zu Recht angemahnt, dass die Staatsregierung ein Jahr lang gar nichts gemacht hat. Sie hat ohne Not - das Ge-

setz hieß damals Gesetz zur Änderung des Pressegesetzes und anderer Gesetze - die bisherige Regelung aufgegeben, und das in einer Sache, bei der sie sich vorher immer so gelobt hat. Wir waren ja ganz vorne dran. Es war im Juni 1996. Damals gab es zum ersten Mal den Beschäftigungspakt Bayern. Ein Teil davon hieß Beschäftigungsprogramm. In diesem Beschäftigungsprogramm hat sich der Freistaat Bayern zum ersten Mal verpflichtet, bei Ausschreibungen und bei Vergaben die Tariftreue abzufragen. Das Ganze ist irgendwann einmal in Gesetzesform gekleidet worden. Das war im Jahr 2000 mit dem Bayerischen Bauauftrags-Vergabegesetz. Das wurde im Jahr 2007 modifiziert, weil es mittlerweile entsprechende Gerichtsurteile gab, die dies ermöglicht hatten. Ich darf daran erinnern, dass das nicht die einzige Geschichte seitens der Staatsregierung und in diesem Landtag war. Wir haben beispielsweise ganz maßgeblich dazu beigetragen, dass das Vergaberechtsänderungsgesetz gemacht wurde und damit das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen - GWB - beispielsweise in seinem Artikel 97 Absatz 4 geändert worden ist. Dabei ging es um zweifelsfrei soziale und ökologische Kriterien auf allen Stufen der Vergabe. Das hat dann die Bundesregierung auch auf Druck von Bayern gemacht. Zumindest hat der damals zuständige Staatssekretär Kajo Wasserhövel gesagt, dass der Bund eine solche Änderung im GWB niemals ohne den radikalen Beschluss des Bayerischen Landtages gemacht hätte. Das war damals der gemeinschaftliche Antrag "Kinderarbeit", in dem viel mehr drinsteckte.

Der Hintergrund für die Streichung war das schon genannte Ruffert-Urteil. Es ist tatsächlich so gewesen, dass eine Regelung im niedersächsischen Landesvergabegesetz kritisch gestellt worden ist, die der Regelung in unserem Bauauftrags-Vergabegesetz weitgehend entsprochen hat. Die Richter haben gesagt, es gebe keine Allgemeinverbindlichkeitserklärung für den Baugewerbetarif und darum könne man die überragende Wichtigkeit der Ziele, die hinter der Vergaberegelung stecken, nicht begründen, um die Freizügigkeit im Binnenmarkt auszuhebeln.

Man muss ganz klar sagen: Die bayerische Regelung ist ohne Not ausgesetzt worden, weil kein konkretes Verfahren gegen bayerische Vergaben vorgelegen hat. Genauso war es dann auch um die Änderung bestellt.

Die Kollegen von der SPD und wir haben uns daran gemacht und geschaut, wie andere Länder, zum Beispiel Bremen, ihre Tariftreueregeln nach dem Ruffert-Urteil so gestaltet haben, dass die Problematik trotzdem europarechtskonform gelöst werden kann. Wir haben die entsprechenden Vorschläge vorgelegt. Wir sagen ganz klar: Die Tariftreueregelungen, die es

zuvor in den einzelnen Ländern gab, waren nicht aus Jux und Tollerei gemacht, sondern wohl begründet.

Eines ist doch ganz wichtig: Fairer Wettbewerb herrscht dann nicht, wenn das eine Unternehmen gute Löhne zahlt, das andere nicht, wenn ein Unternehmen beispielsweise ausbildet, das andere nicht, wenn ein Unternehmen Umweltstandards hochhängt und einhält und das andere nicht. Wir brauchen gleiche Wettbewerbsbedingungen.

Es gab jede Menge Gerichtsurteile. Das Schönste für uns war letztlich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Berliner Vergabegesetz. Da haben die Richter gesagt, das ist kein Eingriff in die negative Koalitionsfreiheit. Sie haben auch gesagt, die Länder dürfen so etwas machen, solange der Bund es nicht voll ausschöpft. Aus diesem Gerichtsurteil, Herr Kollege Wengert, haben wir einige entscheidende Sätze in unseren Vorschlag, den Sie gerne auch als Begründung sehen können, hereingenommen.

Ich zitiere:

Die Erstreckung der Tariflöhne auf Außenseiter soll einem Verdrängungswettbewerb über die Lohnkosten entgegenwirken, die Ordnungsfunktion der Tarifverträge unterstützen und damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Bausektor beitragen. Sie dient dem Schutz der Beschäftigung, solcher Arbeitnehmer, die bei tarifgebundenen Unternehmen arbeiten, und damit auch der Erhaltung als wünschenswert angesehener sozialer Standards und der Entlastung der bei hoher Arbeitslosigkeit oder bei niedrigen Löhnen verstärkt in Anspruch genommenen Systeme der sozialen Sicherheit.

Ein letzter Satz aus der Begründung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes:

Dieser Gemeinwohlbelang, dem die Tariftreuregelung Rechnung zu tragen versucht, besitzt eine überragende Bedeutung.

Mit dieser überragenden Bedeutung sind wir ja überhaupt erst reingekommen.

Sie finden in unserem Gesetzentwurf, den Sie hoffentlich ebenso wohlwollend wie den Gesetzentwurf der Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion beraten werden, verschiedene Lösungsansätze. Wir haben uns, Herr Kollege Wengert, beispielsweise immer gewundert, dass das Wirtschaftsministerium den Kommunen als den für den allgemeinen ÖPNV Zuständigen empfiehlt, die Tariftreue abzufragen. Gleichzeitig sagt uns aber der Geschäftsführer der Bayerischen Eisenbahngesellschaft, er habe vom gleichen Ministe-

rium die Anweisung, für den SPNV eben nicht die Tariftreue abzufragen. Das sind Dinge, die nicht zusammengefallen sind. Beim öffentlichen Verkehr, egal ob es der Schienenpersonennahverkehr ist oder der allgemeine öffentliche Personennahverkehr, haben wir nicht die Probleme, die uns das Ruffert-Urteil geschaffen hat. Denn für die Leistungen sind wir im Grunde der alleinige Nachfrager. Wir haben das Problem sehr wohl in anderen Branchen. Da behelfen wir uns beispielsweise mit dem schon genannten Mindestlohn.

Es gibt in den beiden Gesetzentwürfen einen fundamentalen Unterschied, nämlich dass wir eine Sache herausgeholt haben, der wir uns vor ungefähr drei Jahren sehr intensiv gewidmet hatten, als damals Siemens mit seinem Korruptionsskandal in den Schlagzeilen war: das Korruptionsregister mit den entsprechenden Ausschlüssen. Auch das ist ein Punkt, den man innerhalb eines solchen Gesetzentwurfes behandeln sollte, genauso wie Frauenförderung, wie Lehrlingsausbildung und wie Umweltschutzstandards. Ein Kern sind tatsächlich die Tariftreuregelungen. Wir wollen wieder zumindest zum Status quo kommen, den wir schon einmal hatten.

Wir bitten also um freundliche Behandlung unseres Gesetzentwurfes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Runge. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Huber.

Ich bitte, den Lärmpegel ein bisschen herunterzuschrauben. - Vielen Dank.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die beiden Gesetzentwürfe haben die gleiche Zielrichtung. Sie sind beide sogenannte Omnibusgesetze, in denen vier oder fünf unterschiedliche Ziele zusammengefasst sind. Ich sage Ihnen, Herr Kollege Runge, eine sehr wohlwollende intensive Prüfung dieses Omnibusses, eine "TÜV-Untersuchung" im Ausschuss zu. Nach Lage der Dinge werden wir diesen Omnibus aber dann in der Zweiten Lesung aus dem Verkehr ziehen müssen, und zwar deswegen, weil vieles, was Sie fordern, entweder geltendes Recht ist oder nicht Landesrecht ist oder bereits in Tarifverträgen geregelt ist. Ich sehe eigentlich überhaupt keinen Handlungsbedarf.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Schauen wir mal!)

Ihre gute Motivation will ich Ihnen nicht absprechen, aber so, wie es ist, würde sich in Bayern nicht allzu

viel verändern. Deshalb sind es im Kern überflüssige Gesetzentwürfe.

Ich möchte das aber kurz begründen. Aufgrund der Tatsache, dass die bayerischen Regelungen - ähnlich wie in Niedersachsen - für rechtswidrig erklärt wurden, hat der Bund mit dem Arbeitnehmerentendegesetz eine Regelung getroffen, die in ganz Deutschland gültig ist. Sie ist zu vollziehen und bei den Angeboten zu beachten. Das Angebot eines Bieters, der sich nicht daran hält, muss aus dem Verkehr gezogen werden. Der Zoll ist dabei, die Kontrolle dieses Arbeitnehmerentendegesetzes zu vollziehen. Damit ist Punkt 1 erledigt.

Zum Zweiten, nämlich zu den unterschiedlichen Tarifverträgen bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen. Man muss wissen, dass es hier Tarifverträge gibt. Dabei hat - insofern ist der Antrag möglicherweise überholt - Ihr geschätzter Kollege Struck erreicht, dass eine Angleichung der Tarife der verschiedenen Verkehrsunternehmen auf der Schiene erfolgt, sodass dies auch auf Grundlage der tarifvertraglichen Regelungen einer nahen Lösung zugeführt wird. So gesehen gibt es auch hier keinen Bedarf für den Landesgesetzgeber, tätig zu werden. Im Übrigen wären wir sowieso nicht geneigt, Tarifverträge durch Gesetze zu ersetzen. Das kennen Sie als unseren Grundsatz.

Auch beim Straßenpersonenverkehr gibt es keinen tariflosen Zustand. Es gibt in der Tat etwas unübersichtliche, aber jedenfalls wirksame Tarifverträge, sodass auch hier kein Regelungsbedarf besteht. Haupteinwand: Sie schreiben auch für den Fall, dass es Tarifverträge gibt, einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde fest. Sie kennen unsere Position, wonach wir bereit sind, tarifvertragliche Regelungen für allgemeinverbindlich zu erklären, es aber nicht für richtig halten, dass der Staat als Gesetzgeber Stundenlöhne festsetzt. Das ist Aufgabe der Tarifvertragsparteien, aber nicht des Staates.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen bestünde die Gefahr - darüber wurde oft diskutiert -, zu Stundenlöhnen zu kommen, die gerade geringer Qualifizierte ausschließen und zur Schaffung von Arbeitslosigkeit beitragen.

Die Beachtung ökologischer Kriterien ist seit Langem geltendes Recht. Sie wären ungefähr 40 Jahre nach Gründung des Bayerischen Umweltministeriums reichlich spät dran, wenn Sie erst jetzt dazu kommen würden, ökologische Kriterien bei Ausschreibungen zu beachten. Das ist seit Jahrzehnten in Bayern vorgeschrieben. Insofern besteht kein Regelungsbedarf. Die Vorgabe wird auch beachtet, und zwar nicht nur vom Staat, sondern auch von den Kommunen - viel-

leicht nicht immer nach den Vorstellungen der GRÜNEN, aber nach vernünftigen Vorstellungen. Das ist das Entscheidende.

Zu den vorgeschlagenen Regelungen hinsichtlich der Frauenförderung: Auch ich bin sehr für Frauenförderung. Die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen widersprechen allerdings dem Bundes- und Europarecht. Wenn ich alles zusammen nehme und gewissenhaft abwäge, dann bleibt zum größten Bedauern nichts mehr übrig, dem wir zustimmen könnten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Kollegen Muthmann von der Fraktion der Freien Wähler.

Alexander Muthmann (FW): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ziel in allen Ehren ist unser aller politisches Credo. Es ist wichtig zu erreichen und zu gewährleisten, dass dort, wo es um öffentliche Aufträge geht, sei es vom Freistaat oder von Kommunen, eine vernünftige Bezahlung der Arbeitnehmer erreicht werden kann. Beim Ziel sind wir d'accord, bei der Umsetzung gibt es sicherlich eine ganze Reihe von Fragen, die im Rahmen der weiteren Beratungen geklärt werden müssen. Ich möchte neben den Dingen, die Herr Kollege Huber gerade zu bedenken gegeben hat, auch auf eine zusätzliche Frage hinweisen: Wie viel Bürokratie erlauben wir uns im Rahmen solcher Regelungen? Bei all dem, was wir machen, sind unsere Partner insbesondere auf der Auftragnehmerseite die Vertreter des Mittelstandes. Diese treten sehr wettbewerbsfähig und leistungsfähig bei entsprechenden Ausschreibungen an und deshalb muss daran gedacht werden, dass für alle Unternehmen Nachweispflichten, die in entsprechenden Verfahren vorgeschrieben werden, eine zusätzliche bürokratische Last bedeuten.

Ich möchte ein paar Beispiele anführen, mit denen wir uns in den weiteren Beratungen auseinandersetzen: Laut dem Gesetzentwurf müssen die Auftragnehmer für sich und ihre Subunternehmer bestätigen, dass sie sich an die durch Gesetz für allgemein verbindlich erklärten Tarifverträge halten. Mit anderen Worten: Sie müssen schriftlich bestätigen, dass sie sich an geltendes Recht halten. Die Frage ist: Wollen wir das überall und bei allen Vertragsabschlüssen? Es handelt sich um eine weitere Erklärung und damit um ein weiteres bürokratisches Verfahren. Pure Selbstverständlichkeit ist, dass geltende Gesetze beachtet werden müssen.

Herr Dr. Runge, die GRÜNEN möchten ein Verfahren, in dem die Staatsregierung den maßgeblichen Tarifvertrag durch Rechtsverordnung festlegt, wenn es

zweifelhaft ist, welcher der Tarifverträge einschlägig ist. Die Rechtsverordnung kann dabei auch die Vorbereitung der Entscheidung durch einen Beirat vorsehen. Die Rechtsverordnung soll dann auch noch die Zusammensetzung dieses Beirats regeln. Die Summe von Vorschriften kann die Wirtschaft insgesamt behindern. Wir wissen, dass das auch der Fall ist. Dabei immer noch das eine oder andere draufzusetzen, halten wir für sehr problematisch, und zwar auch im Interesse unserer mittelständischen Wirtschaft.

Sie haben auch die Chronologie des Regelwerkes und die Diskussion darüber skizziert. Dazu muss man sagen: Mit jedem Schritt wird es komplizierter und aufwendiger. Werden die Vorschriften mehr, erhöht sich der Textumfang der Absätze. Es werden immer mehr Details in diese Regelungen aufgenommen. Das ist nicht das, was wir für richtig halten. Man muss sehen, inwieweit die Rechtslage nicht ohnehin schon das von Ihnen anvisierte Ziel sicherstellt. Wo Lücken bestehen, können wir gerne über Ergänzungen beraten. Ohnehin getroffene Regelungen durch Wiederholungen zu verdoppeln, ist sachlich nicht erforderlich, und unter dem Gesichtspunkt der bürokratischen Lasten wollen wir das auch nicht unterstützen. Ich bitte um Verständnis, dass wir an dieser Stelle die Frage stellen müssen, ob ein solches Gesetz wirklich zwingend notwendig ist. Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann muss es künftig notwendig sein, kein Gesetz zu machen, und wenn es nicht notwendig ist, noch einen Absatz hinzuzufügen, dann ist es eben notwendig, auf diesen Absatz zu verzichten. Die Masse der Vorschriften stellt eine Herausforderung für unsere Gesellschaft dar, und wir müssen dafür Sorge tragen, diese Lasten nicht weiter zu vergrößern, sondern im Gegenteil nicht Notwendiges zu reduzieren. Das müssen wir in den weiteren Beratungen beachten. In dieser Hinsicht wünsche ich mir konstruktive Diskussionen. Es ist wichtig, die Dinge, die Sie wollen, auf einfachem Weg zu erreichen. Das, was bisher vorliegt, trägt dazu noch nicht bei.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Fraktion der FDP meldet sich Herr Kollege Rohde.

Jörg Rohde (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um an den Beitrag meines Vorredners gleich anzuknüpfen: Er hat völlig recht. Wenn es keine Notwendigkeit für ein neues Gesetz gibt, dann sollte man kein Gesetz machen. Wenn es keine Notwendigkeit für ein bestehendes Gesetz oder eine bestehende Regelung gibt, dann sollte man durchaus auch daran denken, die Regelung zu reduzieren. Das geschieht im Hause viel zu wenig. Man sollte hinsichtlich der Entbürokratisierung endlich einmal konkret

werden. Auch die Opposition ist gefordert, dazu ihren Teil beizutragen.

Ich darf kurz auf den Kollegen Dr. Runge antworten: Wenn Sie das Landeswirtschaftsministerium zitiert haben, dann ist zu sagen: Die Eisenbahnverkehrsunternehmen - Herr Kollege Huber hat es schon gesagt - sind alle tarifvertragsgebunden. Das bedeutet, wenn Sie fragen, ob der Schimmel weiß ist, dann sollte man vielleicht auch auf die Frage verzichten. Das ist unser Beitrag zur Vermeidung von Bürokratie und das macht auch den Unterschied zwischen den von Ihnen eben erwähnten Verkehrsträgern deutlich. Wir sind auf einem guten Weg.

Wir bewegen uns hinsichtlich der Tariftreue im europäischen Gesetzeskontext. Mit der Entsenderichtlinie und der Dienstleistungsfreiheit haben wir zwei konkurrierende Gesetzesvorschriften, bei denen der Spielraum sehr eng ist. Wir müssen genau sehen: Ist eine Regelung überhaupt notwendig - das wurde schon mehrfach angesprochen - oder eben nicht. Dann muss man nach der Notwendigkeit fragen. Die Umweltrichtlinien für das öffentliche Auftragswesen - dies nur als Beispiel - wurden bereits genannt. Da haben wir also eigentlich keinen Handlungsbedarf.

Dann zu der wichtigen Frage: Schafft das Gesetz neue Bürokratie? Der Gesetzentwurf der SPD läuft auf viel mehr Kontrollen hinaus. Es sind auch redundante Kontrollen. Das Entsendegesetz muss ja sowieso überprüft werden.

Weiter ist zu fragen: Für wen gilt das Gesetz? Man muss beide Gesetzentwürfe parallel lesen, um festzustellen, dass beide nicht ähnlich klingen. Man fragt sich: Wen meinen die? Da muss man dreimal nachschlagen. Nach meiner Meinung sieht Entbürokratisierung anders aus.

Eine wichtige Frage, die wir in der Debatte noch nicht angesprochen haben, ist: Verstößt das Gesetz gegen andere bestehende Gesetze? Bezüglich der Frauenförderung wurde festgestellt: Es verstößt gegen Bundesrecht und Europarecht. Da wird die Diskussion schwierig. Man kann die Dinge leider nicht so einfach umsetzen.

Wir haben natürlich Vorgaben, die eingehalten werden müssen. Es sind Vorgaben, die auf europäischer Ebene gelten. Sie müssen heruntergebrochen werden. Also brauchen wir keine bayerische Lösung.

Dann war von einem Mindestlohn durch die Hintertür in Höhe von 8,50 Euro die Rede. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, Sie werden es mir nachsehen: Den brauchen wir natürlich nicht. Wir wollen als FDP auch den Jugendlichen und den Langzeit-

arbeitslosen eine Chance am Arbeitsmarkt geben. Einstiegsbarrieren müssen vermieden werden. Sie können doch nicht wollen, dass diese Personenkreise benachteiligt werden.

Bei den GRÜNEN wurde von den mittelstandsfreundlichen Losen gesprochen. Da sieht es eher so aus, dass diese schon Realität sind und nicht neu geschaffen werden müssen.

Wir freuen uns auf die Argumente in der Ausschussberatung, sind aber eher skeptisch, ob wir zu einem neuen Gesetz in der Ausprägung kommen, wie sie sich die Opposition vorstellt. Wir werden an den Beratungen konstruktiv teilnehmen. Aber wenn etwas überflüssig ist, dann braucht man es nicht. Dies könnte das Schicksal der beiden Gesetzentwürfe sein.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Dr. Runge hat sich im Rahmen der Redezeit noch einmal zu Wort gemeldet.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe eine dringende Bitte an die Kollegen der Regierungsfractionen und der Freien Wähler. Schauen Sie sich doch bitte einmal an, worum es eigentlich geht. Wir hatten eine Regelung, die vom ganzen Haus getragen wurde. Es gab Riesenbeifall schon 1996, als es um den Beschäftigungspakt Bayern und die Tariftreue- und Nachunternehmererklärung ging. Dann wurde es in Gesetzesform gepackt. Weiter gab es die Entscheidung des Zweiten Senats des EuGH. Jetzt geht es allein um die Frage: Wie kann man dieser Entscheidung gerecht werden und trotzdem in der Sache das machen, was wir bisher gemacht haben?

Viele von Ihnen haben Ihre Sozialisierung in der Kommunalpolitik gemacht. Sie wären doch froh, wenn Sie sagen könnten: Jetzt haben wir einen öffentlichen Bauauftrag, und dabei versuchen wir, die Tariftreue abzufragen. Sie interpretieren Dinge hinein, die in der Tat beachtlich sind.

Was den Kollegen Huber betrifft, habe ich mich anfangs über die Schalmeientöne gefreut. Aber dann hat er auf einmal gesagt: Wir haben einen allgemeinverbindlichen Tarif im Bauhauptgewerbe, und wir haben ein Entsendegesetz. Da habe ich gemerkt, dass er sich mit der Sache nicht befasst hat. Wir erinnern uns alle: Unter Herrn Blüm gab es die Allgemeinverbindlichkeitserklärung beim Bau. Das war lange, bevor wir 2007 das Bayerische Bauaufträge-Vergabegesetz novellierten. Damals hätte man genauso argumentieren können.

Wir hatten die Sache sogar aufgebohrt. Bis 2007 haben wir gesagt: Wir führen die Dinge nur im Hochbau durch, weil im Tiefbau die marktbeherrschende Stellung bei der öffentlichen Hand liegt. Dann kam das Verfassungsgerichtsurteil. Da hat auch die Bayerische Staatsregierung juhu geschrien und gesagt: Jetzt machen wir es für den Hoch- und den Tiefbau. Da frage ich mich schon, warum das jetzt auf einmal Teufelszeug sein soll und auch die Ziele alle nicht mehr so wichtig sein sollen, wenn wir jetzt versuchen, entsprechend der Entscheidung des EuGH eine Lösung zu finden, um zu dem Ziel zurückzukommen, das wir schon einmal mit unserem eigenen Gesetz verfolgt haben.

Herr Kollege Huber, Sie haben auf 40 Jahre bayerisches Umweltministerium verwiesen und von ökologischen Kriterien gesprochen. Das ist im Grunde grotesk. Denn die DDR hieß auch "Deutsche Demokratische Republik". Aber die Frage ist: War die tatsächlich demokratisch? Jedenfalls können Sie mit dem Hinweis auf 40 Jahre bayerisches Umweltministerium bei uns nicht unbedingt landen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht hier um ein für uns alle wichtiges Ziel. Sie werden nicht behaupten können, am Bau, zumal am öffentlichen Bau, also bei Großbaustellen der öffentlichen Hand, laufe alles wunderbar. Fragen Sie einmal Herrn Matschke und seine Kolleginnen und Kollegen vom Zoll, was da alles abgeht und welche Instrumente hilfreich wären.

Wir appellieren noch einmal an Sie: Unterstützen Sie uns in unserem gemeinsamen Anliegen. Sie können das eine oder andere vielleicht noch besser machen. Jedenfalls denke ich, dass wir hier handeln sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Auch Herr Dr. Wengert hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Dr. Paul Wengert (SPD): Ich will meine Ausführungen nicht ohne Not in die Länge ziehen. Aber ich muss mich schon wundern, dass es hier offensichtlich Allgemeingut ist, dass es einen Widerspruch zwischen Dienstleistungsrichtlinien- und Herkunftslandprinzip gibt und daraus Probleme entstehen. Dennoch wird schon jetzt von Teilen dieses Hohen Hauses signalisiert, dass man das Thema zwar konstruktiv behandeln werde, aber am Schluss würde man genügend Gründe finden, solche Gesetzentwürfe abzulehnen.

Ich darf Sie, Herr Kollege Huber, daran erinnern, dass wir vor 14 Monaten beieinander saßen. Ich habe bei

der damaligen Beratung der Änderung des Pressegesetzes und sonstiger Vorschriften versucht, Sie davon zu überzeugen, dass man den Artikel 6 des Änderungsgesetzes entfallen lassen sollte, um das Bayerische Bauaufträge-Vergabegesetz am Leben zu erhalten. Sie haben die Hürde letztlich doch nicht übersprungen, aber damals gesagt - ich kann mich noch erinnern, dass der Blick klar in Richtung Staatsregierung ging und ein Nicken zu sehen war -: Wir werden schnellstmöglich die dadurch entstehende Lücke schließen.

Das Bauaufträge-Vergabegesetz hat sich bewährt. Ich kann das aufgrund kommunalpolitischer Erfahrung beurteilen. Auch in den letzten Jahren seiner Gültigkeit hat sich das Gesetz in den Kommunen bewährt. Das war sicherlich auch beim Freistaat Bayern so. Passiert ist aber leider nichts. Deswegen müssen wir jetzt handeln und entsprechende Vorschläge vortragen.

Herr Kollege Rohde, ich bin enttäuscht, dass Sie sehr oberflächlich über die beiden Gesetzentwürfe hinweggaloppiert sind und die Problemlage in der Tat völlig verkennen. Wir streben hier eine wirtschaftsfreundliche Regelung an, und zwar im Interesse unserer heimischen Industrie und unseres Handwerks, damit Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden. Wir tun das, weil wir es für einen essenziellen Bestandteil einer humanen Arbeitswelt halten, dass die Menschen zumindest so viel Geld verdienen, dass sie das Existenzminimum haben.

Deswegen ist der Mindestlohn von 8,50 Euro kein Scherz, sondern ein sehr ernstes Anliegen. Die Durchsetzung dieses Anliegens ist das eine, was wir mit dem Vergabegesetz erreichen wollen. Dafür werden wir kämpfen und entsprechend gut argumentieren. Es ist notwendig, auch diesen Teil des Marktes zukunftsfähig zu gestalten. Man darf die Gestaltung nicht, wie Sie es zu oft tun, den Marktkräften überlassen; denn dann setzt sich der stärkere Ellbogen durch. Das ist nicht immer die gesellschaftlich verträglichste Lösung und liegt nicht im Interesse unserer heimischen Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Rohde hat im Rahmen der zur Verfügung stehenden Redezeit noch einmal das Wort.

Jörg Rohde (FDP): Herr Kollege Wengert, in der Stellvertreterdiskussion um den Mindestlohn haben wir die Argumente schon mehrfach ausgetauscht. Bitte entschuldigen Sie, wenn ich ein bisschen galoppiert bin. Erstens ist es schon spät am Abend, und zweitens waren viele Argumente schon ausgetauscht.

Dann habe ich die Argumente nur angetippt. Wir werden sie aber sicherlich im Ausschuss vertieft behandeln. Ich bin sicher, dass Herr Kollege Kirschner in dem Ausschuss, dem wir die Entwürfe gleich überweisen werden, entsprechend argumentieren wird.

Wir haben wirklich den europäischen Rahmen zu beachten. Da liegt die Schwierigkeit.

Wir haben doch ein Vergaberecht. Eigentlich liegt das Problem nicht in der Frage: Soll derjenige den Auftrag bekommen, der das günstigste Angebot macht? Wenn wir mit Nachhaltigkeit vorgehen wollen, müssen wir uns überlegen: Wie können wir mit Kriterien argumentieren, aufgrund deren die lokale Wirtschaft bevorzugt wird und nicht ein Unternehmer, der weit entfernt ansässig ist? Wenn es um die Reparatur von Rissen im Gebäude, um Instandhaltungen und sonstige Reparaturen geht, möchte man natürlich einen Betrieb vor Ort bevorzugen. Hinzu kommt der Gesichtspunkt, dass die heimische Wirtschaft gestärkt werden muss.

Hier liegt eben ein Problem. Uns ist noch nicht der entscheidende Clou eingefallen. Aber wir beteiligen uns an der Debatte. Es ist schon den Schweiß der Edlen wert, uns in den Beratungen diesem Problem zu widmen. Bei einem Mindestlohn, der die Leute ausgrenzt, werden wir nicht mitmachen. Sie werden sicherlich verstehen, dass die bayerischen Liberalen Ihnen da widerstehen werden.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Rohde. Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Ich sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 d auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Meldegesetzes (Drs. 16/6701) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Damit ist gleichzeitig auch die Aussprache verbunden. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Immer

wieder erreichen die Datenschutzbeauftragten der Kommunen, aber auch den Landesdatenschutzbeauftragten Anfragen und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern, denen ihr Widerspruchsrecht zur Weitergabe der Daten in den Melderegistern nicht bekannt ist.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die derzeitige Praxis zeigt seit Langem, dass eine effektive Wahrnehmung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung nur bei einer wirklichen Einwilligungslösung möglich ist. Eine solche gibt es im Augenblick nicht. Momentan gibt es nur die Widerspruchslösung. Auf diesen Missstand haben die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder bereits im Jahre 1988 bei ihrer 56. Konferenz in Wiesbaden und in der Folgezeit immer wieder hingewiesen.

Der Zustand ist aber leider nicht geändert worden. Jetzt könnte man natürlich sagen, wir warten darauf, dass der Bund handelt. Denn es wurde in der Föderalismusreform im Jahre 2006 festgelegt, dass das Melderecht in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes übergehen sollte.

Allerdings wurden auf Bundesebene bisher leider weder die unterschiedlichen Landesmeldegesetze zu einem einheitlichen Bundesmeldegesetz zusammengefasst - es gibt nur ein Melderechtsrahmengesetz - noch wurde die Chance wahrgenommen, den Datenschutz wirklich in das Melderecht zu integrieren.

Das bayerische Meldegesetz gilt daher in der bisherigen Form weiter fort und auch das bayerische Innenministerium geht davon aus, dass dieser Zustand mindestens bis zum Jahre 2012 fort dauert.

Das heißt, es wird keine schnelle Lösung geben, weil der Bundesgesetzgeber hier ein Handlungsproblem hat und sich offenbar nicht einigen kann, sodass hier keine Lösungen vorangetrieben werden.

So lange allerdings können wir nicht warten. Wir wollen, dass das Melderecht möglichst schnell datenschutzgerecht gestaltet wird, und schlagen Ihnen deshalb vor, das bayerische Melderecht entsprechend zu ändern.

Im Moment können Meldepflichtige nur in sehr wenigen Fällen wirklich verhindern, dass ihre Grunddaten an jedermann herausgegeben werden. Dies entspricht bei Weitem nicht dem garantierten Schutz der Privatsphäre. Es existieren sogar Fälle, in denen beispielsweise mutmaßliche Gewalttäter oder auch Stalker die Adresse ihrer Opfer durch eine einfache Melderegisterauskunft bekommen haben. An mich hat

sich einmal eine junge Frau gewandt, die extra umgezogen ist, damit einer bestimmten Person ihre Adresse nicht mehr bekannt wird. Die Adresse wurde aber trotzdem an die nachfragende Person über das Melderegister weitergegeben.

Das ist das eine. Das andere ist die Gefahr des Missbrauchs der Meldedaten durch die Informationswirtschaft. Die Daten werden nur für Verwaltungszwecke erhoben, aber Dritten für eine Vielzahl von Zwecken zur Verfügung gestellt. Adresshändler und Adresshändlerinnen haben aus diesem Auskunftsverfahren der rund 5.600 Meldeämter hierzulande längst Geschäfte gemacht; sie rückkoppeln ihre irgendwie zustande gekommenen Adressdateien über die Meldeämter und überprüfen und verifizieren sie dadurch.

Wir wollen diesen Missstand unverzüglich dadurch beenden, dass das Melderecht entsprechend modifiziert und geändert wird. Die Weitergabe von Adressdaten soll nur noch mit ausdrücklicher Zustimmung und Einwilligung der Betroffenen möglich sein. Wir fordern eine echte Zustimmungslösung, die im Gegensatz zu der derzeit vorhandenen Widerspruchslösung steht.

Wir schlagen Ihnen heute einen Gesetzentwurf vor, der den Datenschutzerfordernungen Rechnung trägt. Wenn Sie diesen Entwurf annehmen, tragen Sie dazu bei, das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf die Zustimmung zu verankern, ob private Dritte ihre Meldedaten erhalten können. Gleichzeitig gelingt es damit, den Opferschutz zu verbessern, den Handel mit Personendaten einzudämmen und ein besseres Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für den Datenschutz zu schaffen. Ich denke, es ist Zeit zu handeln, und bitte um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Kamm. Nächster Redner ist Kollege Dr. Herrmann für die CSU.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde liegt uns hier ein interessantes Thema vor, allerdings meine ich, dass die richtige Antwort, die in den Ausschussberatungen zu dem Gesetzentwurf gegeben werden muss, die gesetzgeberische Zurückhaltung ist. Meiner Ansicht nach ist der Gesetzesvorschlag der GRÜNEN sowohl überflüssig als auch im Kern falsch.

Ich will das begründen. Die Kollegin Kamm hat den Regelungsinhalt kurz dargestellt. Sie will im Grunde genommen den Ist-Zustand umkehren, nämlich vom derzeitigen Regel-Ausnahme-Verhältnis hin zum

genau umgekehrten Verfahren. Nach dem aktuellen Gesetzesstand ist es möglich, die einfache Melderegisterauskunft auf einfache Weise zu bekommen. Das heißt, jedermann kann eine einfache Auskunft auf eine Person bezogen bezüglich der einfachen Daten, nämlich Name, Doktorgrad und Adresse, erhalten. Der Gesetzentwurf der GRÜNEN aber sieht genau das Gegenteil vor, nämlich statt einer einfachen Auskunft ein kompliziertes Verfahren einzuführen, und zwar nur noch dann, wenn ein berechtigtes Interesse vorliegt.

Das hört sich theoretisch gut an, bedeutet aber in der Praxis einen erheblichen Verwaltungsaufwand. Denn wo ein berechtigtes Interesse nachgewiesen werden muss, muss dieses berechnete Interesse auch jemand prüfen. Das heißt, es muss in der Behörde jemand sein, der in jedem Einzelfall prüft, ob wirklich ein berechtigtes Interesse vorliegt.

Aus meiner Sicht ist es, wie gesagt, überflüssig, das geltende Gesetz zu ändern. Einfache Melderegisterauskünfte sollten auch in Zukunft einfach möglich bleiben, und zwar nicht zuletzt aus Gründen des Gläubigerschutzes. Ich weiß ja nicht, wer von Ihnen schon einmal versucht hat, einer Person habhaft zu werden, die etwas schuldet, seien es Mietzinsen oder andere Schulden. Nichts ist einfacher, als sich zu entziehen, wenn eine Auskunft über die Meldedaten nur noch erfolgen kann, wenn vorher die Einwilligung der jeweiligen Person notwendig ist.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Dr. Herrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Florian Herrmann (CSU): Lieber am Ende!

Im Übrigen geht es um den Gläubigerschutz, aber auch darum, dass in unserer Gesellschaft niemand den Anspruch darauf hat, völlig ohne Kommunikation mit seiner Umwelt zu leben. Also muss auch in Zukunft die einfache Melderegisterauskunft möglich sein.

Die Umkehr des Regel-Ausnahme-Verhältnisses ist übrigens auch ein Wertungswiderspruch zum Publizitätsgedanken, den wir in anderen Bereichen haben. Erst kürzlich wurde im GmbH-Recht verankert, dass der Sitz der Gesellschaft mit den Büroanschriften im Handelsregister vermerkt und sogar eine Zustellungsfiktion eingeführt wird. Das heißt, auch wenn die GmbH dort nicht mehr ihren Sitz hat, kann zugestellt werden. Das ist eine Erleichterung für den Rechtsverkehr und ein stärkerer Schutz der Gläubiger. Widersprüchlich und geradezu kontraproduktiv wäre es, im normalen Bereich, wo man es nicht mit Gesellschaften zu tun hat, anders tätig zu werden. Daher ist die bisherige Opt-Out-Lösung völlig ausreichend.

Falsch ist es aber auch - darauf ist die Kollegin Kamm nicht eingegangen -, wenn es um die Regelung in Artikel 32 des Meldegesetzes geht, die Auskunft in besonderen Fällen - das betrifft uns alle -, nämlich die Auskünfte über Jubiläen, Ehejubiläen, Geburtsdaten oder sonstige Auskünfte, die Parteien oder Mandatsträger erhalten können, um entsprechende Zielgruppenbriefe zu verfassen, um Bürger, Neubürger, Jugendliche anzusprechen. Ich halte es für einen falschen Ansatz, auch hier nur dann Auskünfte zu erteilen, wenn vorher eingewilligt wurde. Das wäre nämlich faktisch das Ende derartiger Schreiben, derartiger Möglichkeiten, mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten. Das halte ich für undemokratisch und auch für einen Verstoß gegen das Privileg der Parteien gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes.

Es ist deshalb auch ein Beispiel für die Widersprüchlichkeit grüner Politik: auf der einen Seite Ja für Kommunikation mit dem Bürger, Ja für den Dialog mit den Bürgern, Ja zu der Haltung, alles zu erläutern und alles auszudiskutieren; aber auf der anderen Seite wollen Sie die Zugangsmöglichkeiten erschweren und die Möglichkeiten, in Kontakt zu treten, nicht durchsetzen.

Aus meiner Sicht ist es immer noch die beste Methode, sich gegen unerwünschte Schreiben zu wehren, indem man sie einfach wegwirft. Ich kann Ihnen sagen: In den letzten beiden Jahren, in denen ich hier bin, habe ich sehr viele Briefe an Bürgerinnen und Bürger zu Jubiläen, zu Geburtstagen, zu ähnlichen Anlässen geschrieben.

(Margarete Bause (GRÜNE): Mir bitte nicht!)

- Sie sind Gott sei Dank auch nicht in meinem Stimmkreis. Viele von Ihnen haben das wahrscheinlich auch gemacht. Das waren mit Sicherheit mehrere Tausend Briefe. Davon kamen genau zwei Beschwerden, die nachgefragt haben: Warum schreiben Sie mir? Unzählige haben sich darüber gefreut und haben gesagt: Das ist schön. Ich richte mich lieber nach denen, die sich freuen, als nach denen, die griesgrämig zu Hause sitzen und sich über Dinge aufregen, mit denen man den Leuten eine Freude machen will.

(Christa Naaß (SPD): Woher hatten Sie denn die Daten?)

In diesem Sinne sollten wir in die Debatte gehen und uns gesetzgeberisch zurückhalten. Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kleinen Moment, Herr Dr. Herrmann. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege, ich denke, der Datenschutz gebietet es, einen Unterschied zu machen zwischen den Schutzrechten der Bürgerinnen und Bürger und den Schutzrechten einer GmbH. Es ist falsch, Bürgerinnen und Bürger genauso zu behandeln wie GmbHs.

Das Zweite, was ich Ihnen sagen möchte: Auch das Interesse eines Gläubigers ist natürlich ein berechtigtes Interesse. Das ist unstrittig. Daher gehen Ihre Ausführungen ins Leere. Das andere: Darüber, ob es so lustig ist oder eben nicht, zu seinem 80. Geburtstag einen Brief von sämtlichen regionalen CSU-Abgeordneten zu bekommen, kann man schon geteilter Auffassung sein.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Sie haben das Melde-recht falsch verstanden. Darin steht nicht, dass nur CSU-Abgeordnete Auskünfte erhalten. Das gilt für Sie genauso.

Aber abgesehen davon zu Punkt 1: Es geht mir um den Wertungswiderspruch, nämlich möglichst Publizität zu erreichen aus der Sicht von Gläubigern - völlig richtig - bei den GmbHs. Dass wir bei Einzelpersonen nicht lauter Schuldner haben, die nicht bezahlen, ist mir auch klar. Darum ist auch in der aktuellen Fassung des Gesetzes eine Abstufung vorgesehen, wonach ich bei einfachen Anfragen auch nur die einfache Auskunft bekomme, nämlich Name und Anschrift. Ich sehe überhaupt kein Problem, warum man seinen eigenen Namen und seine Anschrift nicht der Öffentlichkeit zugänglich machen sollte. Für weitere Auskünfte - Familienstand, Einzug, Auszug, Staatsangehörigkeit -, brauchte man auch bisher schon ein berechtigtes Interesse. Ich halte also schon etwas davon, das Regel-Ausnahme-Verhältnis zu haben, aber eben nicht, es umzukehren.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als nächste Wortmeldung haben wir Kollegen Arnold für die SPD.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Ratschlag, gesetzgeberische Zurückhaltung zu üben, wenn es um den Grundrechtsschutz geht, zeigt das, wie ernst Grundrechtsschutz von der Mehrheit des Hauses offensichtlich genommen wird. Die Verfügbarkeit über die eigenen Daten ist ein zentrales Recht, das auch von der höchstrichterlichen Rechtsprechung immer mehr ausgebaut worden ist. Das heißt nichts anderes, als dass die eigene Verfügbarkeit vorhanden ist.

Herr Dr. Herrmann, es ist klar, dass ich mit Gläubigerschutz möglicherweise Maßnahmen erreichen kann. Aber ich war lange genug Staatsanwalt, um zu wissen, dass die ihre 15 oder 50 Euro Strafe für eine Ordnungswidrigkeit gerne in Kauf nehmen, weil sich die wirklichen Lumpen und die Straftäter überhaupt nicht anmelden. Das ist das Entscheidende. Hier von Gläubigerschutz zu sprechen ist zu kurz gegriffen. Wir müssen die freie Selbstbestimmung, das Potenzial des Menschen, selbst über sich zu bestimmen, in den Vordergrund stellen und nichts anderes.

Ich darf die Aussage Ihres Ministerpräsidenten von heute Nachmittag zitieren: Zutrauen statt Misstrauen. Ich habe Zutrauen, dass sich die Menschen anmelden und, wenn sie von Wahlkreis- oder Stimmkreisabgeordneten eine Gratulation haben wollen, sagen: Ich bin damit einverstanden. Aber wenn einer von vornherein seine schriftliche Missbilligung bezüglich der Weitergabe der Daten ausdrückt, dann sollte es der Respekt vor der Person gebieten. Zutrauen statt Misstrauen und insbesondere auch Partizipation und Beteiligung - das ist auch ein Stichwort Ihres Ministerpräsidenten von heute Nachmittag. Nur so bekommen wir überhaupt die Möglichkeit, dass die Bürgerinnen und Bürger von diesem Datenschutz und von der Möglichkeit der Preisgabe der Daten in irgendeiner Art und Weise erfahren und damit insoweit auch das Problembewusstsein gesellschaftlich gesteigert wird, was notwendig ist.

Natürlich ist es so, dass viele in Facebook oder sonst wo erkennbar sind und alles preisgeben. Aber das ist auch eine persönliche Entscheidung. Wenn ich diese persönliche Entscheidung als Maßstab nehme, dann heißt das: Frei sein in Bayern.

Deswegen muss das Meldegesetz aus meiner Sicht geändert werden. Das Regel-Ausnahme-Prinzip ist in diesem Bereich von gestern. Zutrauen statt misstrauen.

Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung Kollege Streibl für die Freien Wähler.

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Dass wir ein neues Bundesmeldegesetz brauchen, darüber könnten wir d'accord sein. Das muss man auch angehen, denn das alte Meldegesetz hat viele Lücken und Fehler. Es muss deshalb überarbeitet werden.

Das gilt zum Beispiel für den Gläubigerschutz. Ich selbst habe es als Anwalt erlebt, dass es eine schwer-

fällige Sache ist, überhaupt Daten zu bekommen. Diejenigen, die man suchen will, sind meistens ohnehin nicht gemeldet.

Das andere ist die Frage, ob die Selbstbestimmung über alles gestellt werden soll. Das gilt vielleicht, wenn ich auf einer einsamen Insel lebe wie Robinson Crusoe. Aber wenn ich in einer Gesellschaft lebe, muss ich mich anpassen und auch für die Gesellschaft greifbar sein. Denn die Menschen sind keine Monaden. Der Philosoph Leibniz hat gesagt: Monaden habe keine Fenster. Aber wir haben Fenster. Wir sind auf eine Gesellschaft, auf das Du auch angewiesen.

So hat auch das Bundesverwaltungsgericht in seiner Entscheidung vom 21. Juni 2006 gesagt: Der Einzelne darf sich nicht ohne triftigen Grund seiner Umwelt gänzlich entziehen, sondern er muss erreichbar bleiben.

(Christine Kamm (GRÜNE): Auch für Stalker?)

- Aber auch der, der einen triftigen Grund hat, jemanden zu suchen, vielleicht auch einen positiven Grund.

Deswegen muss dieses Gesetz nach meiner Meinung noch etwas mehr differenziert werden. Der Ansatz ist vielleicht interessant und richtig. Aber wir müssen daran weiterarbeiten. Nach meiner Meinung ist dieses Gesetz noch etwas zu kurz gesprungen.

Aber ich glaube, wir können das im Ausschuss diskutieren, können dort auf ein Ergebnis hinarbeiten. Wir wissen auch, wie die Mehrheit hier entscheiden wird. Aber eine reine Nur-Zustimmungs-Lösung wie sie jetzt drinsteht, ist mir zu viel.

Ich denke, wo es berechnete Interessen gibt, an eine Adresse zu kommen, weil ich jemanden suche, nicht um ihn zu belästigen, sondern meinetwegen um irgendwelche familiären Bezüge wieder herzustellen, muss das auch möglich sein. Außerdem muss es möglich sein, dass man das nicht nur in einer Heimatgemeinde bekommt, sondern dass man wirklich schauen kann, dass man an die Leute kommt, die man sucht und braucht. Ich denke, es gibt Gründe, bei denen es ein berechtigtes Interesse gibt. Auch das müssen wir im Blick haben. Nicht jeder, der jemanden sucht, führt Übles im Schilde. Schon jetzt darf für eine Direktwerbung keine einfache Auskunft erteilt werden. Das hat das Bundesverwaltungsgericht am 1. Juni 2006 festgestellt. Insofern ist schon jetzt ein Schutz vorhanden. Für die Praxis muss die Regelung jedoch besser ausgefeilt werden. Wir brauchen ein neues Gesetz, ein Bundesgesetz, das eine einheitliche bundesweite Lösung bringt, mit der die Belange des Datenschutzes berücksichtigt werden. Wir

brauchen aber nicht eine ausgeprägte Form, wie sie in dem vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehen ist, weil darin die gesellschaftlichen Belange nicht gesehen werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Dr. Fischer äußert sich für die FDP.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es gibt einige Gründe, die für den vorliegenden Gesetzentwurf sprechen; denn natürlich stellen die umfangreichen Daten des Meldegesetzes erhebliche Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung dar. Das gilt nicht nur für eine Vielzahl von Bürgern, das gilt für alle Bürger, in deren Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingegriffen wird.

Zu bedenken ist auch, dass weitreichende Zugriffsmöglichkeiten nicht nur für öffentliche Nutzer bestehen, was zunehmend ausgebaut wird, sondern auch für nichtöffentliche Nutzer. Ich bin mir nicht sicher, ob es tatsächlich für alle Bürgerinnen und Bürger eine Beglückung wäre, wenn sie ein Schreiben einer Partei oder Wählergruppe bekommen, ganz gleich welche Partei oder Wählergruppe es ist.

Trotzdem gibt es eine ganze Reihe von Gründen, die gegen den Gesetzentwurf sprechen. Einige wurden schon angesprochen. In zahlreichen Fällen ermöglicht erst das Melderegister die Rechtsverfolgung, auch wenn das nicht immer funktioniert. Der Rechtsstaat ist es seinen Bürgern schuldig, ihnen Möglichkeiten zur Verfolgung ihrer Ansprüche einzuräumen. Dazu gehört auch der Zugang zu Meldedaten. Sie können nun einwenden, dem stünde Ihr Gesetzentwurf nicht entgegen, da er bei berechtigtem Interesse einen Auskunftsanspruch vorsieht. Aber natürlich ist es mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden, dieses berechnete Interesse zu prüfen.

Mein Haupteinwand ist aber ein anderer: Die Gesetzgebungszuständigkeit für das Meldewesen befindet sich seit der Föderalismusreform beim Bund. Das Bayerische Meldegesetz ist ein Auslaufmodell. Es gilt vielleicht noch für eine Übergangszeit von einem oder zwei Jahren. Deswegen meine ich, dass statt einer bayerischen Zwischenlösung das Anstreben eines zeitgemäßen Bundesmeldegesetzes sinnvoller wäre. Dies gilt umso mehr, als wir nicht wissen, wie die Situation auf Bundesebene sein wird, nachdem wir ein Gesetz beschlossen haben. Wenn wir hier etwas beschließen - was auch mit erheblichen Kosten für die rechtliche und technische Umstellung verbunden ist -, dann wären dieses Geld und dieser Aufwand vergeudet, wenn es danach wieder anders käme.

Fazit: Ich meine, wir sollten uns auf Bundesebene für eine datenschutzfreundliche Regelung im Rahmen des Bundesmeldegesetzes einsetzen. Näheres werden die Beratungen im Ausschuss ergeben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Eingabe
betreffend "Keine Laufzeitverlängerung von
Kernkraftwerken" (Az.: WI.0147.16)**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat sich mit der Eingabe in seiner Sitzung am 25. November 2010 befasst und beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Den Petenten ist die Stellungnahme der Staatsregierung zu übersenden.

Die SPD-Fraktion hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen.

Ich eröffne hiermit die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Ich darf darauf hinweisen, dass die SPD-Fraktion zu dieser Eingabe namentliche Abstimmung beantragt hat. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese namentliche Abstimmung sollte die Kollegen der CSU und der FDP dazu bewegen, in den Plenarsaal zu kommen. Vielleicht könnten Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen ausrichten, dass weit über 100 Petenten auf dem Podium zu begrüßen sind und dass dies für ein Interesse sorgen sollte, diese Debatte heute noch einmal zu führen. Wir diskutieren über das Thema Atomausstieg nicht zum ersten Mal. Heute sprechen aber nicht nur wir Politiker, sondern es wenden sich 31.454 Menschen in ganz Bayern an Sie.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Diese Menschen lehnen eine Laufzeitverlängerung ab. Sie wollen, dass die Atomkraftwerke abgeschaltet werden, wie das unter Rot-Grün im Jahr 2000 beschlossen wurde. Dafür setzen auch wir uns ein.

Als ich heute die Petenten begrüßt habe, fiel mir kein plausibler Grund ein, warum Sie von Schwarz-Gelb eigentlich die Laufzeitverlängerung wollen. Gehen wir einmal Ihre Argumente durch. Einmal behaupten Sie, Atomstrom sei sicher. Herr Huber stellt sich gerne mit dieser Aussage hin. Herr Ministerpräsident Seehofer hat heute gesagt: Atomstrom ist sicher. Klar ist: Es gibt keine Sicherheit für Atomenergie. Es gibt keine Versicherung, die Ihnen dieses Risiko geldlich absichert. Grafenrheinfeld - ein aktueller Anlass - sollte Sie nachdenklich machen.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Eines der Lieblingsargumente des Umweltministers Dr. Söder lautet: Atomstrom ist billig. Ich weiß nicht, wie oft wir dem Umweltminister noch erklären müssen, dass Atomstrom nicht billig ist, weil er den Strompreis auf dem Markt überhaupt nicht diktiert. Vielleicht kann das der Wirtschaftsminister, der anscheinend an dieser Debatte auch kein Interesse hat, Herrn Dr. Söder erklären. Frau Hessel, Sie sollten ihm das ausrichten. Diktiert wird der Strompreis von der teuersten Stromsorte. Der Atomstrom hat darauf keine Auswirkungen. Würde man die Endlagerung einrechnen, wäre Atomstrom die teuerste Stromsorte.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Schließlich noch ein Argument, das Herr Dr. Söder immer gerne verwendet: Wenn man klimarelevant sein wolle, müsse man die Atomenergie nützen; denn sie sei die Stromsorte, die am wenigsten CO₂ emittiert. Das ist eine Lüge.

(Beifall bei der SPD)

Denn es verhält sich so, dass bei der Urananreicherung mehr CO₂ als bei der Windenergie, der Wasserenergie oder bei der Stromerzeugung aus Biomasse freigesetzt wird. Diese Aussage ist einfach nicht korrekt.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen außerdem: Atomstrom sei eine Brückentechnologie. Wir würden im Dunkeln stehen, würden wir abstellen. Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass wir im ersten Quartal des Jahres 2010 bereits Stromexportweltmeister waren? Wir haben mehr Strom, als wir

brauchen. Das bedeutet: Der Ausstieg ist möglich, und der Ausstieg ist machbar.

(Beifall bei der SPD, bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Von Herrn Dr. Söder kommt dann sofort das Argument, der Atomstrom sei notwendig, weil die erneuerbaren Energien noch nicht weit genug seien, um die Grundlast zu halten. Das ist Blödsinn; denn Atomkraftwerke sind für eine 100-prozentige Auslastung konzipiert. Sie sind nicht regelbar. Aus diesem Grunde können sie nicht mit den erneuerbaren Energien zusammenarbeiten. Wenn wir die erneuerbaren Energien durchsetzen wollen, brauchen wir als Mittechnik regelbare Technologien. Der Atomstrom leistet nur eines: Er blockiert das Netz für die erneuerbaren Energien.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Seehofer hat uns heute erklärt, Bayern sei ein Vorzeigeland für die postfossile Landschaft. Das ist ein Rückschritt und ein Atavismus. Schwarz-Gelb geht zurück auf die Bäume, statt sich nach vorne zu bewegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Heute geht es nicht mehr um die Dekade der Erneuerung "Weg vom Öl", wie das in der Regierungserklärung gesagt wurde. Anscheinend wollen Sie eine Dekade "Hin zu Uran". Etwas anderes scheint Ihnen nicht mehr einzufallen. Aber worüber sprechen Sie eigentlich nicht? Was verschweigen Sie? Sie verschweigen die Endlagerfrage.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die Redezeit ist um!)

- Nein, die Redezeit ist nicht abgelaufen. Ich führe weiter aus.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte zum Schluss kommen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die Redezeit ist abgelaufen!)

Natascha Kohnen (SPD): Sie verschweigen die Endlagerfrage. Sie verschweigen auch die Wirtschaftskraft. Sie, mein lieber Herr Kreuzer, Sie werden auch abspringen. Aber eine Frage sollten Sie den Petenten oben auf der Tribüne beantworten: Was haben sie davon? Was bekommen sie dafür? Denn die Einzigen, die profitieren, sind die Monopolisten, die Lobbyisten, die Atomkraftwerke - -

(Beifall bei der SPD - Anhaltende starke Unruhe)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Kohnen. - Herr Kollege Reiß von der CSU-Fraktion, bitte.

Tobias Reiß (CSU): Danke schön, Herr Präsident. - Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Kohnen, Sie spielen in der Diskussion um die Laufzeitverlängerung gern die Frau Moralapostel und zeigen mit dem Finger auf diejenigen, die sich dafür aussprechen, den Übergang hin zu den erneuerbaren Energien so zu organisieren, dass die Versorgungssicherheit in Bayern nicht gefährdet wird.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD: Oh!)

Sie sollten den Finger vielleicht auch einmal in den eigenen Reihen heben, zum Beispiel zur Endlagerfrage. Was hat Rot-Grün zur Lösung der Endlagerfrage beigetragen?

(Anhaltende Unruhe)

Trittin hat als Umweltminister zwar bestätigt, dass radioaktive Abfälle aus der Wiederaufbereitung nur im Zwischenlager Gorleben aufgenommen werden können, gleichzeitig aber die Erkundung von Gorleben als Endlager blockiert. Die Endlagerfrage stellt sich, seit sich die Politik in Deutschland - auch die Sozialdemokratie - in den Fünfzigerjahren für eine Energieversorgung mit Kernenergie ausgesprochen hat.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD) - Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Selbstverständlich erhöht sich mit der Laufzeitverlängerung die Endlagermenge um rund 20 %.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten - Zurufe von der CSU: Ruhe!)

Was bitte machen Sie mit den 17.000 Tonnen Endlagermenge, die auch ohne Laufzeitverlängerung anfallen, Herr Kollege Wörner?

(Beifall bei der CSU)

Es gehört zur Ehrlichkeit dieser Diskussion,

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber kein zusätzlicher Müll!)

die Endlagerfrage unabhängig von der Laufzeit zu lösen.

Kommen wir zum Thema Sicherheit, Frau Kollegin Kohnen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was für eine Sicherheit?)

Sie behaupten hier im vorformulierten Text der Petition, Atomreaktoren seien für eine maximale Laufzeit von 25 Jahren konzipiert und Laufzeitverlängerungen darüber hinaus seien Experimente mit ungewissem Ausgang.

(Beifall bei der CSU)

Dann frage ich Sie, warum Isar 1 noch nach 32 Jahren am Netz ist. Wenn Sie recht hätten, wäre es die Pflicht von Gabriel und Trittin gewesen, zu vereinbaren, dass Isar 1 spätestens 2004 abgeschaltet wird.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

- Das Gegenteil ist der Fall, Frau Noichl. Rot-Grün hat in der Ausstiegsvereinbarung und auch später stets bestätigt, dass Kernkraftwerke in Deutschland, auch Isar 1, auf einem hohen Sicherheitsniveau betrieben werden.

(Beifall bei der CSU)

Das hat sich auch durch die Laufzeitveränderung nicht verändert. Ohne diese müsste das letzte bayerische Kernkraftwerk im Jahr 2020 vom Netz. Nach dem Zeitrahmen im Energiekonzept der Bundesregierung soll die Stromversorgung bis dahin bis zu 35 % aus den erneuerbaren Energien kommen. Kollege Hartmann möchte bis zu diesem Zeitpunkt 40 % aus den erneuerbaren Energien gewinnen. Auch wenn wir das noch übertreffen, steht fest, dass wir den Anteil der Kernenergie aus der bayerischen Stromversorgung bis zum Jahr 2020, also in weniger als zehn Jahren, nicht durch erneuerbare Energien ersetzen werden können. Wir brauchen noch erhebliche Anstrengungen zur Schaffung ausreichender Speichermöglichkeiten.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir brauchen neue intelligente Netze. Wir müssen die Energieeffizienz weiter vorantreiben. Wir wollen zum Elektromobilitätsland Nummer 1 werden, und wir wollen hin zu einer Versorgung mit alternativen Energien. Wir haben sicher an Tagen, an denen Wind weht und die Sonne scheint, mehr, als wir brauchen; aber an Tagen, an denen dies nicht der Fall ist, brauchen wir vor allem die Speichermöglichkeit, die Möglichkeit, in Deutschland nicht importieren zu müssen, sondern den Strom, der überproduziert wird, auch hier bei uns zu verwenden.

Die Zeit, bis der Umstieg zu den alternativen Energien in ausreichendem Umfang möglich ist, muss mit

einem ökonomischen und zugleich ökologischen Energiemix überbrückt werden, und ich bitte Sie deshalb, die Petition aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Reiß. - Für die Freien Wähler spricht Kollege Dr. Fahn. Bitte sehr.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Unser Ministerpräsident sagte heute Nachmittag: Wir machen Politik für die Menschen und mit den Menschen.

(Zurufe von der CSU: Genau! Jawohl!)

"Mitmachland Bayern", das hat er gesagt. Die Frage ist: Gilt das auch für dieses Thema Atomausstieg, Petition der SPD?

(Zuruf von der CSU: Für jedes!)

Wenn im Land 32.000 Bürger aus Bayern in einer Petition Ja zum Atomausstieg und damit Nein zur Restlaufzeitverlängerung sagen, dann kann man auch dies, meine Damen und Herren, nicht wegdiskutieren. Wenn in allen einschlägigen Meinungsumfragen in Deutschland und in Bayern 60 bis 70 % der Bevölkerung - bei Forsa sind es sogar 81 % - ganz klar sagen, dass sie keine Restlaufzeitverlängerung wollen, dann kann man das ebenfalls nicht wegdiskutieren.

Wenn der Verband Kommunaler Unternehmen in seiner Pressemitteilung am 17.01.2011 ganz klar sagt, die Auswirkungen des Energiekonzepts der Bundesregierung führten zu einer großen Rechtsunsicherheit und Investitionszurückhaltung der kommunalen Unternehmen, dann können Sie auch dies nicht wegdiskutieren, meine Damen und Herren. Wenn der Vorsitzende des Sachverständigenrates der Bundesregierung, Professor Dr. Martin Faulstich, sagt, das Energiekonzept der Bundesregierung sei verwässert und die Restlaufzeitverlängerung sei falsch, dann kann man auch dies nicht wegdiskutieren.

Wenn das Umweltbundesamt im Juni 2010 in einem Gutachten feststellt, dass eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien ohne Restlaufzeitverlängerung mit dem heutigen Lebensstil und dem heutigen Konsumverhalten möglich ist, dann kann man auch das nicht wegdiskutieren, meine Damen und Herren. Oder wenn das Bundesumweltministerium haarsträubende Fehler im Energiekonzept der Bun-

desregierung nachweist - das war alles in den Medien zu lesen -, weil die Kosten viel zu hoch angesetzt waren, dann kann man auch das nicht wegdiskutieren.

Wenn 18 von 71 Landkreisen in Bayern durch Kreistagsbeschluss inzwischen eine Energiewende durch erneuerbare Energien und Energieeinsparung ohne Restlaufzeitverlängerung fordern, dann kann man auch dies nicht wegdiskutieren. Wenn selbst einer der schwärzesten Landkreise in Bayern, nämlich der Landkreis Rhön-Grabfeld, einen einstimmigen Beschluss fasst und sich für Energieautarkie, Emissionsneutralität, Energieeffizienz und für eine Wertschöpfung in der Region ausspricht und eine unverzügliche Lösung der Endlagerfrage fordert, dann kann man auch dies nicht wegdiskutieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wenn man also eine Politik mit den Menschen für die Menschen machen will, dann muss man dieser Petition der SPD zustimmen und für Würdigung sein.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (FDP))

Wenn Fachleute sagen, Herr Huber, dass auch ohne Laufzeitverlängerung das Licht in Bayern nicht ausgeht, sondern dass sogar noch Strom exportiert wird, dann können wir auch das nicht wegdiskutieren. Wenn die großen Energiekonzerne durch die Restlaufzeitverlängerung rund 6 Milliarden Euro einsacken und einige Stadtwerke vor die Hunde gehen, meine Damen und Herren, dann können Sie auch das nicht wegdiskutieren.

(Zuruf des Abgeordneten Jörg Rohde (FDP))

Was wollen Sie? Sie wollen die Verlängerung der Restlaufzeit und sagen, das sei eine Brückentechnologie. Wir von den Freien Wählern sagen: Das ist eine Krückentechnologie, meine Damen und Herren, ohne Zukunft.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sie wollen den Bürgern nur Sand in die Augen streuen, und wir meinen: Der greise Risikopatient Atomkraft soll nach Ihrem Willen, dem Willen der Regierungsfractionen, noch einmal vom Sterbebett auf die Intensivstation verlegt werden. Es werden noch einmal Organe und Gliedmaßen transplantiert, und am Rande der biologischen Altersgrenze des Patienten soll dem Tod noch einmal ein Schnippchen geschlagen werden, statt ihn in Würde sterben zu lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich komme auch schon zum Schluss. Es ist wirklich so, wie "DIE ZEIT" am 09.09.2010 schrieb: "Atom bleibt, Öko kommt vielleicht". Eine Energierevolution hat die Bundesregierung versprochen; herausgekommen ist konkret nur ein Geschenk an die Konzerne, meine Damen und Herren. Gerade deshalb unterstützen wir die Petition der SPD betreffend "Ja zum Atomausstieg - keine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken".

(Anhaltender Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Dr. Fahn. Kollege Hartmann steht schon für die Fraktion der GRÜNEN bereit. Bitte sehr.

(Unruhe)

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon erstaunlich, dass Kollege Reiß mehr Ehrlichkeit in der Debatte einfordert. Wer mehr Ehrlichkeit in der Debatte einfordert, sollte einmal die Staatsregierung anschauen. Auf der ersten Seite der Stellungnahme zur Petition heißt es, man möchte in diesem Land einen breiten Energie-Mix haben. Wenn für die nächsten zehn Jahre ein Atomstromanteil von 60 % festbetoniert wird, kann man nicht von einem breiten Energie-Mix sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum breiten Energie-Mix: Der Ministerpräsident hat in der Regierungserklärung vorhin davon gesprochen, dass in diesem Jahrzehnt der Strom aus der Wüste fließen soll. Dagegen ist nichts zu sagen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, aber in diesen zehn Jahren soll kein einziges AKW abgeschaltet werden. Der Wüstenstrom soll hinzukommen. Alle Parteien in diesem Hohen Hause möchten die erneuerbaren Energien ausbauen, aber kein Kernkraftwerk soll abgeschaltet werden. Bereits jetzt werden Biomasseanlagen und Windkraftanlagen vom Netz genommen, weil die Netze definitiv vom Atomstrom, auch aus Bayern, verstopft werden.

Was die Ehrlichkeit in dieser Debatte angeht: Ich bin immer zu einer ehrlichen Debatte bereit.

(Widerspruch und Lachen bei der CSU und der FDP)

Auf Seite 7 der Stellungnahme der Staatsregierung geht es um die Problematik der Alterung von Komponenten in den Kernkraftwerken. Da schreibt man, rela-

tiv bildlich formuliert, welches ein gutes Management da stattfindet, dass man die Anlagen regelmäßig überprüft, und man schreibt sogar von einem vorsorglichen Austausch von Komponenten. Das klingt ganz schön. Was aber war denn in Grafenrheinfeld bei der Revision im Sommer? Was ist denn dort passiert?

(Zuruf von der CSU: Nichts!)

- Das war die längste Revision in der Geschichte des Kernkraftwerkes, das länger als vorher geplant abgeschaltet wurde. In den letzten Wochen ergab eine Ultraschalluntersuchung einen Befund, den man nicht zuordnen konnte. Ich behaupte ja gar nicht, dass es sich um einen Riss gehandelt hat. Man konnte den Befund nicht zuordnen. Wenn man seine eigenen Vorgaben ernst nehmen würde, dann müsste man dieses Element vorsorglich ohne Wenn und Aber austauschen. Sie können einen Riss nicht ausschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was hat man stattdessen gemacht? - Das lief ziemlich merkwürdig. Man hat den Befund als nicht meldepflichtig eingestuft. Am 16. Dezember 2010 wurde er um 17.00 Uhr gemeldet. Die Anlage läuft bereits seit Sommer wieder, ist am Netz, und man meldet den Befund später. Dann findet eine heftige Diskussion darüber statt, was man dort wirklich gefunden hat. Dann kommt scheinbar heraus, dass es bereits 2005 einen ähnlichen Befund in einem Atomkraftwerk in der Schweiz gab. Man hat das Element ausgetauscht und festgestellt, dass ein Riss in dieser Leitung, am gleichen Komponentenstück in der Schweiz war. Dann kann man nicht von Ehrlichkeit in dieser Debatte sprechen, die es definitiv nicht gibt. Wenn Sicherheit das allererste Gebot gewesen wäre, dann hätte man dieses Element austauschen müssen; das sage ich klipp und klar.

Das Gleiche erleben wir immer wieder. Wir erleben seit Jahren bei Isar I, bei diesem Schrottreaktor, dass es immer wieder zu Vorfällen kommt, die man mit schöner Sprache herunterzuspielen versucht, und dass man sagt, man habe es im Griff. Minister Söder sagt dann immer gerne, dass im Jahr 1.000 Prüfrunden stattfinden. Das ist ja schön und gut, aber wenn man die Ursachen nicht beseitigen kann und die Probleme immer wieder auftreten, dann bringen diese Prüfrunden gar nichts, sondern man muss an die Ursachen ran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ursache ist aber, dass die Atomkraftwerke in die Jahre kommen. Je älter sie werden, desto störanfälliger werden sie. Deshalb ist für uns ganz klar: Man muss am Atomausstieg festhalten. Die Bevölkerung

hat ein Anrecht darauf, dass der gesellschaftliche Frieden, den man auch mit dem Atomkonsens gefunden hat, gewahrt bleibt. Wenn man den heutigen Ist-Zustand auf zehn Jahre betonieren möchte, dann ist das ein Schritt zurück. Wer das möchte, möchte in den nächsten zehn Jahren nichts an der Energieversorgung in diesem Land ändern. Das ist ein Armutszeugnis.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Hartmann. Als Nächster spricht Kollege Thalhammer für die FDP. Bitte schön.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD - Unruhe)

- Frau Kollegin Gote, das war jetzt nicht notwendig.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ich habe gar nichts gesagt! - Anhaltende Unruhe)

- Okay, es war nicht Frau Kollegin Gote; ich entschuldige mich. Wer auch immer das gesagt hat: Das war nicht notwendig. - Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, danke für Ihre Rückendeckung, aber ich kann mich selbst wehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde gerne auf meine Wortbeiträge von früher zu diesem Thema verweisen. Angesichts von mehr als 31.000 Unterschriften zu dieser Petition ist es aber erforderlich, dass man sich mit diesem Thema sachlich auseinandersetzt. Liebe Frau Kollegin Kohnen, allein die Tatsache, dass Sie hier über 31.000 Unterschriften im Rücken haben, erfordert es aus Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern, dass man sich mit dem Thema sachlich auseinandersetzt und nicht so oberflächlich und polemisch agiert, wie Sie das heute gemacht haben.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Wie gewohnt trage ich zur Sachlichkeit bei

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN - Unruhe)

und beantworte sehr gerne die Fragen, die Sie gestellt haben. Was bringt die Laufzeitverlängerung den Bürgerinnen und Bürgern? - Ganz klar eine Energieversorgung, die sie sich leisten können, günstigeren Strom. Wenn Sie mir das nicht glauben, verweise ich auf den Artikel "Der teure Traum", der im "SPIEGEL"

vom September letzten Jahres erschienen ist. Der "SPIEGEL" ist gewiss kein liberales Kampfblatt, sondern steht eher Ihrer Gesinnung nahe. Ich verweise auf die zahlreichen Schreiben der Energieversorger, die viele Bürgerinnen und Bürger zu Beginn des Monats Januar dieses Jahres in ihren Briefkästen vorgefunden haben.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Darin haben die Stromversorger die Bürgerinnen und Bürger darüber aufgeklärt, dass mit dem Weg zu erneuerbaren Energien ein verteuerter Strompreis verbunden ist.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Sie haben anlässlich dieser Petition großflächig einen Flyer verteilt. Da würde mich mal interessieren: Wer bezahlt es denn, dass dieser Flyer bayernweit in alle Briefkästen verteilt wird?

(Zurufe von der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, wofür sie unterschrieben haben. Ich zitiere daher aus dem Flyer, den Sie verteilt haben:

Keiner will den Atommüll.

Richtig.

Die Entsorgung und Endlagerung des hoch radioaktiven Atommülls, der über 1 Million Jahre sicher eingelagert werden muss, ist weiterhin offen. Schwarz-Gelb verdrängt dieses Problem.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Schwarz-Gelb verdrängt hier gar nichts! Schwarz-Gelb stellt sich diesem Problem, das Sie über Jahre hinweg verdrängt haben.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Die rot-grüne Regierung hat das Moratorium Gorleben verfasst. Sie haben dafür gesorgt, dass die Endlagerfrage nicht weiter behandelt wurde. Sie haben dafür gesorgt, dass wir heute noch lange nicht da sind, wo wir stehen müssten. Sie haben verdrängt, und wir stellen uns den Problemen, seien sie auch noch so unangenehm.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Sie spielen mit den Ängsten und den Gefühlen der Bürgerinnen und Bürger, siehe das Thema der Endlagerung im Bayerischen Wald. Sie schreiben, dass der Bayerische Wald sogar zwei Gorleben bekommt, einmal den Standort Saldenburg, der immer ins Gespräch gebracht wird - vor allem von Ihnen - ,

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

und zum anderen den Truppenübungsplatz Boletice auf der tschechischen Seite, den Sie immer als gegeben darstellen. Sie wissen ganz genau, dass das nur einer von 40 möglichen Standorten in Tschechien war. Sie spielen mit den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger, handeln wider besseres Wissen und verweigern sich einer sachlichen Diskussion.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Frau Kohnen, Sie haben gesagt, die Regelbarkeit der Kernkraftwerke sei nicht gegeben.

(Natascha Kohnen (SPD): Ja!)

Wie sieht es mit der Regelbarkeit der Photovoltaik aus? Die Photovoltaik ist sowas von exzellent regelbar, dass bei einem Feuerwehreinsatz, wenn die Hütte brennt, die künstliche Beleuchtung der Feuerwehr bei einem Nachteinsatz sogar die Stromversorgung provoziert.

(Widerspruch bei der SPD)

Wo ist die Photovoltaik besser regulierbar? Bitte seien Sie ehrlich, wenn Sie von der Regelbarkeit der Energie sprechen. Das betrifft viele Energieträger der konventionellen und erneuerbaren Energie.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Thalhammer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Hartmann, meine restliche Redezeit reicht nicht für Ihre Ausschweifungen. Dazu bekommen Sie nachher Gelegenheit.

Meine Damen und Herren, Sie fragen, was die Verlängerung gebracht habe. Die Laufzeitverlängerung mit Stromkontingenten hat dazu geführt, dass Temelín nicht ausgebaut wird. Unmittelbar nach der Laufzeitverlängerung hat Tschechien entschieden, Temelín nicht zu erweitern, weil ihnen der Hauptkunde Deutschland abhanden gekommen ist. Das war eine positive Folge der Laufzeitverlängerung.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen. Sie fordern: Abschalten. Wir sagen ebenfalls: Abschalten, aber das Köpfchen einschalten. Wir wollen

später abschalten, nämlich dann, wenn es vernünftig ist.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von der SPD: Abschalten! Abschalten! Abschalten!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Thalhammer, bitte bleiben Sie stehen, da wir noch zwei Zwischenbemerkungen haben. Ich darf Sie jedoch darauf aufmerksam machen, dass Sie die Hilfsmittel für Ihre Rede nicht so deutlich nach oben halten sollten. Das müsste vom Ältestenrat vorher genehmigt werden.

Tobias Thalhammer (FDP): Meinen Sie das?

(Abgeordneter Tobias Thalhammer zeigt eine Ausgabe des Magazins "SPIEGEL")

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: - Ich meine das.

(Harald Güller (SPD): Ist unsere Petition erlaubt? Vernünftige Dinge darf man immer nach oben halten!)

- Das gilt ebenso für die Petition. Wir kommen zur Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben reichlich zum Thema Regelbarkeit von Kraftwerken ausgeholt. Ich stimme Ihnen vollkommen zu: Windkraftwerke sind nicht regelbar. Das gilt in dieser Form auch für Solaranlagen. Sind wir uns da nicht einig? In der Übergangsphase, bis die Smart Grids, die modernen Netze, und das Energie- und Lastmanagement gescheit funktionieren, sollte der andere Stützpfeiler der deutschen Energieversorgung gut regelbar sein. Das bedeutet: Neben den Windkraftanlagen dürfen nicht zeitgleich Kernkraftwerke betrieben werden. Wir brauchen regelbare Kraftwerke wie die modernen Gaskraftwerke. Da sind wir doch sicher einer Meinung.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie werfen mir vor, wir spielten mit den Ängsten der Bevölkerung. Wovor haben die Leute eigentlich Angst? Sie haben Angst vor den Kernkraftwerken - das ist unumstritten. Sie spielen das Thema so herunter, als hätten wir uns die Frage des Endlagers nie gestellt. Man wollte ergebnisoffen suchen und keine Fakten über die Köpfe der Menschen hinweg schaffen. Was macht die Staatsregierung? Eine Behörde des Umweltministeriums verfasst innerhalb weniger Monate auf nicht einmal 20 Seiten eine Broschüre, der zu entnehmen ist: Ganz Bayern ist nicht geeignet. Warum untersucht man Gorleben über 20 Jahre ohne Ergebnis? In Bayern bekommt man das in ein paar

Monaten auf knappen 20 Seiten hin. Das, was hier geführt wird, ist keine ehrliche Debatte.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Kollege Hartmann, ich bin mit Ihnen einer Meinung, dass das Sankt-Florians-Prinzip auch bei der Kernenergie nicht gelten darf. Da wir 60 % des Stroms aus der Kernenergie beziehen, müssen wir uns intensiv mit der Frage der Endlagerung auseinandersetzen - noch besser mit der Vermeidung. Da sind wir vollkommen d'accord. Aus diesem Grund ist mit den ersten Anträgen der FDP und der CSU in dieser Legislaturperiode gefordert worden: In Berlin sollen sie schnell in die Putschen kommen und sich professionell sowie ergebnisoffen - Sie haben dieses Wort selbst benutzt - der Endlagerfrage stellen. Zudem ist gefordert worden, Ihr Moratorium aufzuheben.

Herr Hartmann, Sie sprechen davon, dass Sie als gute Menschen ein Moratorium verhängt hätten, um die Endlagerfrage ergebnisoffen zu klären. Ich möchte Sie bitten, mir zu erklären, was ein ergebnisoffenes Moratorium ist. Das gibt es nämlich nicht. Sie haben damals einfach die erneuerbaren Energien in die Welt gesetzt. Das war sehr gut und lobenswert. Sie haben aber nicht weiter gedacht und sind der unangenehmen Frage nach der Endlagerung charmant ausgewichen, indem Sie ein Moratorium verhängt haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das war nicht ergebnisoffen. Das war engstirnig, Herr Kollege Hartmann. Ich bin ebenfalls mit Ihnen einer Meinung, dass wir flexible Kraftwerke benötigen, zum Beispiel Gaskraftwerke, meinetwegen sogar Biogaskraftwerke. Ich erinnere jedoch daran, dass gerade Ihre Gruppierung überall dort, wo es um Anlagen für erneuerbare Energien geht - beim Pumpspeicherkraftwerk in Riedl, beim Gaskraftwerk in Schwandorf -, an vorderster Front dagegen gekämpft hat. So geht es auch nicht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Lieber Herr Kollege Thalhammer, jetzt blasen Sie Ihre Backen nicht so auf.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Sie gerne daran erinnern, dass Sie am Ende wieder mit leeren Händen dastehen könnten. Sie waren mit uns vor Ort und haben gesagt, man könnte mit Ihnen über die Abschaltung von Isar 1 reden. Acht Tage später im Umweltausschuss haben Sie dann gekniffen, weil Sie von Ihrem eigenen Laden und Ihrem Koalitionspartner zurückgepfiffen worden sind. Wer dann hier die Backen aufbläst, ist nicht glaubwürdig. In der Politik geht es uns um Glaubwürdigkeit und nicht um die Show, wie Sie sie hier liefern.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Thalhammer, ich will Ihnen noch etwas auf den Weg geben. Das müsste sich Ihnen eigentlich selbst erschließen. Hätten Sie in Bezug auf Isar 1 mit uns gestimmt, wäre dies eine deutliche Position gewesen. Sie haben sich heute unglaublich gemacht. Damit müssen Sie leben.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Lieber Herr Kollege Wörner, leider habe ich nicht Ihren Bartwuchs. Deshalb sieht man meine Backen etwas mehr.

(Lachen bei der FDP und der CSU)

Aufgrund meiner Gesangsausbildung kann ich laute Worte ohne aufgeblasene Backen von mir geben.

(Harald Güller (SPD): Gesang? - Lachen bei der SPD)

Man muss mit wenig Atem laut sprechen können, lieber Kollege Wörner.

Ja, es ist richtig, dass ich mich bei diesem Thema immer um eine sachliche Diskussion bemüht habe. Ich habe mir ganz genau angesehen, was mit der Laufzeitverlängerung ausgesagt wird. Es ist nicht so, wie Sie es immer schreiben. Die Laufzeiten werden nicht auf Jahre verlängert. Das ist eine Falschinformation. Die Laufzeitverlängerung richtet sich nach Stromkontingenten. Innerhalb dieser Stromkontingente gibt es eine gewisse Flexibilität. Einem Abgeordneten des Hohen Hauses darf es nicht verboten sein, sich über die Flexibilisierung der Stromkontingente und deren zukunftsorientierte Umsetzung Gedanken zu machen. Vielleicht ist dies in Ihrer Gruppierung ungewöhnlich. Wir dürfen laut denken. Glauben Sie mir, wir werden Gedanken, die gut sind, weiterführen. Sie haben gemeint, getrieben von einer Idee schnell auf den Zug aufspringen zu können. Sie haben Hals über Kopf einen schlecht formulierten Antrag in den Aus-

schuss eingebracht. Bei einer so entscheidenden Zukunftsfrage für unser Land dürfen wir uns nicht treiben und von Ihnen vorführen lassen. Glauben Sie mir, die Bürgerinnen und Bürger haben es verdient, dass mit einem so seriösen Thema wie der Energieversorgung verantwortungsbewusst und durchdacht umgegangen wird.

(Natascha Kohnen (SPD): Ja, genau das ist es!)

Dafür stehe ich ein. Dafür steht die Regierung der CSU und der FDP in Bayern. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verlassen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Thalhammer, wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Sie haben jetzt wieder schön ausgeholt. Im Zusammenhang mit Isar 1 möchte ich gerne nachfragen. Sie haben von einem schlecht formulierten Antrag gesprochen. Jetzt fordere ich Sie auf: Stellen Sie im Rahmen dieser Plenarsitzung einen gut formulierten Antrag und sagen Sie, unter welchen Voraussetzungen und mit welchem Konzept Sie aus Isar 1 aussteigen werden. Das interessiert uns heute konkret.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Als Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion verweise ich auf die Geschäftsordnung dieses Hauses. Daraus geht ganz klar hervor, dass wir auf Petitionen keine Anträge, auch keine Änderungsanträge stellen dürfen, sondern über die vorliegende Petition abzustimmen haben. Darauf bezieht sich auch mein Redebeitrag.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Staatsregierung äußert sich Frau Staatssekretärin Hessel.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Gelegenheit nutzen und wiederholt zur Laufzeitverlängerung Stellung nehmen, denn in der Tat ist die Frage der Laufzeiten unserer Kernkraftwerke von wesentlicher Bedeutung für Bayern. Zur Erinnerung ein paar Punkte: Die Stromerzeugung unseres Landes beruht schon heute zu 25 % auf erneuerbaren Energien. Unser Land verfügt über fünf sichere und leistungsfähige Kernkraftwerke.

(Hubert Aiwanger (FW): Außer Grafenrheinfeld und Isar 1!)

Unsere Pro-Kopf-Emission liegt daher um ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt. Unsere Wirtschaftskraft und unser Wohlstand hängen maßgeblich von Industrieunternehmen ab, die auf eine sichere und preiswerte Stromerzeugung angewiesen sind. Wir haben im Landtag wiederholt dargelegt, dass die maßvolle Laufzeitverlängerung für die deutschen Kernkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre uns die dringend benötigte Zeit für den Umbau unserer Stromversorgung verschafft. Langfristig wollen wir den größten Teil unseres Strombedarfs aus erneuerbaren Energien decken. Dafür brauchen wir einen massiven Ausbau der Netze auf allen Spannungsebenen. Wir brauchen den Aufbau von Speichern für Strom aus fluktuierenden erneuerbaren Energiequellen, und darum unterstützen wir in unserem Hause auch den Bau des Pumpspeicherkraftwerkes Riedl. Das sind technische, finanzielle und planerische Kraftakte, die in gut zehn Jahren nicht zu schaffen gewesen wären, wenn nach dem alten rot-grünen Atomrecht das letzte Kernkraftwerk nach dieser Zeit vom Netz hätte gehen müssen.

(Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatssekretärin, einen Augenblick bitte. Ich weiß, es ist spät. Wenn wir jetzt noch eine Sitzung abhalten, bitte ich Sie, wenigstens zuzuhören. Ich sage das an alle Seiten des Hauses. Sie brauchen nicht zu deuten, Herr Fraktionsvorsitzender.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Die Laufzeitverlängerung verschafft uns durch die Teilabschöpfung der Zusatzgewinne die finanziellen Mittel, die wir für das höhere Tempo des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der nötigen Stromspeichertechnologien brauchen. Gerade für Bayern hat die Laufzeitverlängerung erhebliche positive energiewirtschaftliche Auswirkungen. Bayern kann seinen benötigten Strom weiterhin im eigenen Land erzeugen und ist nicht auf Stromimporte aus osteuropäischen Kernkraftwerken angewiesen. Wir behalten unsere hervorragende CO₂-Bilanz, und das Risiko von Stromausfällen wird minimiert. Die Stromversorgung bleibt garantiert.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Kamm?

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Nein, am Ende.

Die Entscheidung war richtig, denn es wäre volkswirtschaftlich unsinnig, sichere und wettbewerbsfähige Kernkraftwerke vorzeitig außer Betrieb zu nehmen. Es wäre energiepolitisch unverantwortlich, mutwillige Versorgungsrisiken und knappheitsbedingte Preissteigerungen herbeizuführen. Deshalb ist die Laufzeitverlängerung für unser Land wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Kamm zu einer Zwischenintervention.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Staatssekretärin, halten Sie es für verantwortbar, Atomkraftwerke immer älter werden zu lassen, mit der Gefahr, dass es tatsächlich zu Störfällen kommt, die unsere Wirtschaft und unsere Bürgerinnen und Bürger wesentlich schlimmer treffen würden als die vermeintlichen Vorteile durch etwas billigen Atomstrom?

(Unruhe)

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Sie waren fast nicht zu verstehen. Es lag wohl an der Lautstärke im Haus. Ich glaube, wir brauchen eine sichere Stromversorgung, die momentan nur die Brückentechnologie der Kernkraftwerke darstellen kann.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Präsidentin Barbara Stamm: Eine weitere Zwischenbemerkung: Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Nachdem Sie gerade beschrieben haben, dass wir nicht von anderen abhängig werden wollen, will ich Sie darauf hinweisen, dass wir uns in einem europäischen Verbund befinden und Bayern nicht separieren können. Nachdem Sie Staatssekretärin für Energiefragen sind, will ich zum Zweiten von Ihnen jetzt und hier konkret wissen, ob wir zwischen Januar und März 2010 netto Strom importiert oder exportiert haben, und wenn ja, wie viel.

(Alexander König (CSU): Das war eine Fangfrage!)

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Das hätte ich jetzt auch gesagt.

(Zurufe: Das hat man Ihnen nicht aufgeschrieben!)

Sagen Sie es doch.

(Ludwig Wörner (SPD): Sie sind doch Staatssekretärin!)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatssekretärin, möchten Sie darauf eingehen? - Wenn nicht, dann vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD und den Freien Wählern: Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich fortfahren?

(Unruhe)

- Ich habe Zeit. Ich kann heute nicht mehr nach Hause fahren. Deswegen habe ich Zeit.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Die SPD-Fraktion hat beantragt, die Abstimmung in namentlicher Form durchführen zu lassen. Wer dem Votum des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zustimmen will, den bitte ich, die blaue Ja-Karte zu benutzen. Für Gegenstimmen ist die rote Nein-Karte zu verwenden. Stimmenthaltungen sind mit der weißen Stimmkarte anzuzeigen. Die Urnen für die Stimmkarten befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaals und am Stenografentisch. Mit der

Stimmabgabe kann begonnen werden. Fünf Minuten stehen zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.57 bis 21.02 Uhr)

Die Zeit ist um. Die Stimmabgabe ist geschlossen. Ich bitte die Stimmkarten auszuzählen.

(Unterbrechung von 21.02 bis 21.04 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Eingabe betreffend "Keine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken" (WI.0147.16) bekannt. Mit Ja haben 87 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 64. Damit ist dem Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie entsprochen worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage)

Die Sitzung ist geschlossen. Vielen Dank, dass Sie so lange ausgehalten haben. Guten Abend und kommen Sie gut nach Hause.

(Schluss: 21.05 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.01.2011 zur Eingabe betreffend "Keine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken" (WI.0147.16)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus			
Franke Anne		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold			
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver			
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte			
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rötter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin			
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	87	64	0